

*Andreas Ebert
Ernst Kistler
Falko Trischler*

Ausrangiert – Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds
Artikel 6 Innovative Maßnahmen

smart)region(

edition der
Hans **Böckler**
Stiftung ■ ■

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

*Andreas Ebert
Ernst Kistler
Falko Trischler*

**Ausrangiert –
Arbeitsmarktprobleme
Älterer in
den Regionen**

edition der Hans-Böckler-Stiftung 189

Andreas Ebert, M.A., Jg. 1980, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES). Forschungsschwerpunkte: Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Methoden der empirischen Sozialforschung.

Prof. Dr. Ernst Kistler, Jg. 1952, Direktor am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES). Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Sozialberichterstattung, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Demographie.

Falko Trischler, Jg. 1981, wissenschaftliche Hilfskraft am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES).

© Copyright 2007 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Buchgestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2007
ISBN: 978-3-86593-069-9
Bestellnummer: 13189

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrages,
der Rundfunksendung, der Fernsehausstrahlung,
der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

VORWORT	5
1. ERWERBSTÄTIGKEIT ÄLTERER, (FRÜH)VER- RENTUNG UND ALTERNSGERECHTE ARBEITS- BEDINGUNGEN – HINTERGRUND UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN	7
1.1 Ein altes Thema im neuen Gewand	8
1.2 Die demographische Begründungsschiene	11
1.3 Auf absehbare Zeit kein Fachkräftemangel	13
1.4 Der Arbeitsangebotszwang steigt bereits heute massiv an	14
2. ZUM PROJEKT SMART REGION	19
2.1 Zum innovativen Charakter des Projektes Smart Region	20
2.2 Zum Informationsstand bei den Akteuren	22
3. DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN DEN BUNDES- LÄNDERN IM ÜBERBLICK	25
3.1 Die Bevölkerungsentwicklung seit der Wiedervereinigung	25
3.2 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	26
3.3 Die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungszahl	28
3.4 Demographische Alterung	30
3.5 Zukünftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials	36
4. ERWERBSBETEILIGUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT	45
4.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung	45
4.2 Erwerbsbeteiligung Älterer	48
4.3 Entwicklung und Struktur der Erwerbstätigkeit	52
4.4 Beschäftigung Älterer	58
4.5 Frühzeitige Beschäftigungsaustritte im Alter	63
5. ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER ARBEITS- LOSIGKEIT	73
5.1 Arbeitslosenquoten	73

5.2	Arbeitslosigkeit Älterer	75
5.3	Langzeitarbeitslosigkeit	79
5.4	Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen	83
5.5	Erleichterter Leistungsbezug nach § 428 SGB III	86
5.6	Altersteilzeit	89
6.	ENTWICKLUNG DES RENTENZUGANGSGESCHEHENS	95
6.1	Übergangspfade zwischen Erwerbsleben und Rente	95
6.2	Rentenzugangsgeschehen im Zeitverlauf	97
6.3	Regionale Unterschiede im Rentenzugang	102
6.4	Die Entwicklung des Renteneintrittsalters	106
6.5	Zugangswege in den Rentenbezug	111
6.6	Entwicklung und Höhe der Rentenzahlbeträge	118
7.	BERUFLICHE STRUKTUREN DER BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT ÄLTERER	129
7.1	Altersstruktur der Beschäftigten nach Berufen	129
7.2	Arbeitslosigkeit Älterer nach Berufen	136
7.3	Frühverrentungen nach Berufsgruppen	138
8.	EIN AUSBLICK UND EIN KURZES PLÄDOYER ZUM ABSCHLUSS	143
	LITERATUR	149
	VERZEICHNIS DER DARSTELLUNGEN	157
	ANHANG	163
	VERZEICHNIS DER DARSTELLUNGEN IM ANHANG	165
	Abbildungen und Tabellen	167
	SELBSTDARSTELLUNG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG	183

Über die künftigen Auswirkungen des demographischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt kursieren vielfältige Mythen und viel zu wenig differenzierte Informationen. Speziell die räumlich sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und voraussichtlichen Entwicklungen werden zu wenig beachtet.

Der vorliegende Abschlussbericht liefert hierzu – auf der Ebene der Bundesländer – detaillierte Informationen zur demographischen Entwicklung, zur Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sowie zum Rentenzugangsgeschehen. Er ist – neben zahlreichen anderen Publikationen und Vorträgen, auch mit regional noch stärker, bis auf Kreisebene differenzierten Daten – Ergebnis eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts, das gleichzeitig Teil eines größeren international vergleichenden Vorhabens gemäß Art. 6 ESF für die Europäische Kommission war. Dieses Vorhaben mit dem Titel »Smart Region – Altersgerechtes Arbeiten in innovativen Regionen« wurde von der Deutschen Rentenversicherung Bund koordiniert und zusammen mit Partnerinstituten aus Deutschland, Österreich und Portugal durchgeführt.

Die Autoren danken sowohl der Europäischen Kommission als auch der Hans-Böckler-Stiftung für die Förderung. Sie hoffen, dass die vorgelegten Materialien und empirischen Ergebnisse den Akteuren der regionalen Arbeitsmarktpolitik dabei helfen, eine der größten Herausforderungen zu bewältigen, die der demographische Wandel mit sich bringen wird, die massive Alterung des Erwerbspersonenpotenzials.

Andreas Ebert
Ernst Kistler
Falko Trischler

Stadtbergen im Januar 2007

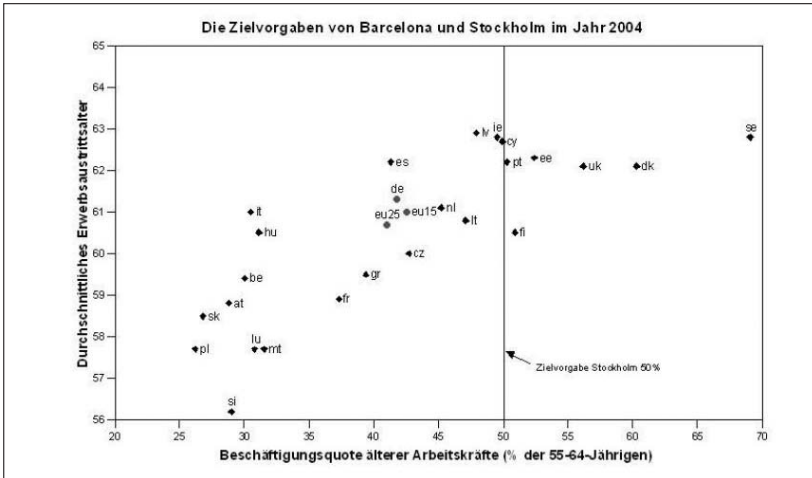
* Vgl. www.smartregion.net

1. ERWERBSTÄTIGKEIT ÄLTERER, (FRÜH)VERRENTUNG UND ALTERNSGERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN – HINTERGRUND UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das Thema Demographie und die Problematik der Beschäftigung Älterer hat in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion immer mehr Aufmerksamkeit gewonnen. Das gilt auch in der politischen Arena. Insbesondere seit den EU-Ratsbeschlüssen von Stockholm und Barcelona hat die Thematik einen zentralen Stellenwert in der europäischen Beschäftigungsstrategie eingenommen. Darin wurde beschlossen, bis zum Jahr 2010 eine Erhöhung der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen auf 50 Prozent und eine Anhebung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters um 5 Jahre anzustreben.

Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit der Beschäftigungsquote Älterer – entgegen dem in der öffentlichen Debatte meist vermittelten Eindruck (vgl. z.B. Funk u. a. 2003) – im europäischen Vergleich nicht auf einem der hinteren Plätze. Mit einem Anteil von 41,8 Prozent im Jahr 2004 (vgl. Darstellung 1.1) befindet sich der deutsche Wert ziemlich genau beim Durchschnitt der EU, sowohl bezogen auf die 15 alten EU-Staaten (42,5 %) als auch bezogen auf die 25 Länder nach den jüngsten Beitritten (41 %). Für 2005 wird – bei etwas anderer, die Daten aber eher international vergleichbarer machender Meßmethode – in Deutschland ein deutlich höherer Wert ausgewiesen (D: 45,4 %; EU-15 44,1 %; EU-25: 42,5 %). Festzuhalten ist auch, dass diese Werte sehr stark z. B. nach Qualifikationsgruppen streuen und insbesondere durch die niedrigen Beschäftigungsquoten älterer Frauen (55- bis 64-jährige Frauen 2005: 37,5 %; Männer: 53,5 %) beeinflusst wird – wobei diese wiederum vor dem Hintergrund einer in Westdeutschland nur etwa durchschnittlichen Frauenbeschäftigung (häufig in Nichtnormarbeitsverhältnissen) zu sehen sind. Gleichermaßen ziemlich exakt beim Durchschnitt von EU-25 bzw. EU-15 liegt das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter in Deutschland (vgl. Darstellung 1.1), wie Daten aus dem EU-Beschäftigungsbericht 2005 zeigen.

Darstellung 1.1: Beschäftigungsquote Älterer und durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter in EU-25, 2004



Anmerkungen: Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter, Daten des Jahres 2003 für It, At und Si.
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach EUROSTAT 2005.

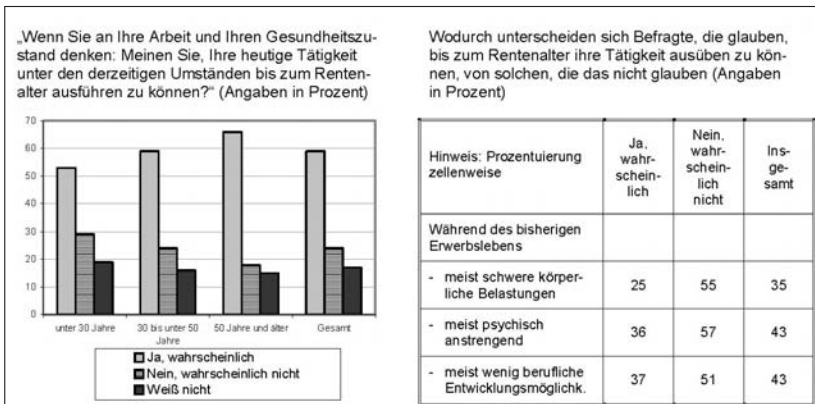
Einen zusätzlichen Schub hat die Debatte um die Beschäftigung Älterer in Deutschland durch die Vereinbarungen zur großen Koalition im Jahr 2005 und die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin erhalten. In diesen beiden Dokumenten nimmt die Beschäftigung Älterer einen zentralen Stellenwert auf der Reformagenda ein, da die geplanten Maßnahmen zur Rentenpolitik (insbesondere die Rente mit 67) aufs Engste mit dieser Thematik verknüpft werden.

1.1 EIN ALTES THEMA IM NEUEN GEWAND

Dabei ist das Thema Beschäftigung Älterer beileibe keine neue Thematik. Bereits vor Jahrzehnten wurde dazu wissenschaftlich und politisch gearbeitet, bevor überhaupt eine engere thematische Verbindung zu den Folgen des demographischen Wandels hergestellt wurde. Speziell mit dem Rückgang der Beschäftigungsquote Älterer im Gefolge der ersten bundesdeutschen Wirtschaftskrise wurde von verschiedener Seite intensiv dazu geforscht (vgl. z. B. Kaser 1966; Hofbauer/Bintig/Dadzio 1968; Kiesau 1971; Infratest, ISG 1981). Im Vordergrund der damaligen Forschungen und politischen Forderungen standen Fragen der Humanisierung der Arbeitswelt.

An der normativen, eigenständigen Relevanz und praktischen Virulenz der Frage, wie sich die Arbeitsbedingungen entwickelt haben und z. B. dem Problem, für welche Beschäftigtengruppen ein Arbeiten bis zur gesetzlichen Rentenaltersgrenze von 65 Jahren überhaupt nicht möglich ist, hat sich seither nichts verändert. Verschiedene Untersuchungen weisen darauf hin, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Breite zwar verschoben, insgesamt aber nicht reduziert haben (vgl. z. B. mit internationalen Vergleichen Molinié 2003; Frieling/Gösel 2003; Fuchs/Conrads 2003). Repräsentative Umfragen (vgl. ausführlich Fuchs 2006) bestätigen dies auch für die aktuelle Situation. Darstellung 1.2 enthält ein Ergebnis aus einer repräsentativen Befragung »Was ist gute Arbeit« für INQA von rund 5.500 Erwerbstätigen vom Herbst 2004 durch INIFES und TNS Infratest-Sozialforschung.

Darstellung 1.2: Erwartung vorzeitiger Tätigkeitsaufgabe (Angaben in Prozent)



Quelle: Kistler u.a. 2006.

Quelle: Kistler u.a. 2006.

Auf die Frage »Wenn Sie an Ihre Arbeit und Ihren Gesundheitszustand denken: Meinen Sie, Ihre heutige Tätigkeit unter den derzeitigen Umständen bis zum Rentenalter ausführen zu können?«, antworteten nur 59 Prozent aller Befragten, dass sie der Meinung sind, bis zum Rentenalter durchhalten zu können. 17 Prozent sind sich in dieser Frage unsicher. 24 Prozent glauben, dass sie das Rentenalter in ihrer derzeitigen Tätigkeit wahrscheinlich nicht erreichen (vgl. linker Teil von Darstellung 1.2). Der Anteil derer, die nicht glauben bis zum Rentenalter durchhalten zu können, sinkt dabei mit zunehmendem Alter der Befragten. Das liegt sowohl an der für die in der Altersgruppe 50-64 noch Erwerbstätigen nur noch kürzeren Zeit bis zum Rentenalter als auch vor allem daran, dass die Befragten mit den besonders schlimmen Arbeitsbedingungen, die bereits vorzeitig ausgeschieden sind,

eben nicht mehr in dieser Stichprobe enthalten sind. Dem rechten Teil der Darstellung kann man entnehmen, dass unter denjenigen, die glauben nicht bis zum Rentenalter durchzuhalten, insbesondere Personen vertreten sind, die erstens von meist schweren körperlichen Belastungen während ihrer bisherigen Erwerbsbiographie berichten.

Ebenfalls einen deutlichen Unterschied ergibt zweitens die Frage nach den psychischen Belastungen während der bisherigen Arbeit und an dritter Stelle die Frage, ob die Befragten wenig berufliche Entwicklungsmöglichkeiten während ihres bisherigen Arbeitslebens hatten. Ergänzend sei hinzugefügt, dass auch im Bezug auf die jeweils aktuellen Beanspruchungen und Belastungen in der Arbeit bzw. das Verfügen über entsprechende Ressourcen zur Kompensation dieser Belastungen signifikante, aber nicht ganz so große Unterschiede in der zugrunde liegenden Frage nach dem erwarteten Ende des Arbeitens in der bisherigen Tätigkeit auftreten. Hier ebenfalls nur erwähnt sei der Zusammenhang zu anderweitigen Befunden (vgl. Lauterbach u. a. 2006), die nachweisen, dass Bezieher geringer Einkommen im Schnitt eine um mehr als 10 Prozent kürzere Lebenserwartung als die Bezieher hoher Einkommen aufweisen. Sie erreichen auch mit wesentlich geringerer Wahrscheinlichkeit überhaupt das Rentenalter – und wenn, so sind ihre Rentenbezugszeiten deutlich kürzer. »Wenn du arm bist, musst du früher sterben« – die Schlussfolgerung aus dieser hiermit eindeutig belegten Volksweisheit kann jedoch nicht, wie z. T. aktuell diskutiert (vgl. z. B. Neubacher/Sauga 2006: 72), in einer Auflösung der Sozialversicherung mit ihrem einheitlichen Sozialausgleich gesehen werden, sondern muss offensichtlich in der präventiven Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen liegen: Schaffung alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen (Weiterbildung, präventiver Gesundheitsschutz, Arbeitsorganisation), Überwindung der Altersdiskriminierung, Schaffung horizontaler Karrieren usw.

Dabei ist bei der Bestimmung von Maßnahmenprioritäten eine Konzentration auf bestimmte Beschäftigtengruppen, insbesondere solche in prekären Jobs, und – was oft eng damit zusammenhängt – auf solche in Tätigkeiten von begrenzter erwerbsbiographischer Dauer (vgl. Behrens/Horbach/Solbrig 2002) dringend anzuraten (vgl. Kistler u. a. 2006).

Eine ungewollte, wiewohl wenig komische Begründung hierfür liefert beispielsweise der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. In einem Interview (vgl. ZDH 2006) wurde Otto Kentzler mit folgender Frage konfrontiert: »Was sagen Sie zum Rentenbeginn mit 67 als Chef eines Dachdeckerbetriebs – und was sagen Sie als Verbandspräsident?«. Aus seiner Antwort: »Da gibt

es keinen Unterschied ... Ich halte nichts von Ausnahmen für einzelne Berufsgruppen. Natürlich hat ein Mann am Bau nach Jahrzehnten harter Arbeit oft Probleme. Zumal früher der Gesundheitsschutz weniger beachtet wurde. Das ist aber heute vorbei. Zu sagen, keiner ist in der Lage, mit 65 auch am Bau zu arbeiten, ist falsch. Ältere Mitarbeiter könnten ja zum Beispiel verstärkt in der Ausbildung eingesetzt werden«.

Von den anderen Fehlern in diesem Interviewausschnitt ganz abgesehen – es behauptet ja niemand, dass es nicht auch noch vereinzelt 64-Jährige in Dachdeckerbetrieben geben würde, die noch arbeiten (müssen); und das sind nicht nur Betriebsinhaber, denen nebenbei auch noch die Zeit zu einer Verbandstätigkeit bleibt! – zeigen empirische Fakten das Gegenteil. Ihre Arbeit geht in der großen Masse in solchen Berufen den Arbeitnehmern zu sehr an die Substanz, so dass sie nicht bis zur Rente – mit 65 – durchhalten können. Die vorliegenden Daten zu beruflichen Altersstrukturen und der Inanspruchnahme von Erwerbsminderungsrenten (siehe Kapitel 7) belegen dies eindrucksvoll und legen gleichzeitig einen entsprechenden Handlungsbedarf zwingend nahe.

1.2 DIE DEMOGRAPHISCHE BEGRÜNDUNGSSCHIENE

Waren es in den 60er und 70er Jahren primär Fragen der Arbeitsbedingungen, die im Kontext des Themas Beschäftigung Älterer diskutiert wurden, so kam in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts die demographische Debatte hinzu. Dies kumulierte besonders im Kontext der ökonomischen Blase 2000/2001 in der abwegigen Überlegung, dass der demographische Wandel schon relativ bald zu einem Fach- und Arbeitskräftemangel führen würde (vgl. als extremes Beispiel Kommission zum Abbau 2002; zur Kritik: Kistler 2005; Kistler/Conrads/Huber 2006; Bosch u. a. 2003). In den letzten Jahren rückte dann gegenüber der zunehmend als solche erkennbar werdenden Fehlprognose eines bevorstehenden Arbeitskräftemangels die Verknüpfung zu rentenpolitischen Überlegungen in den Vordergrund der Debatte.

Zunächst ist dazu festzustellen: Der demographische Wandel führt zweifellos zu einer ganz besonderen Herausforderung, auch und gerade mit Blick auf die Beschäftigungssituation Älterer. Unbestreitbar muss eine Verlängerung der Lebenserwartung und damit der durchschnittlichen Rentenbezugszeiten auch finanziert werden. Ein näheres Heranrücken an die Regelaltersgrenze von 65 Jahren ist daher – wo irgend möglich – rentenpolitisch angeraten. Gleichzeitig ist auch zu beach-

ten, dass Frühverrentung – wie jede Form der Unterbeschäftigung! – eine enorme volkswirtschaftliche Ressourcenverschwendung darstellt. Dabei muss aber sehr sorgfältig zwischen den verschiedenen Argumentations- und Begründungslinien unterschieden werden, da, wie schon angedeutet, eine Reihe von Mythen die Diskussion beherrschen (vgl. dazu ausführlich Kistler 2006).

Da ist zunächst die – wirklich ernst zu nehmende und sicherlich größte – demographische Herausforderung für die Beschäftigung Älterer: Auch die stark besetzte Altersgruppe der »Babyboomer« wird jedes Jahr um ein Jahr älter. Der Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung Deutschlands hat dabei in den letzten Jahren allerdings (seit 1996) sogar abgenommen. Das liegt daran, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der Zeit des 2. Weltkrieges und unmittelbar danach im Moment noch durch das Alterszeitfenster der 55- bis 64-Jährigen »hindurchwandern«. Diese Entwicklung hat (vgl. Kistler 2005; Büttner/Knuth/Wojtkowski 2005; Kraatz/Rhein/Sproß 2006), verstärkt durch eine starke Inanspruchnahme von Instrumenten der Frühverrentung und des erleichterten Altersüberganges (z. B. § 428 SGB III, Altersteilzeit etc.) dazu geführt, dass sowohl die Zahl als auch der Anteil der älteren Arbeitslosen abgenommen hat und dass die aktuellen Zahlen zur Beschäftigung Älterer so für Deutschland gegenwärtig auch im internationalen Vergleich nach unten verzerrt sind.

Dieser demographische Trend kehrt sich aber schnell um. Für die nächsten zwanzig Jahre wird die Anzahl der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland geradezu dramatisch zunehmen. Gegenüber dem Niveau von 2002 beträgt die Zunahme bis 2020 bundesweit gut 30 Prozent. Dies wird regional unterschiedlich stark ausgeprägt sein. In Ostdeutschland ist eine schwächere, in Westdeutschland eine stärkere Zunahme zu erwarten.

Diese Entwicklungen sind einer der Hauptgegenstände des vorliegenden Berichts und werden in den späteren Kapiteln weiter nach Bundesländern und in kurzen Verweisen exemplarisch (vgl. dazu ausführlicher z. B. Conrads u. a. 2005 sowie die detaillierten Regionalpapiere, die wir für die Untersuchungsräume im Rahmen des Projekts »Smart Region« erstellt haben) auch kleinräumiger dargestellt. An dieser Stelle sei nur so viel erwähnt: In manchen Bundesländern, vor allem westdeutschen Ländern, wird die Zunahme bei über 40 Prozent liegen. In manchen Kreisen Deutschlands, wiederum vor allem westdeutschen, wird sich diese Zunahme auf über 60 Prozent belaufen. Was dies für die regionalen Arbeitsmarktbilanzen bzw. dort für die Arbeitsmarktchancen Älterer bedeutet, kann heute noch nicht einmal erahnt werden.

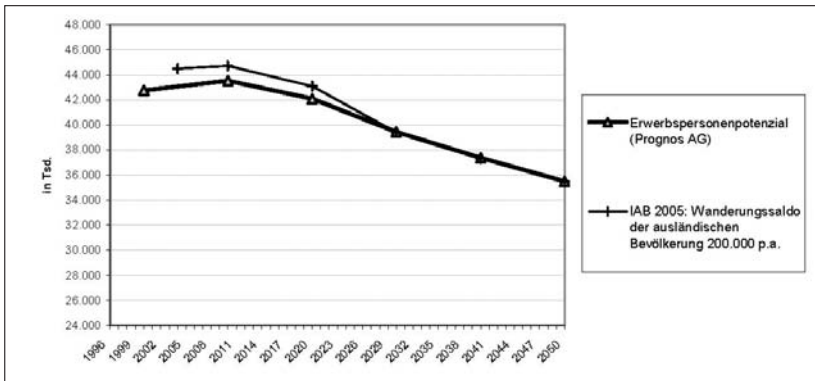
1.3 AUF ABSEHBARE ZEIT KEIN FACHKRÄFTEMANGEL

Eines wird jedoch – wie oben schon kurz angesprochen – als Folge auf keinen Fall in den nächsten Jahren, ja Jahrzehnten eintreten: Ein demographisch verursachter Fachkräftemangel in relevanten Größenordnungen, oder gar ein Arbeitskräftemangel auf breiter Front.

Derartige Mythen sind vor allem dadurch entstanden, dass interessierte Kreise sich sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung als auch im Hinblick auf die Entwicklung der Potenzialerwerbsquoten jeweils die (geringsten) Extrem-szenarien herausgesucht und diese als gesicherte Prognosen publiziert haben. Wie die Bundesagentur für Arbeit dagegen bereits 2001 betont hat, besteht eben eine große Affinität des Themas Kräftemangel zu Arbeitgeberinteressen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2002).

Verwendet man dagegen mittlere Annahmekombinationen im Hinblick auf die Bevölkerungs- und Erwerbsentwicklung, so zeichnet sich zwar nach 2020 schon auch ein deutlicher Rückgang in den Zahlen des künftigen Erwerbspersonenpotenzials ab. Dieser bleibt aber bis über 2030 hinaus weit unterhalb der Größenordnung, die wir in Deutschland gegenwärtig als Unterbeschäftigung in registrierter und verdeckter Form haben. Darstellung 1.3 zeigt, dass in dieser Hinsicht auch die mittlere Variante der neuen IAB-Projektionen von 2005 – im Gegensatz zu den lange missbrauchten Projektionen des IAB von 1998 – zu einem ähnlichen Ergebnis kommt, langfristig sogar zu einem praktisch identischen wie die Projektionen der Prognos AG von 2003/04 für die Rürup-Kommission und für den Verband der Rentenversicherer (letztere verwenden wir auch im Rahmen unserer Arbeiten vor allem).

Darstellung 1.3: Die IAB-Projektionen des Erwerbspersonenpotenzials in Gesamtdeutschland 2004 bis 2050 im Vergleich zur Prognose der Prognos AG (Angaben in Tausend)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Eitenmüller/Schüssler 2004; Fuchs/Dörfler.

Auch wenn weder kurz- noch mittelfristig (vgl. Kistler 2005; Bosch u. a. 2003) ein wirklicher Fachkräftemangel entstehen wird, so wird wahrscheinlich ein qualifikatorischer Mismatch zunehmen; dies wird außerdem sehr stark regional variieren (vgl. Hilpert u. a. 2005). Die Ursachen hierfür liegen aber nicht in der Demographie, sondern in fehlenden Bildungsinvestitionen – und auch der Ausbildungsabstinenz der Unternehmen.

1.4 DER ARBEITSANGEBOTSWANG STEIGT BEREITS HEUTE MASSIV AN

An den in diesem Bericht verwendeten Projektionen des Erwerbspersonenpotenzials melden nicht nur Interessenvertreter der Arbeitgeberseite gewisse Zweifel an, auch von einigen ernst zu nehmenden Kollegen wird den zugrunde liegenden Daten der Prognos AG ein zu großer Optimismus unterstellt (vgl. Kaufmann 2005: 32). Es ist hier nicht der Ort, diese Fragen im Detail zu diskutieren (vgl. z. B. Conrads/Huber/Kistler 2006; Ebert/Fuchs/Kistler 2006), dennoch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass die unterlegten Annahmen für die Entwicklung des Arbeitsangebots (vgl. dazu Kapitel 3 und Darstellung A.4 im Anhang) durchaus nicht weitergehend sind als z. B. die in den EU-Ratsbeschlüssen von Stockholm unterstellten Ziele. Sie decken sich nicht nur (wie gezeigt) mit den neuen IAB-Projektionen, sondern weichen in diesen Punkten auch nicht größer von anderen

neueren Projektionen ab (vgl. zum Prognos Deutschland Report 2030 etwa Storbeck 2006 sowie z. B. zur BBR-Prognose 2020/2050 Bucher/Schlömer 2006). Entscheidenden Einfluss wird dabei zweifellos auch die Entwicklung des tatsächlichen Erwerbsaustritts- bzw. des Renteneintrittsalters haben.

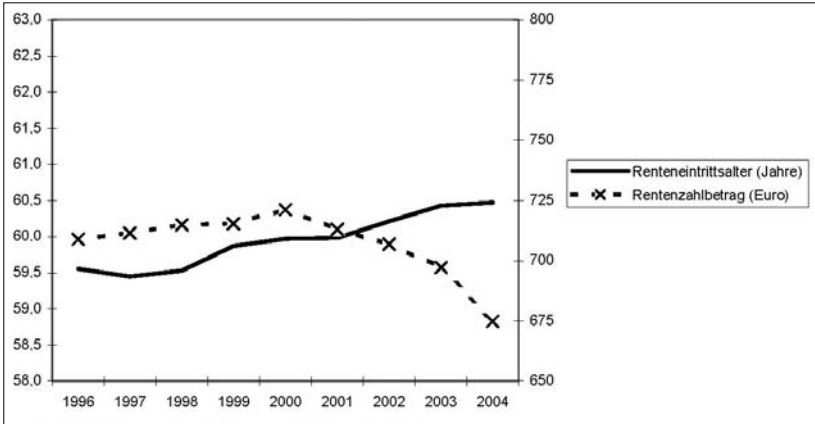
Diesbezüglich konstatieren wir aber bereits heute – das heißt unabhängig von jeglichen Schritten in Richtung einer Erhöhung des Regelrentenalters auf 67 Jahre, wie im Koalitionsvertrag beschlossen und vom Vizekanzler inzwischen auf frühere Zeitpunkte vorgezogen – eine deutliche Erhöhung des Arbeitsangebotszwangs (mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt).

Entgegen des in der Öffentlichkeit herrschenden Vorurteils aus früheren internationalen Vergleichsstudien der Arbeitgeberseite (vgl. Funk u. a. 2003), die mit dem Argument überfälliger »Reformen« voll auf die Karte Absenkung von Lohnersatzleistungen bzw. völlige Abschaffung von Frühverrentungsinstrumenten setzen, zeigen neuere international komparative Quellen auch Anderes auf. In Ländern wie Großbritannien sind erstens mit einer solchen Politik erhebliche Folgen im Bereich Prekarität und (Alters-)Armut verbunden; die Erfolge stellen sich bezogen auf das Arbeitsvolumen Älterer zweitens ganz anders dar (vgl. Kistler 2006a). Das IAB belegte drittens auch, dass die Erfolge in Holland, Dänemark und Finnland weniger in einer Erhöhung des Arbeitsangebotszwangs als in einer vernünftigen Politik des »mehr Förderns als nur Forderns« begründet sind (vgl. Kraatz/Rhein/Sproß 2006). Viertens zeigt der Europäische Beschäftigungsbericht 2005 auch, dass inzwischen sogar die Europäische Kommission (vgl. European Commission 2005: 64 ff.) selbst Zweifel an ihrem alten Credo hat, es gäbe keinerlei Substitutionseffekte zwischen der Beschäftigung Älterer und derjenigen Jüngerer. In Ländern mit insgesamt schwacher Beschäftigungsentwicklung funktioniert die simple angebotsorientierte Logik nicht; die Arbeitslosigkeit steigt, da nicht einfach neue Arbeitsplätze entstehen, wenn das Arbeitsangebot steigt.

Aufgrund der Rentenreformen seit 1992 (Anhebung des Zugangsalters für bestimmte Rentenarten, Einführung von Rentenabschlägen bei vorzeitigem Ruhestand etc.) hat sich jedenfalls das faktische Renteneintrittsalter in den letzten Jahren bereits deutlich erhöht. Wie Darstellung 1.4 zeigt, beläuft sich der Zuwachs zwischen 1996 und 2004 im Bundesdurchschnitt auf etwa ein Jahr. Bis zum Jahr 2002 ging mit diesem späteren Renteneintritt im Wesentlichen auch eine leichte Steigerung der Zahlbeträge der Neurenten einher. Seit 2002 verfallen aber die Rentenzahlbeträge der neuen Versichertenrenten deutlich und mit sich sogar beschleunigender Tendenz. Von 2000 bis 2004 sind die Zahlbeträge der Neurenten im Durchschnitt um gut 40 Euro gesunken. Diese Tendenz wird anhalten und

gegebenenfalls durch die Einführung der ersten Schritte in Richtung einer Rente mit 67 noch deutlich verstärkt werden. Alle diese Veränderungen verstehen sich wohlgernekt noch ohne Berücksichtigung der sonstigen Anpassungen und realen Minderungen bei den Bestandsrenten.

Darstellung 1.4: Entwicklung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters und des Zahlbetrags der Neurenten (Versichertenrenten) in Deutschland



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten des VDR.

Zwar verfügen – vor allem in Westdeutschland (vgl. Kortmann/Haghiri/Pupeter 2005; Deutscher Bundestag 2006) – viele Rentner neben der gesetzlichen Rente über zusätzliche Alterseinkommen, dies trifft aber beileibe nicht auf alle Rentner zu! Auf jeden Fall wird von den in Darstellung 1.4 gezeigten Tendenzen ein massiver zusätzlicher Arbeitsangebotszwang ausgehen.

Aus den bisherigen Ausführungen leitet sich zwingend ab: Die Probleme Älterer am Arbeitsmarkt werden entgegen mancher landläufig verbreiteter Vorstellungen höchstwahrscheinlich nicht ab-, sondern zunehmen. Bereits bei einer Annäherung des tatsächlichen Renteneintrittsalters an die derzeit gültige Grenze von 65 Jahren stellt sich außerdem für viele Beschäftigte die Frage, ob sie dies im Hinblick auf Gesundheits- und Kompetenzerhalt auch durchhalten können; von der verbreiteten Altersdiskriminierung ganz abgesehen.

Mit einer Erhöhung des Regelrentenalters auf 67 Jahre würde diese Problematik nochmals um ein gutes Stück virulenter. Die Europäische Kommission hat in ihrem Beschäftigungsbericht 2005 (S. 242) hierzu ausdrücklich festgestellt, dass offensichtlich Beschäftigungsanreize für ältere Arbeitnehmer – die sich in

Deutschland bisher vor allem auch auf ein »Fordern« beschränkten (vgl. Kistler 2006a) – um länger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, auch tatsächliche Beschäftigungschancen gegenüberstehen müssen. Daher ist zu prüfen, inwieweit die bisherigen bzw. angekündigten Programme – Stichwort z. B.: »Initiative 50 plus« – tatsächlich und nachhaltig die Arbeitsmarktchancen Älterer erhöhen, oder ob sie nicht doch eher Kosmetik sind. Schließlich ist zu fragen, inwiefern angesichts der demographisch bedingten Zunahme der Zahl älterer Erwerbspersonen, diesen Punkten nicht nur in Bezug auf die heute Älteren in den Betrieben und am Arbeitsmarkt Rechnung getragen wird (Stichwort: Altersgerechtes Arbeiten). Gleichmaßen wichtig ist auch die Frage, wie es um den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit gerade der mittleren Generation, der Babyboomer, bestellt ist (Stichwort: Altersgerechtes Arbeiten) – und natürlich auch der Jüngeren (Stichwort z. B.: Ausbildungschancen und Lebenslanges Lernen).

Da all diese Fragen in der Praxis letztlich auf dem betrieblichen und arbeitsmarktpolitischen Handlungsfeld vor Ort zu beantworten sind, hat das Projekt »Smart Region«, dem dieser Bericht entstammt, eine deutliche Regionalisierung der Analyse einschlägiger Einfluss- und Wirkungsfaktoren zum Gegenstand. Nur wer vor Ort, in den Bundesländern, Arbeitsagenturen, ja Kreisen die tatsächliche Entwicklung des Arbeitsmarkts für Ältere, das betriebliche Geschehen im Hinblick auf alter(n)sgerechtes Arbeiten und auch die Praxis der (Früh-)Verrentung inklusive ihrer Folgen kennt, kann entsprechend agieren.

Bevor im Folgenden solche Informationen und Auswertungen dargestellt werden, die so detailliert aufbereitet im normalen Datenangebot für die Praxis nicht zur Verfügung stehen, soll kurz der Hintergrund des Projektes erläutert werden.

2. ZUM PROJEKT SMART REGION

Der vorliegende Bericht für die Hans-Böckler-Stiftung ist Teil des Gesamtvorhabens »Smart Region«. Innerhalb dieses im Folgenden kurz beschriebenen Gesamtvorhabens für die Europäische Kommission (Art.6 ESF – Innovative Maßnahmen) stellt das Projekt für die Hans-Böckler-Stiftung einen eigenständigen und doch integralen Bestandteil der Arbeiten von INIFES dar.

Die Gesamtkoordination des Vorhabens Smart Region liegt bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Neben INIFES sind an dem internationalen Projektverbund auch CEDEP, Universidade Autonoma de Lisboa, die ÖSB Consulting, Wien, sowie das Institut für Sozioökonomische Strukturanalysen SÖSTRA in Berlin beteiligt. Jedes Institut konzentriert sich dabei auf zwei Regionen. Für INIFES sind dies in Bayern der Arbeitsagenturbezirk Weilheim im bayerischen Oberland (Kreise Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech) sowie der nordschwäbische Donaauraum (Kreise Günzburg, Dillingen, Donau-Ries).

Das wichtigste Ziel des Gesamtvorhabens ist es, im Rahmen der Lissabon-Strategie sozialverträgliche und praktisch realisierbare Wege einer Umkehr der bestehenden Frühverrentungspraxis aufzuzeigen und zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer bzw. einem Abbau ihrer Diskriminierung am Arbeitsmarkt beizutragen. Dies unter Beachtung der Zielsetzung von »mehr und besseren« Arbeitsplätzen. Dabei geht es darum, praktische, eben »smarte« Handlungsstrategien in ausgewählten kleineren Regionen und bei Betrieben zu entwickeln und zu erproben, wobei »smart« als Synonym für innovativ, zukunftsweisend und nachhaltig verstanden wird (vgl. ausführlich zum gesamten Vorhaben und seinen Teilprojekten Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 2005a; www.smartregion.net).

Im Teilprojekt von INIFES spielt wiederum das Vorhaben für die Hans-Böckler-Stiftung eine besondere Rolle, da es als Kofinanzierungsprojekt den im skizzierten Vorhabensziel unverzichtbaren Forschungsaspekt stärker fokussiert. Im Rahmen der Art.6-Projekte der EU wird, wie sonst auch in vielen Teilen der entsprechenden Projektförderung zur Demographieproblematik, zunehmend und oft zu sehr Gewicht auf die praktischen Umsetzungsschritte und deren Evaluierung gelegt. Praxisforschung ist in diesem Kontext zwar außerordentlich wichtig; die Eruiierung von Best-Practice-Wegen und deren Propagierung spielt – bei all ihrer unbestrittenen Relevanz – aber inzwischen eine nach unseren Erfahrungen überdominan-

te Rolle. Best-Practice-Strategien oder Modellmaßnahmen oder theorieleses Benchmarking ohne Strukturanalysen und Forschung sind wie Fahren ohne Licht bei Nacht. Wer bei Best-Practice-Projekten nicht auch darauf achtet, warum (bzw. wo) diese erfolgreich sind (oder eventuell auch nicht), wer also nicht auch das Verallgemeinerbare aus dem Speziellen ziehen kann, der greift zu kurz. Umfeldanalysen und Detailanalysen der Betriebsspezifika zum Beispiel sind vor dem Hintergrund anderer Betriebe in der Volkswirtschaft auf ihre Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit hin zu prüfen. Ausgehend von diesem Gedankengang wurde mit dem Teilprojekt der Hans-Böckler-Stiftung also eine Stärkung der empirisch-analytischen Orientierung im Projekt sichergestellt.

Dabei wurde auch darauf geachtet, besonders in diesem Teilprojekt praxisrelevante Informationen für die regionale und lokale Arbeitsmarktpolitik über den wissenschaftlichen Zweck hinaus zu erstellen. Der Transfer dieser deskriptiven Ergebnisse hinein in die praktische Politik ist ausdrücklicher Bestandteil dieses Teilvorhabens. Dem wird auch durch eine intensive Publikationsstrategie und ein breites Mainstreaming (durch Vorträge, Pressearbeit etc.) Rechnung getragen.

2.1 ZUM INNOVATIVEN CHARAKTER DES PROJEKTES SMART REGION

Zum innovativen Vorgehen in diesem Vorhaben ist insbesondere die explizite und starke Betonung des Regionalaspektes zu rechnen. Dies ist nicht nur im Sinne regionaler und lokaler Arbeitsmarktpolitik (wie es ansonsten häufig der Rahmen der Art.6-Projekte ist), sondern auch durch die Beachtung der Region als inhaltliche, strategische Variable hinsichtlich der Rahmenbedingungen notwendig. Im vorliegenden Fall bedeutet dies zunächst eine regionale Betrachtung und Analyse der Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung wie auch des Arbeitsmarktes. Hinsichtlich letzterem findet derartiges zwar auch in anderen Feldern allmählich statt (vgl. z. B. das VALA-Projekt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit). Hinsichtlich ersterem und in Verbindung mit der Arbeitsmarktfragestellung, dem Aspekt regionsspezifischer demographischer Entwicklung und ihrer Folgen auf dem Arbeitsmarkt, ist ein solches Vorgehen bisher neu. Im Rahmen früherer Projekte wurde gerade diesbezüglich ein erhebliches Forschungs- und Praxisdefizit festgestellt (vgl. z. B. Conrads/Ebert/Huber 2004).

Dass neben der demographischen Entwicklung und dem Arbeitsmarkt – deren beider regionale Relevanz ja vorab bekannt war¹ – auch das Verrentungsgeschehen eine starke regionale Varianz aufweist, wurde zwar vor Projektbeginn vermutet. Die extremen regionalen Unterschiede in dieser Hinsicht, die sich inzwischen als wichtiges eigenständiges Teilergebnis des Projektes erweisen, wurden in ihrem tatsächlichen Ausmaß jedoch so nicht erwartet – weder auf der Ebene der Bundesländer noch auf der Ebene von Kreisen. Das war auch nicht möglich, da eine solche regionale Differenzierung der Daten der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfolgt war. Innovativ am Projekt Smart Region und damit am Teilprojekt der Hans-Böckler-Stiftung ist also über das Vorgenannte hinaus die Zusammenführung von regionalen Rentendaten (bzw. deren Generierung) mit den Arbeitsmarktdaten und den Zahlen der Bevölkerungsentwicklung.

Eine weitere wichtige Innovation stellt die in einem Teil der Regionen von Smart Region gezielte, verstärkte Einbeziehung der Gewerkschaften in das Projekt dar. Noch im Rahmen der ersten Demographie-Verbundforschung des BMBF beispielsweise (vgl. Wolff u. a. 2001) wurde dies als außerordentlich schwierig, als über weite Strecken sogar unmöglich bezeichnet. Im Rahmen unserer bisherigen Erfahrungen können wir sagen, dass dieses Urteil zumindest aus heutiger Sicht falsch ist. Gerade über die Arbeitnehmervertretung und die gewerkschaftlichen Organisationen wird eine starke Sensibilisierung und auch eine gezielte Implementation entsprechender Maßnahmen in den Regionen und Fallbeispiel-Betrieben des Projektes erreicht.

Ebenfalls neu, zumindest innerhalb Deutschlands, ist auch die starke Einbeziehung von Kommunalpolitikern in ein solches Demographievorhaben. Dies bot sich aufgrund des starken regionalisierten Charakters des Projektes Smart Region natürlich auch an. Eine diesbezüglich wichtige Erfahrung kann man wie folgt zusammenfassen und sicher auch verallgemeinern: Viele Kommunalpolitiker in unseren Untersuchungsregionen waren ohne großen Aufwand von der Bedeutung des Themas von Smart Region zu überzeugen und ein großer Teil von ihnen fördert das Vorhaben auch durch Rat und Tat aktiv. Bürgermeister und Landräte haben aber einen enormen Einfluss auch auf andere örtliche Akteure, nicht zuletzt auch auf die Unternehmen in ihrem Raum. Ihre Appelle werden gehört!

1 Dem Aspekt der Regionalisierung wurde nicht nur im Hinblick auf die Ergebnisauswertung, sondern bereits bei der Auswahl der Regionen (sowohl national als auch international) weitestmöglich Rechnung zu tragen versucht. Dazu wurden zu Projektbeginn nach einer ersten Analysephase hinsichtlich der demographischen und der Arbeitsmarktentwicklung zwar nicht extreme, aber doch deutlich kontrastierende Regionen ausgewählt.

Gerade auf dieser Ebene koppelt das Teilprojekt für die Hans-Böckler-Stiftung die Ergebnisse von Smart Region auch wieder praxisrelevant an die Akteure zurück. Die Projektanalysen (vgl. z. B. die differenzierten regionalen Berichte, die wir für die Untersuchungsregionen in Bayern erstellt haben) finden bei den Kommunalpolitikern und -verwaltungen ein geradezu erstaunlich großes Interesse².

Als letzter Punkt ist an dieser Stelle anzuführen, dass im Projekt Smart Region – im Gegensatz zu den meisten anderen vergleichbaren Studien zu dieser Thematik – explizit ein integrierter Ansatz verfolgt wird. Dies bezieht sich sowohl auf die Einbeziehung aller Generationen, und nicht nur der Älteren – also alters- und altersngerechtes Arbeiten –, als auch auf die im Projekt vorab absichtlich unbestimmt gebliebenen Praxismaßnahmen, die ergriffen werden sollten und ergriffen werden. Es wird also nicht wie häufig – auch durch die Zusammensetzung der Teilprojekte nach Geschäftsfeldern bzw. Disziplinen der Partner bedingt – vorgegeben, dass z. B. spezifisch Bildungsmaßnahmen oder Maßnahmen zum präventiven Gesundheitsschutz oder zur Arbeitszeitregelung in den Betrieben usw. umgesetzt werden, sondern die Betriebe bzw. die Arbeitnehmer selbst definieren die zu erprobenden Maßnahmen. In einer Reihe von Betrieben wird hierzu neben entsprechenden qualitativen Interviews und Datenanalysen (z. B. Altersstrukturanalysen) auch das Instrumentarium der schriftlichen Mitarbeiterbefragung eingesetzt. Daraus erst ergeben sich dann die Veränderungsmaßnahmen in den Betrieben.

2.2 ZUM INFORMATIONSTAND BEI DEN AKTEUREN

Von den im Rahmen des INIFES-Projekts innerhalb Smart Region durchgeführten Aufgaben betrifft das Teilprojekt der Hans-Böckler-Stiftung also insbesondere die Aufbereitung, Bereitstellung und Analyse regionalisierter Daten auf Bundesländer- und kleinräumlicherer Ebene sowie deren Transfer an die verschiedenen regionalen Akteure (nicht zuletzt auch die gewerkschaftlichen Akteure). Deren besondere Verantwortung für eine demographiebewusste regionale Arbeitsmarktpolitik lässt sich ja z. B. auch an ihrer Tätigkeit in den entsprechenden Verwaltungsausschüs-

2 Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch, dass die kommunalpolitischen Akteure (speziell mehrere Landräte) von sich aus »ihre« Betriebe mit als Untersuchungsbetriebe in das Projekt eingebracht haben (zwei Landkreisverwaltungen sowie zwei Krankenhäuser). Öffentliche Verwaltungen und Betriebe wurden bisher in Demographie-Studien auch eher selten berücksichtigt.

sen von Arbeitsagenturen, Krankenkassen oder Kommunalparlamenten festmachen.

Die praktischen Erfahrungen im Rahmen des Projektes innerhalb der ausgewählten Untersuchungsregion wie darüber hinaus zeigen einen außerordentlich wichtigen Befund: Das Informationsinteresse bei den Akteuren ist sowohl im Hinblick auf das Thema demographische Entwicklung und natürlicherweise auch auf das Thema Verrentungsgeschehen, aber auch im Hinblick auf die Zusammenhänge mit dem Arbeitsmarkt, sehr groß – der Informationsstand ist dagegen meist eher gering. Das liegt nicht nur daran, dass im Rahmen des Teilprojektes erstmalig die Regionalisierung einer Reihe von Indikatoren und auch nur »schlichten« Zahlenaufbereitungen von unveröffentlichten Prozessdaten etc. erfolgt, sondern auch daran, dass die entsprechenden Informationen auf nationaler oder gar internationaler Ebene die örtlichen Akteure weder »ansprechen«, noch den regionalen, spezifischen Bedürfnissen entsprechend für sie von wirklicher Relevanz sind.

Dies bewirkte im positiven wie (vom Arbeitsaufwand her) negativen Sinn eine überwältigend starke Nachfrage nach den Projektergebnissen. Im Rahmen des Projekts wurden bis Ende Oktober 2006 unter anderem Aufsätze publiziert bzw. zur Publikation vorbereitet, Vorträge in und außerhalb der Untersuchungsregionen gehalten (teils in Regionen, die sich gerne an Smart Region beteiligen wollten oder eigene entsprechende Initiativen überlegen), sowie in einer Reihe von Betrieben und Einrichtungen die entsprechenden intensiven Betriebsfallstudien und Maßnahmen durchgeführt.

Die Nachfrage nach diesen Informationen ist im Rahmen des Teilvorhabens der Hans Böckler Stiftung innerhalb von Smart Region praktisch nicht bewältigbar. Dies bezieht sich sowohl auf entsprechende Aktivitäten innerhalb der sechs Landkreise, die wir als kleinräumige Beispiele vertieft analysieren, als auch von außerhalb. Die vertiefte Analyse in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, Weilheim-Schongau im Bayerischen Oberland sowie Dillingen, Donau-Ries und Günzburg im Schwäbischen Donautal wird in ca. zehn Arbeitspapieren dokumentiert, in Papierform und im Internet veröffentlicht³. Erfreulicherweise haben sich die Landräte im Bayerischen Oberland bereit erklärt, eine Sammelbroschüre für ihre Kreise – auf ihre Kosten – zur weiteren Verbreitung zu erstellen.

3 Die diversen Papiere zu den Betriebsfallstudien werden selbstverständlich vertraulich bleiben müssen. In die Publikationen gehen nur anonymisierte Ergebnisse ein, die keine Rückschlüsse auf einzelne Betriebe/Einrichtungen ermöglichen.

Der vorliegende Bericht versteht sich als Informationsquelle für interessierte Akteure – vor allem auf Bundesländerebene – zur Situation und Entwicklung von Arbeitsmarkt, Verrichtungsgeschehen und demographischem Wandel. Kleinräumigere Analysen werden in diesem Bericht nur ausschnittsweise präsentiert, um zu verdeutlichen, dass die Varianz der Problematik auch innerhalb der Bundesländer beträchtlich ist. Dabei zeigt sich: »region matters« – kleinräumige Analysen sind unverzichtbar. Weiterführend ist auf die entsprechenden Publikationen (vgl. z. B. Conrads u. a. 2005), die im Internet zugänglich sind und in Kürze auch in Form von Sammelpublikationen in Papierform erscheinenden Regionalberichte sowie auf die zahlreichen weiteren Einzelpublikationen zu verweisen.

Auch auf der Bundesländerebene kann angesichts der Komplexität und Vielschichtigkeit der einzelnen Teilthemen (Demographie, Arbeitsmarkt, Rente) jedoch nur ein Teil der im Projekt erarbeiteten Ergebnisse hier präsentiert werden. Vor allem ist auch durch den gegebenen Rahmen der entsprechenden Analyse und Interpretation dieser beispielhaften Befunde eine enge Grenze gesetzt. Wir wollen und können hoffentlich an diesen Dingen weiter arbeiten und der Praxis weiterhin solche und noch weiter differenzierte Ergebnisse zur Verfügung stellen.

An dieser Stelle muss abschließend eine Bemerkung zu unseren Erfahrungen mit einem solchen – in Deutschland nicht üblichen – Kofinanzierungsprojekt zwischen einer Stiftung und einem EU-Programm mit starker Praxisorientierung gemacht werden. Es ist natürlich immer etwas schwierig zwei »Auftraggeber« zu haben. Im Fall dieses Projektes war es an manchen Stellen nicht unproblematisch, die Zeitplanung des Böckler-Projektes mit der Planung und den Abläufen des EU-Projektes (mit mehreren, auch internationalen) Partnern einzutakten. Das geht bei Projekten vom Typus experimentelle Feldforschung nicht immer. Bei der Hans-Böckler-Stiftung fanden wir für die notwendigen Umplanungen und resultierenden Verschiebungen von Arbeitsschritten dankenswert große Offenheit und dem Projektergebnis sehr förderliches Verständnis. Das ist nicht selbstverständlich – zunehmend grassiert bei Projektförderern ein fast dirigistisches betriebswirtschaftliches Verständnis von Projektplanung und -design wie für die Laborforschung.

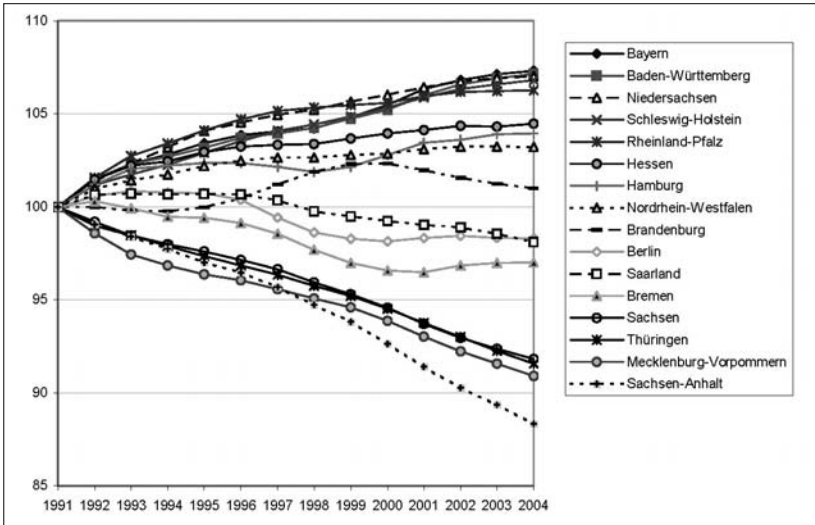
3. DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN DEN BUNDES- LÄNDERN IM ÜBERBLICK

3.1 DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG

Schon immer, aber verstärkt seit der Deutschen Einheit, entwickelte sich die Bevölkerungszahl in Deutschland regional sehr unterschiedlich. Über den in der Öffentlichkeit bekannten Ost-West-Unterschied hinaus zeigt Darstellung 3.1, dass die Bevölkerungsentwicklung auch im Vergleich der einzelnen westlichen bzw. östlichen Bundesländer stark streuende Verläufe aufweist.

Eine starke Bevölkerungszunahme verzeichnen vor allem die großen westlichen Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein. Dabei profitierte der Freistaat Bayern, der im Jahr 2004 wie auch alle anderen Bundesländer einen negativen natürlichen Saldo (von Geburten minus Sterbefälle) aufweist, insbesondere von innerdeutschen Wanderungen. In den ostdeutschen Bundesländern nahm die Bevölkerungszahl zwischen 1991 und 2004 deutlich ab. Einen Sonderfall bildet dabei jedoch das Land Brandenburg, dessen Bevölkerungszahl im Jahr 2004 noch über dem Niveau des Ausgangsjahres 1991 lag.

Darstellung 3.1: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern 1991 bis 2004 (1991=100)

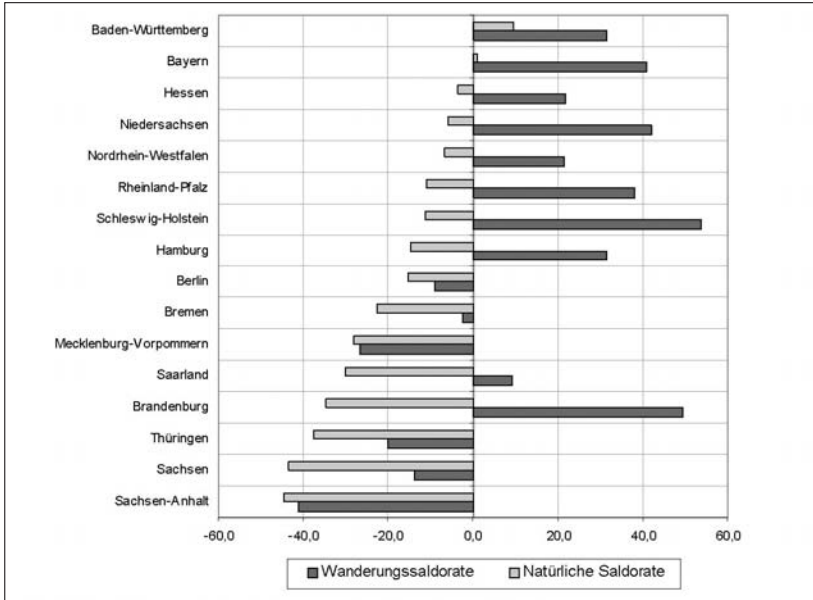


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt.

3.2 KOMPONENTEN DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Bayern wiesen zwischen 1995 bis 2003 alle anderen Bundesländer einen negativen natürlichen Saldo auf, d.h. die Zahl der Sterbefälle lag über den Geburten. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung in den meisten westlichen Bundesländern also ebenso wie in Deutschland insgesamt sinken. Bis auf Brandenburg verzeichneten die östlichen Länder und auch Berlin im Zeitraum 1995 bis 2003 eine starke Abwanderung (vgl. Darstellung 3.2). Besonders ausgeprägt war die Abwanderung in Sachsen-Anhalt, wo im betrachteten Zeitraum netto mehr als 4 Prozent der Bevölkerung abwanderten. Wie Darstellung 3.2 zeigt, ist die für ostdeutsche Länder untypische Bevölkerungsentwicklung Brandenburgs zwischen 1991 und 2004 ausschließlich auf hohe Wanderungsgewinne zurückzuführen, die fast alle aus der Zuwanderung aus Berlin resultieren (vgl. Roloff 2000: 139).

Darstellung 3.2: Natürliche Saldorate und Wanderungssaldorate 1995 bis 2003



Natürliche Saldorate = Lebendgeborene – Gestorbene je 1.000 Einwohner.

Wanderungssaldo = Zuwanderung – Abwanderung je 1.000 Einwohner.

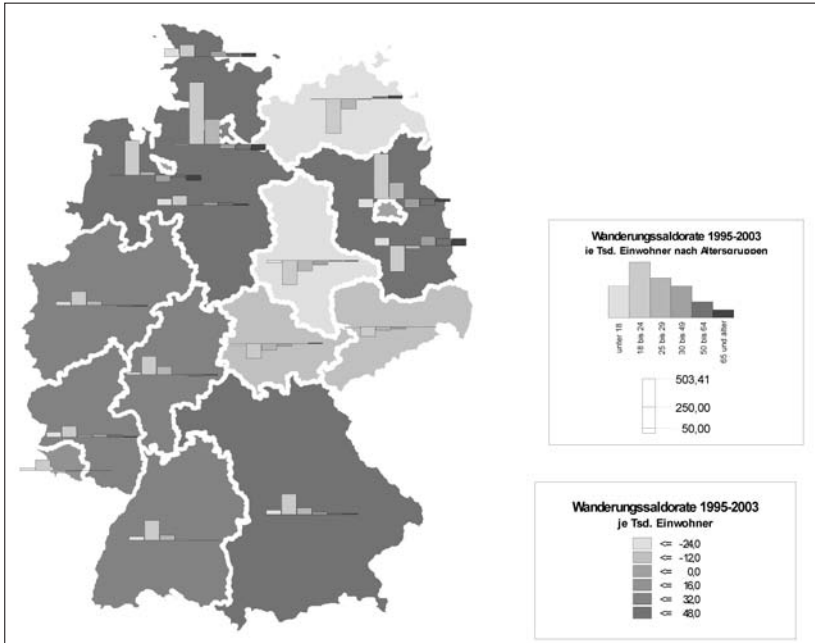
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2005.

Darstellung A.2 im Anhang zeigt die Entwicklung des Wanderungssaldos in den einzelnen Jahren seit 1991. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung verzeichneten im Zuge der starken Wanderungsströme von Ost nach West alle westlichen Länder starke Wanderungsgewinne, während die Flächenländer im Osten von einer drastischen Abwanderung betroffen waren.

Insbesondere im Kontext der Frage nach den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt muss berücksichtigt werden, dass Wanderungsströme sich nicht nur auf die Zahl, sondern auch auf die Alterszusammensetzung der Bevölkerung auswirken. Generell gilt wegen der Bildungswanderung, dass jüngere Altersgruppen eine größere räumliche Mobilität aufweisen als Ältere. Die ausgeprägtesten Wanderungssaldoraten zeigt in allen Bundesländern die Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Vor allem in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin ist für diese Altersgruppe eine hohe Nettozuwanderung zu beobachten (was auch mit Wanderungen im Zusammenhang mit einem Studium zu tun hat), aber auch in Bayern und Baden-Württemberg führt die relativ bessere Arbeitsmarkt- bzw. Ausbil-

dungsmarktsituation und Konzentration von (Fach-)Hochschulen zu einer starken Zuwanderung dieser Jahrgänge. Eine drastische Abwanderung der jüngeren Bevölkerung verzeichneten demgegenüber zwischen 1995 und 2003 die ostdeutschen Bundesländer; allerdings mit starken kleinräumigen Unterschieden. Vom Wegzug junger Menschen sind vor allem periphere ländliche Gebiete betroffen, in denen Arbeits- und Ausbildungschancen für diese Gruppe äußerst gering sind.

Darstellung 3.3: Wanderungssaldoraten nach Altersgruppen 1995 bis 2003 je Tsd. Einwohner der jeweiligen Altersgruppe



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2005.

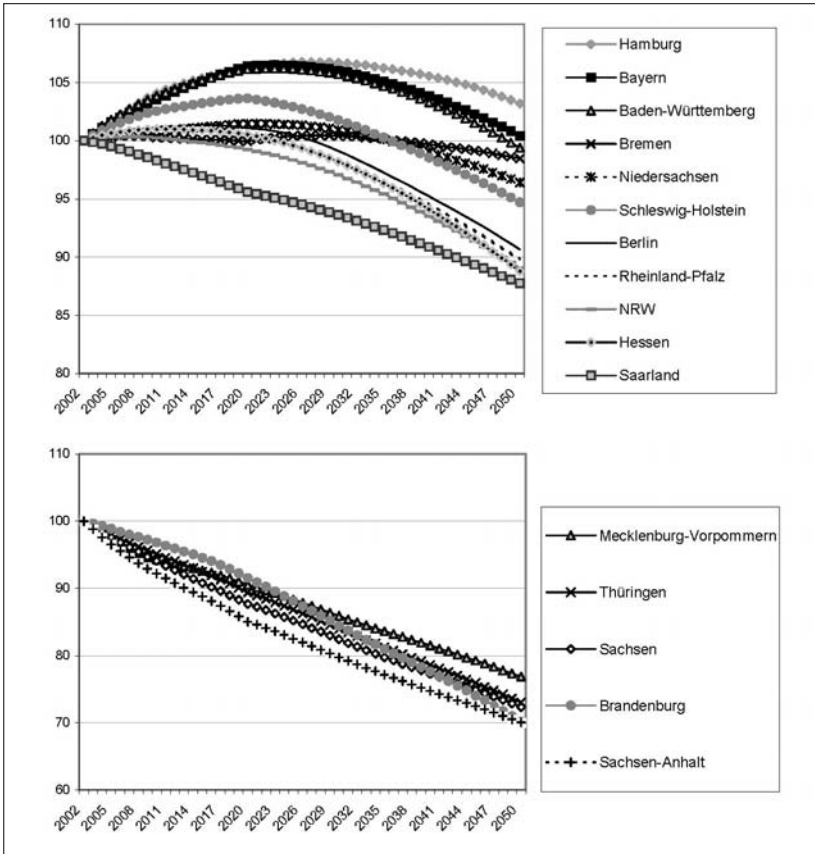
3.3 DIE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNGSZAHL

Die unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Bundesländern wird sich zukünftig fortsetzen. Für die ostdeutschen Flächenländer ist bis 2050 mit weiteren kontinuierlichen Bevölkerungsverlusten zu rechnen; unter diesen zeigt sich für Brandenburg und Sachsen-Anhalt der schärfste Rückgang bis 2050, wobei allerdings in Brandenburg anfangs noch langsamere Abnahmeraten zu erwarten

sind. Brandenburg, das in den 90er Jahren noch stark von den Wanderungsverflechtungen im Umkreis Berlins profitierte, wird in diesem genannten Zeitraum mehr als ein Viertel seiner Bevölkerung verlieren. Weist Brandenburg noch bis 2020 die geringste Bevölkerungsabnahme unter den neuen Bundesländern auf, so wird sich der Schrumpfungsprozess zwischen 2020 und 2050 stark beschleunigen.

Im Westen sind es neben Hamburg vor allem die südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die noch bis etwa 2025 ein starkes Bevölkerungswachstum aufweisen werden: in diesen Bundesländern wird die Bevölkerungszahl dann sogar ca. 7 Prozent über dem heutigen Stand liegen. Dieser starke Zuwachs auf mittlere Frist wird dazu führen, dass der langsame Bevölkerungsrückgang nach etwa 2025 in Bayern und in Baden-Württemberg im Jahr 2050 zu einer Bevölkerungszahl führen wird, die immer noch in etwa der heutigen entspricht, während für Hamburg sogar noch für 2050 eine Bevölkerungszahl errechnet wird, die größer als heute ist. Eine beträchtliche mittelfristige Zunahme bis etwa 2020 zeigt sich auch in Schleswig-Holstein. Dort wird aber der Umschwung vom Bevölkerungswachstum zum Bevölkerungsrückgang bereits früher als in den anderen genannten Ländern einsetzen und ca. ab 2035 die Bevölkerung unter das heutige Niveau sinken.

Darstellung 3.4: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern 2002 bis 2050 (2002=100; Variante 5)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2003.

3.4 DEMOGRAPHISCHE ALTERUNG

Darstellung 3.5 zeigt die Altersverteilung der Bevölkerung getrennt nach West- und Ostdeutschland gemäß der fünften (mittleren) Annahmenvariante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für 2020 und 2050 im Vergleich zum Jahr 2002. Deutlich wird, dass der Alterungsprozess in der Bevölkerungszusammensetzung bereits 2020 spürbar, vor allem aber dann bis 2050 eklatant sein wird: Die Zahl und der relative Anteil der Jungen nimmt deutlich ab.

Die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland erklärt sich vor allem mit der Geburtenentwicklung und auch mit den Wanderungsströmen der Vergangenheit. Während sich zwischen 1965 und 1974 ein fast identischer Einbruch der zusammengefassten Geburtenziffer⁴ in beiden damaligen Staaten zeigte, war in den späten 70er und 80er Jahren aufgrund der ausgeprägten, teilweise auch erfolgreichen Geburtenpolitik in der damaligen DDR ein vorübergehender Wiederanstieg auf zwischen 1,7 und 1,9 zu beobachten. Westdeutschland verblieb dagegen seit Mitte der 70er Jahre mit kleineren Schwankungen relativ stabil auf dem Niveau von etwa 1,4. Mit der Wiedervereinigung ereignete sich in den neuen Bundesländern ein rapides Absinken der Geburtenziffern auf 0,8 im Jahr 1993, um sich in den folgenden Jahren wieder ein Stück weit an den westdeutschen Wert anzunähern (vgl. Statistisches Bundesamt 2003).

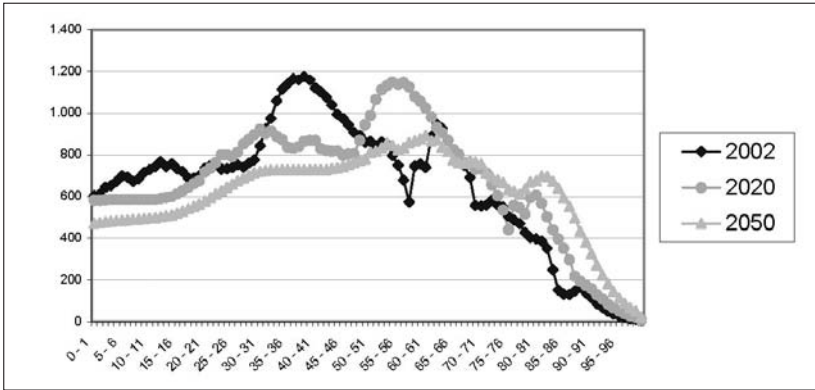
Als Folge dieser Geburtenentwicklung ist die Altersstruktur der westdeutschen Bevölkerung durch eine »Einschnürung« der jüngeren Altersgruppen geprägt (vgl. Roloff 2000). Die geburtenstarken Jahrgänge der »Babyboomer« befinden sich heute im Alter von etwa 40 bis 50 Jahren. In ähnlicher Weise sind auch in den neuen Bundesländern diese stark besetzten Jahrgänge zu erkennen, allerdings weist die Altersstruktur der Bevölkerung zwei Besonderheiten gegenüber der westdeutschen auf. Zum einen wirkt sich der drastische Geburteneinbruch nach der Wiedervereinigung mit äußerst geringen Besetzungszahlen bei der ganz jungen Altersgruppe (den im Jahr 2002 unter 12-Jährigen) aus. Zum anderen zeigt die ostdeutsche Bevölkerung durch den zeitweiligen Geburtenanstieg Ende der 70er bis Ende der 80er Jahre eine stärkere Besetzung der Altersgruppe zwischen 12 und 25 Jahren.

Darstellung A.3 im Anhang enthält die Entwicklung der oben bereits angesprochenen Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier abgegrenzt als 15- bis 64-Jährige) in den deutschen Bundesländern. Dabei zeigt sich, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland insgesamt bis 2020 fast auf dem heutigen Niveau bleibt, da bis dahin die Babyboomer zum größten Teil noch unter 65 Jahre alt sein werden.

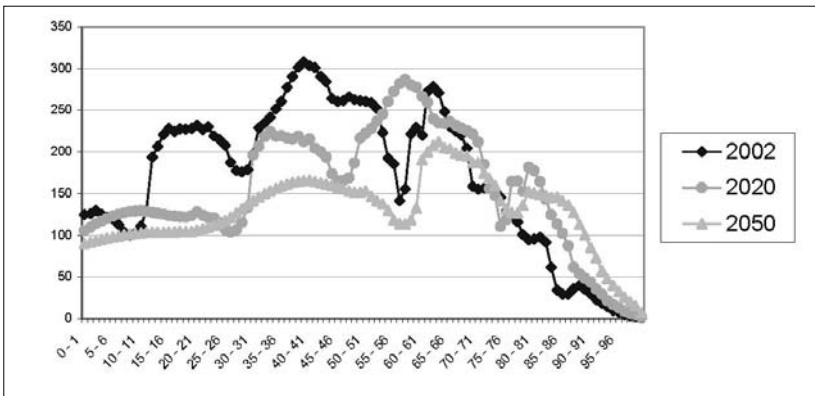
4 Durchschnittliche hypothetische Zahl der lebendgeborenen Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter (zwischen 15 und 45 Jahren).

Darstellung 3.5: Altersstrukturen 2002, 2020 und 2050 im Früheren Bundesgebiet und in den Neuen Bundesländern (mit Berlin) (Angaben in Tausend)

Westdeutschland



Ostdeutschland

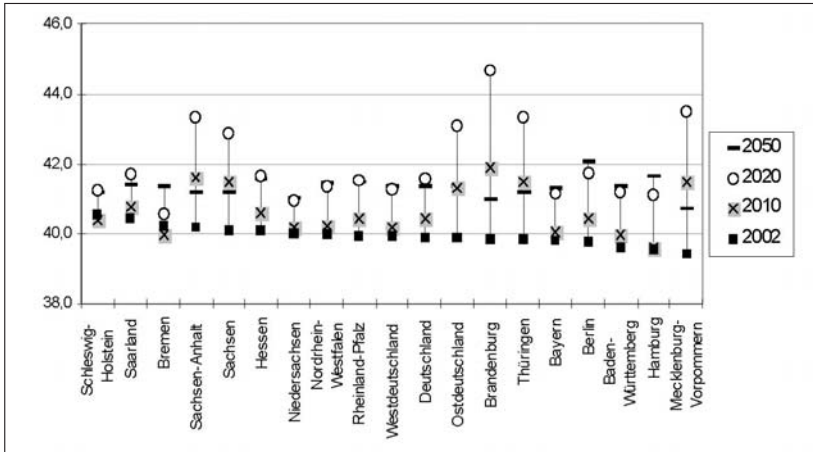


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 5).

Die demographische Alterung wird sich in den einzelnen Bundesländern ebenfalls in recht unterschiedlicher Dynamik asynchron abspielen. Darstellung 3.6 demonstriert dies zunächst anhand der Veränderung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung im Erwerbsalter (hier als 15- bis 64-Jährige abgegrenzt). Während das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung in Deutschland zwischen 2002 und 2020 um 3,8 Jahre ansteigen wird (Westdeutschland: 3,3 Jahre; Ostdeutschland 5,1 Jahre) erhöht sich der Altersdurchschnitt der Bevölkerung im Erwerbsalter bis 2020 um 1,7 Jahre (in Ostdeutschland viel stärker: 3,1 Jahre). Bis 2050 gleicht sich

das Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung in Ost und West mit 41,3 bzw. 41,4 Jahren praktisch wieder an. Der Berg an Babyboomern wird dann ja schon weit im Rentenalter sein, soweit diese noch leben. Wie Darstellung 3.6 verdeutlicht, gibt es in diesen Prozessen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich Ausgangssituation, Ausmaß und Periodizität.

Darstellung 3.6: Veränderung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) in den deutschen Bundesländern (Angaben in Jahren)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2003.

Für die Arbeitsmarktchancen Älterer ist natürlich nicht allein die Entwicklung der Altersdurchschnitte, sondern vor allem die Entwicklung nach Altersgruppen von entscheidender Bedeutung. Spezifisch die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen sei hier intensiver betrachtet, da diese von Problemen am Arbeitsplatz wie am Arbeitsmarkt besonders betroffen ist. Darstellung 3.7 zeigt, dass diese Gruppe der 55- bis 64-Jährigen in allen Bundesländern zwar in den letzten Jahren abnahm. Ursache hierfür ist, wie schon erwähnt, dass die schwach besetzten Jahrgänge, die vor und kurz nach 1945 geboren wurden, durch dieses Zeitfenster alterten.⁵ Ab 2007 wird diese Gruppe der Älteren aber in dramatischer Art und Weise zunehmen und erst nach 2024 wieder für ca. zehn Jahre kleiner werden. Bis ins Jahr 2023

5 Dies hat im Übrigen zur Folge, dass die Schwierigkeiten älterer Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt gegenwärtig in der Politik auch als Problem deutlich unterschätzt werden.

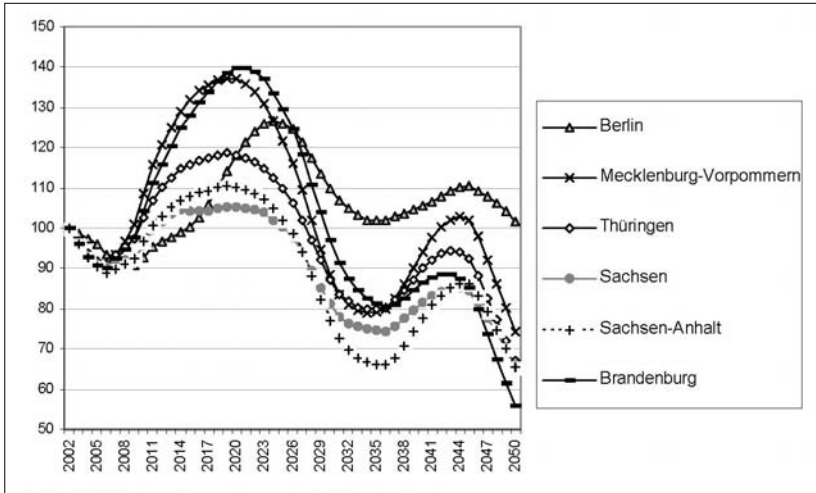
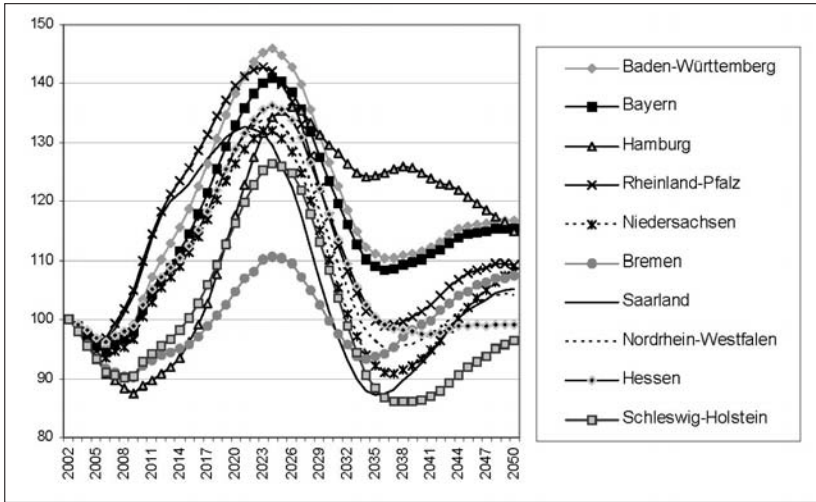
steigt die Zahl der 55- bis 64-Jährigen (als die von der Externalisierung am Arbeitsmarkt besonders stark betroffene Gruppe) mit +3,25 Mio. deutlich an.

Somit werden wir in Deutschland insgesamt im Jahr 2025 um gut 30 Prozent mehr Personen in dieser kritischen Altersgruppe haben als im Jahr 2002. Dabei verläuft die Entwicklung nichtlinear und sowohl im Zeitverlauf als auch im Ausmaß regional sehr unterschiedlich.

Die Zahl der 55- bis 64-jährigen Bevölkerung – hier immer noch ohne schon die Erwerbs- oder Beschäftigungsquoten zu berücksichtigen – wird bis ins Jahr 2020 bzw. kurz danach am stärksten in Westdeutschland und dort insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zunehmen. In diesen alten Bundesländern wird sich die Zahl der 55- bis 64-Jährigen im Zeithorizont zwischen 2020 und 2025 um 40 Prozent und mehr gegenüber 2002 erhöhen. In Bayern, um ein westdeutsches Bundesland kurz näher herauszugreifen, wird – immer die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Variante 5 in den Zahlen des Statistischen Bundesamtes unterstellt – diese Altersgruppe im Stichjahr 2025 um 40,2 Prozent größer sein als 2002. Das entspricht einer absoluten Zunahme von heute (2002) 1,49 Mio. Personen auf 2,09 Mio. in 2025, also um 600 Tsd.

In Ostdeutschland scheint dieses Problem auf den ersten Blick etwas weniger ausgeprägt, jedoch auch mit starken Unterschieden in den einzelnen Ländern. In Sachsen wird ein Zuwachs in dieser Hinsicht kaum stattfinden, in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern dagegen wird der mittelfristige Zuwachs der Zahl der 55- bis 64-Jährigen an die Spitzenwerte unter den westdeutschen Bundesländern heranreichen (in Brandenburg mit einer Erhöhung gegenüber 2002 um 39,7 Prozent im Jahr 2020; das bedeutet dort dann 462 Tsd. 55- bis 65-Jährige in 2020 gegenüber 331 Tsd. in 2002). Dabei ist immer auch die Frage zu stellen, ob der ostdeutsche Arbeitsmarkt in 15 bis 20 Jahren sich überhaupt schon so weit erholt hat (Stichwort: Blühende Landschaften!), dass dieses Problem dort etwas leichter als heute aufgefangen werden könnte.

Darstellung 3.7: Entwicklung der Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen nach Bundesländern (2002=100; Variante 5)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2003.

3.5 ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DES ERWERBSPERSONENPOTENZIALS

Bei der Beantwortung der Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsangebots ist selbstverständlich zu beachten, dass eine Prognose von Potenzialerwerbsquoten eigentlich nur errechnet werden kann, wenn man auch die Entwicklung der Arbeitsnachfrage berücksichtigt. Dies kann und soll an dieser Stelle explizit nicht geschehen: Langfristige Prognosen der Wirtschaftsentwicklung und daraus abgeleitet der Arbeitsnachfrage sind mit noch erheblich höheren Unsicherheiten behaftet als demographische Vorausschau. Das gilt verschärft bei regionalisierten Prognosen der Arbeitsmarktbilanz.

Dennoch kann auf der Basis vorliegender nationaler Prognosen der Entwicklung von Erwerbsquoten (die dann natürlich auch diese genannten Unsicherheiten ein Stück weit beinhalten) eine rein quantitative Abschätzung der Entwicklung des Arbeitsangebots – sozusagen als ein einfaches Szenario – auch auf die regionale Ebene heruntergebrochen werden.

Darstellung A.4 im Anhang enthält die prognostizierten Potenzialerwerbsquoten für Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland aus dem Gutachten der Prognos AG für den VDR. Gegenüber dieser Basisvariante geht Prognos sogar davon aus, dass durch geeignete Maßnahmen eine noch frühere bzw. stärkere Erhöhung der Potenzialerwerbsquoten realisierbar wäre (vgl. Eitenmüller/Schüssler 2004). Wie die Darstellung zeigt, sind bereits in der Basisvariante erhebliche Zuwächse vor allem bei den Älteren und hier wiederum vor allem bei den Frauen (dort aber auch über alle Altersgruppen hinweg) in Westdeutschland angenommen.

Vergleicht man diese Zuwächse mit den für 2010 gesetzten (wenn auch wohl nicht mehr zu erreichenden) Zielen der Europäischen Kommission – eine Steigerung der Beschäftigungsquote Älterer im europäischen Durchschnitt auf 50 Prozent (vgl. Kapitel 1), so sind die hier wiedergegebenen Werte des Jahres 2015 nicht ganz so abwegig. Jedenfalls gibt es (vgl. Kistler/Ebert 2005) eine Reihe von Gründen, die auf der Einstellungs- und Verhaltensseite des Arbeitsangebotes solche Steigerungen als durchaus realistisch erscheinen lassen (vgl. oben, Abschnitt 1.4).

Legt man nun nicht nur die mittlere Variante der Bevölkerungsszenarien zugrunde, was wohl plausibler ist als mit den Extremvarianten zu arbeiten, sondern auch die moderate Annahme zur Entwicklung der Erwerbsquoten entsprechend der Basisvariante der Prognos AG, so ergibt sich das in Darstellung 3.8 gezeigte Bild einer Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials für West-

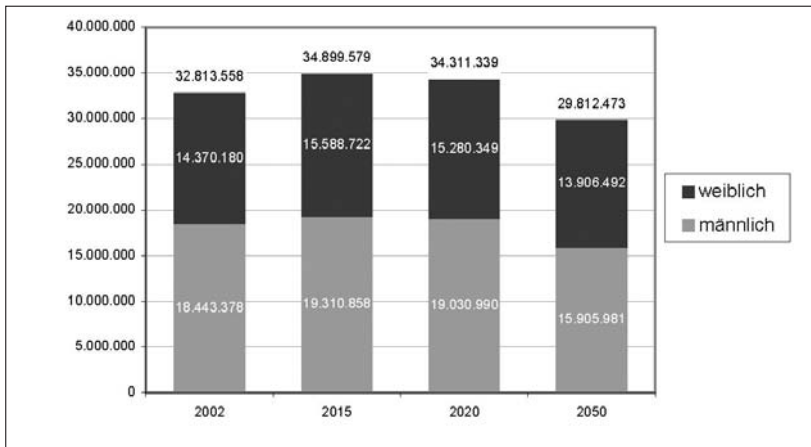
und Ostdeutschland. Die wiedergegebenen Zahlen zum west- und ostdeutschen Erwerbspersonenpotenzial entsprechen im Übrigen auch ziemlich genau den mittleren Ergebnissen neuer Berechnungen hierzu, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit jüngst vorgelegt hat (vgl. Fuchs/Söhnlein 2005). Im Gegensatz zu den alten Prognosen des Erwerbspersonenpotenzials durch das IAB sind die neuen Zahlen aus Nürnberg erheblich höher und deutlich realistischer (auch hier ist zu beachten, dass die mittleren Projektionen die eher plausiblen sind, während die Extremvarianten nur zur Verdeutlichung der Folgen von so wahrscheinlich nicht eintretenden Entwicklungen dienen; vgl. oben, Abschnitt 1.3).

Nach den Zahlen in Darstellung 3.8 sinkt das Erwerbspersonenpotenzial in Ostdeutschland im Vergleich zum Jahr 2002 bereits bis 2015 um rund 1 Mio. ab, bis 2020 wird sich der Rückgang in einer Größenordnung von 1,7 Mio. bewegen. Dies wäre eine durchaus dramatische Entwicklung, vor allem wenn man sie bis 2050 fortschreibt. In Westdeutschland dagegen wird das Erwerbspersonenpotenzial 2020 nach einem zwischenzeitlichen Anstieg und wieder leichtem Rückgang in etwa auf dem Niveau von 2000 liegen. Erst nach 2020 ergibt sich ein beschleunigter Rückgang.

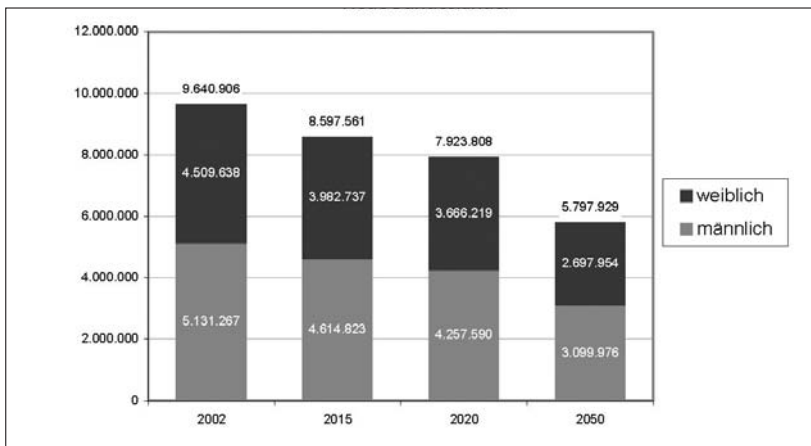
Selbstverständlich sind die in Darstellung 3.8 wiedergegebenen Zahlen für das Jahr 2050 – wie alle so langfristigen Vorausberechnungen – mit hohen Unsicherheiten belastet. Auf jeden Fall ergibt sich aus den Berechnungen aber, dass das Erwerbspersonenpotenzial in Westdeutschland unter Verwendung mittlerer Annahmen im Jahr 2020 nicht geringer sein wird als im Jahr 2002. Im Gegenteil: Es ist zwischenzeitlich sogar ein leicht höheres Erwerbspersonenpotenzial zu erwarten.

Darstellung 3.8: Vorausschätzung* des Erwerbspersonenpotenzials in West- und Ostdeutschland bis 2050

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer

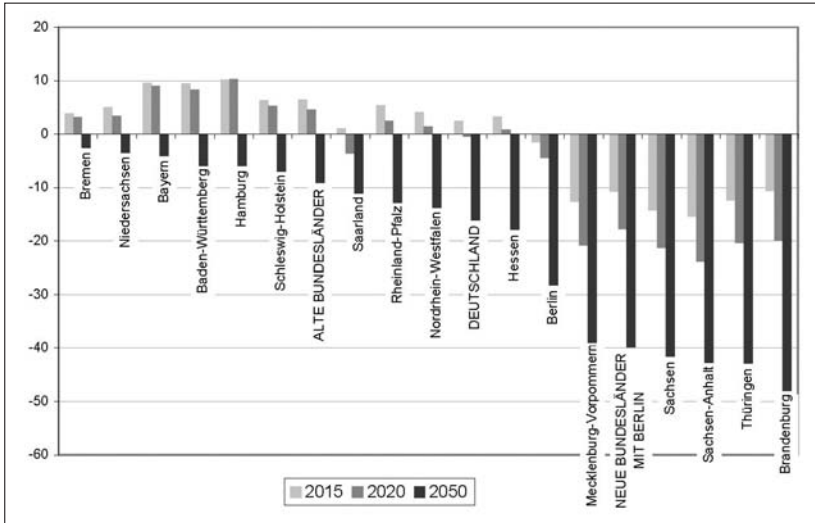


* Basis: Bevölkerungsentwicklung nach 10. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (Statistisches Bundesamt 2003). Potenzialerwerbsquoten nach Prognos AG (Eitenmüller/Schüssler 2004, S. 26). Aus Datenverfügbarkeitsgründen wurden bei den Erwerbsquoten die Werte für 2015 auf die Bevölkerungsstruktur 2015 und 2020 angewendet (Das dürfte die Zahlen in 2020 noch ein Stück weit unterschätzen).

Quelle: INIFES 2005.

Unter Verwendung der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – wie schon bisher in diesem Bericht – und dazu passender mittlerer Annahmen über die künftige Entwicklung der Erwerbsquoten, lässt sich für die Bundesländer das Erwerbspersonenpotenzial (das ungefähre Angebot an Arbeitskräften) errechnen. Darstellung 3.9 enthält die Ergebnisse dieser Vorausschätzung.

Darstellung 3.9: Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials – Veränderung im Vergleich zum Jahr 2002 (in Prozent)



* Basis: Bevölkerungsentwicklung nach 10. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (Statistisches Bundesamt 2003). Potenzialerwerbsquoten nach Prognos AG (Eitenmüller/Schüssler 2004, S. 26). Aus Datenverfügbarkeitsgründen wurden bei den Erwerbsquoten die Werte für 2015 auf die Bevölkerungsstruktur 2015 und 2020 angewendet (Das dürfte die Zahlen in 2020 sogar noch ein Stück weit unterschätzen).

Quelle: INIFES 2005.

In den neuen Bundesländern nimmt das Erwerbspersonenpotenzial zwar bereits heute deutlich ab, bis 2020, ja bis 2030, wird der Rückgang aber unterhalb des Ausmaßes der gegenwärtig registrierten Arbeitslosigkeit plus der verdeckten Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern bleiben. Von einem Fach- oder gar Arbeitskräftemangel in den nächsten zwei Jahrzehnten kann daher auch dort keine Rede sein. Dies zeigen – bei allen Unsicherheiten solcher Langfristszenarien – auch die vorliegenden Prognosen zur Arbeitsmarktbilanz in Deutschland. Grob zusammengefasst (vgl. detaillierter Kistler 2006: 55 ff.) prognostizieren diese Studien eine

Arbeitslosenquote von ca. 4 bis 6 Prozent im Falle einer günstigen und von 10 und mehr Prozent im Falle einer ungünstigeren Wirtschaftsentwicklung bis 2030/2040.

Zu beachten ist dabei zudem, dass aufgrund z. B. eines qualifikatorischen Mismatch (eines Auseinanderklaffens von angebotenen und nachgefragten Qualifikationen) die Arbeitslosigkeit auch bei einem starken Rückgang des Arbeitskräfteangebots in einigen Jahrzehnten nicht automatisch verschwinden wird. Zwar wird es immer vereinzelte Betriebe geben, die einen plötzlich auftretenden Bedarf an bestimmten Kräften nicht sofort in ihrer Region und zu den vom Betrieb gewünschten Konditionen decken können. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel (vgl. Infratest/SÖSTRA 2006) zeigen aber sehr eindrucksvoll, dass die entsprechenden Größenordnungen eher vernachlässigbar sind. Ein solcher Mismatch in geringem Umfang ist in einer dynamischen Marktwirtschaft außerdem genauso unvermeidbar, ja notwendig, wie eine gewisse friktionelle Arbeitslosigkeit. Wenn beispielsweise die Hartz-Kommission dann in diesem Kontext vor demographisch bedingten bis zu 7 Mio. fehlenden Arbeitskräften im Jahr 2015 warnt (vgl. Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit 2002: 118), so wird jedoch offensichtlich, dass mit solchen Zahlen Interessenpolitik betrieben wird.

Die beiden folgenden Darstellungen zeigen nochmals in aller Kürze, vor welchen einschneidenden Herausforderungen die Bundesländer angesichts des demographischen Wandels (hier dargestellt im Zeithorizont bis 2020) stehen. Für die Flächenstaaten des Ostens ist eine Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials um etwa ein Fünftel gegenüber dem Jahr 2002 zu erwarten. Im Vergleich zu Westdeutschland werden die neuen Bundesländer dann eine vergleichsweise »alte« Erwerbsbevölkerung aufweisen. Nach den Ergebnissen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird der Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2020 dort zwischen 26 Prozent (Sachsen) und 32 Prozent (Brandenburg) liegen.

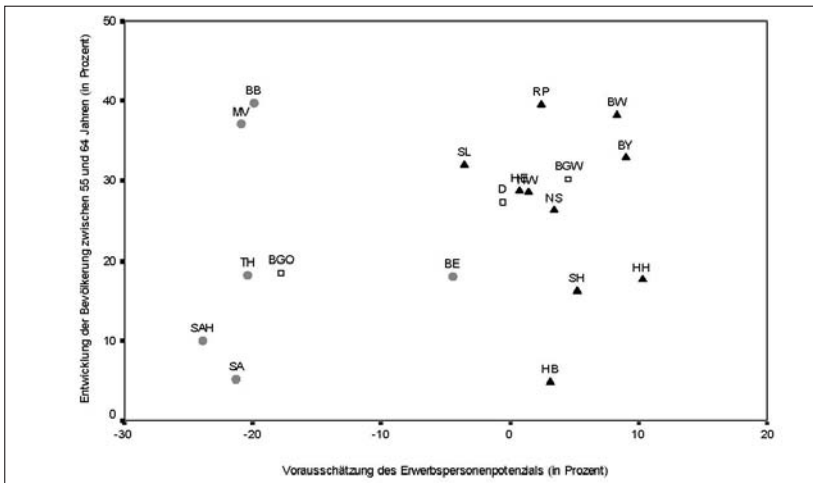
Ein besonders starker Anstieg der Zahl der 55- bis 64-Jährigen wird für Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern prognostiziert. In diesen beiden neuen Bundesländern wird der Anteil der Älteren an der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2020 bundesweit am höchsten sein, was auch mit der starken Abwanderung der jüngeren Bevölkerung in den letzten – und wohl auch künftigen – Jahren zusammenhängt. Dass die Zahl der älteren Bevölkerung in Sachsen und Sachsen-Anhalt (auch Thüringen) nur vergleichsweise wenig zunimmt, liegt vorrangig daran, dass deren Bevölkerung schon heute relativ alt ist.

Eine mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vergleichbare Zunahme der Zahl der Älteren findet man unter den westdeutschen Bundesländern

besonders in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (in den alten Bundesländern wird der Scheitelpunkt der demographischen Alterung allerdings erst etwas später – ca. 2025 – erreicht). Dabei verläuft die Entwicklung im früheren Bundesgebiet von einem niedrigeren Ausgangsniveau aus; daher wird der Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Erwerbsbevölkerung trotz der starken prozentualen Zunahme im Jahr 2020 deutlich unter den ostdeutschen Werten liegen. Eine vergleichsweise geringe Alterung ist für die Stadtstaaten zu erwarten, die seit langem und auch zukünftig von der Zuwanderung Jüngerer profitieren.

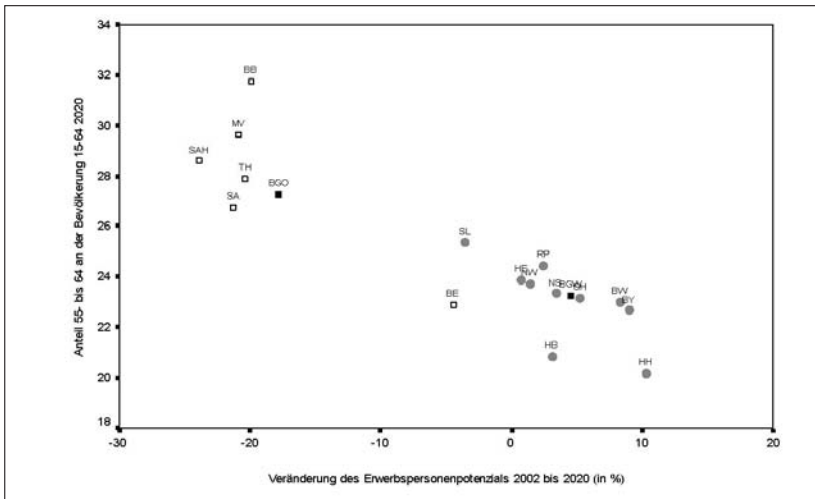
Dass die demographische Entwicklung in den neuen Bundesländern zu erheblichen Problemen führen wird, falls sich nicht die Handlungsweisen der Personalverantwortlichen grundlegend ändern, liegt auf der Hand. Allerdings wirft auch ein Anstieg der 55- bis 64-Jährigen an der Erwerbsbevölkerung auf »nur« etwa 23 Prozent im Westen angesichts der Lage der Älteren am Arbeitsmarkt die Frage auf, wie sich für diesen auf uns zukommenden »Berg« die Beschäftigungssituation im Alter darstellt.

Darstellung 3.10: Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials und Entwicklung der Zahl der 55- bis 64-jährigen Bevölkerung, jeweils Veränderung 2002 bis 2020 (in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen (zur Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials vgl. Anmerkung zu Darstellung 3.8).

Darstellung 3.11: Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials (Veränderung 2002 bis 2020 in Prozent) und Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2020 (in Prozent)

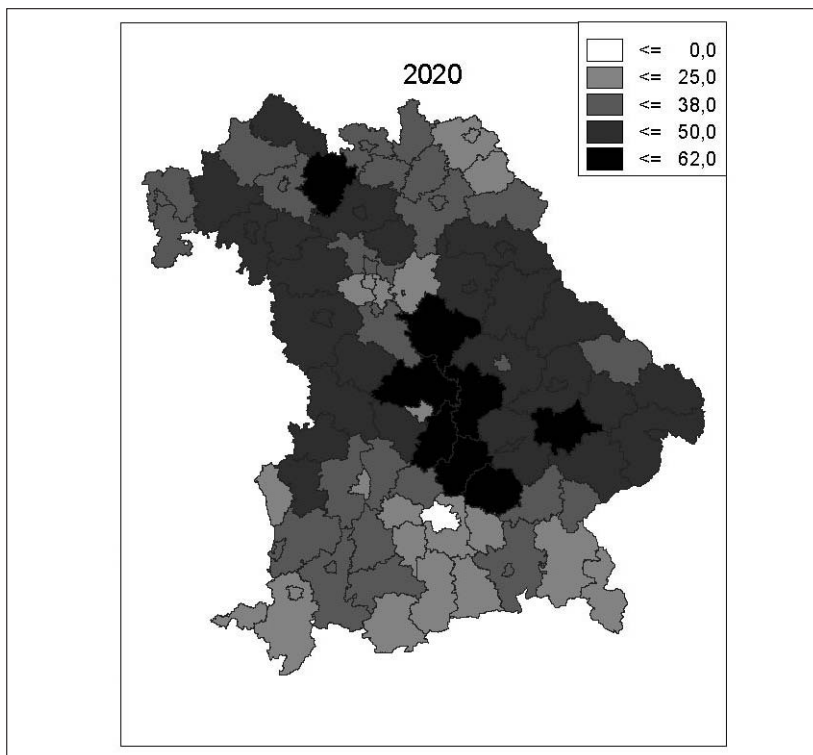


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen (zur Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials vgl. Anmerkung zu Darstellung 3.8).

Dass diese demographischen Rahmenbedingungen sich letztlich auf kleinräumiger Ebene nochmals um ein Stück komplexer darstellen, sei in diesem Bericht nur anhand eines kleinen Beispiels demonstriert (ohne große Kommentierung und unter Verweis auf die anderen Publikationen aus dem Projekt).

Darstellung 3.12 zeigt, wie sich unter Zugrundelegung mittlerer Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Landkreisen des Freistaats Bayern die Zahl der 55- bis 64-Jährigen bis ins Jahr 2020 gegenüber 2002 verändern wird. Auffällig ist, wie eben schon angesprochen, dass dieser Zuwachs zwischen praktisch null und über 60 Prozent streut. Eine solch rasante Zunahme in der Zahl Älterer etwa im Kreis Eichstätt (stark beeinflusst durch schubweise Zuzüge jüngerer Arbeitskräfte im benachbarten Ingolstadt) wird sogar die Rekrutierungsmöglichkeiten für jüngere Fachkräfte in der Region beeinflussen. Dabei wird z. B. die AUDI-AG und andere Großfirmen wohl weniger Probleme haben als einschlägige KMU. Umgekehrt wird sich die Arbeitsmarktlage für Ältere in der Region dramatisch verschlechtern – wenn nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen werden – was wiederum zwingend voraussetzt, dass solche Informationen überhaupt vorliegen und zur Kenntnis genommen werden müssen.

Darstellung 3.12: Veränderung der Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns gegenüber 2002 (2002 = 100, Variante 5)



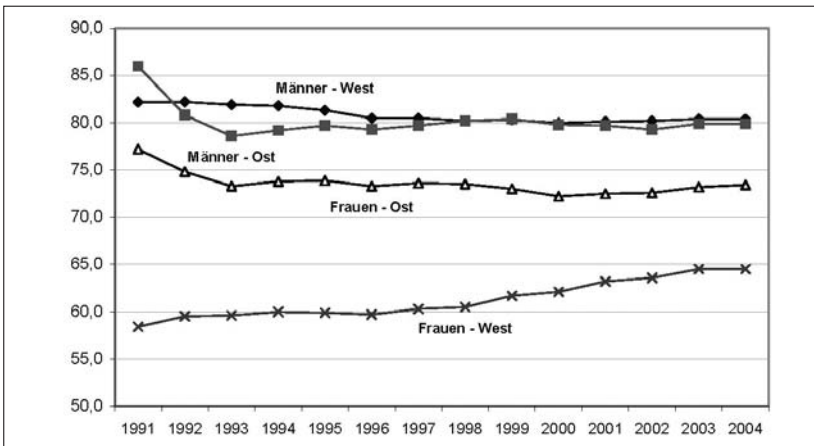
Quelle: INIFES, eigene Berechnung und Darstellung nach Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2004 (Variante 5 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung).

4. ERWERBSBETEILIGUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

4.1 ENTWICKLUNG DER ERWERBSBETEILIGUNG

Neben der Bevölkerungszahl und -struktur wird das Arbeitskräfteangebot mitbestimmt durch die Erwerbsneigung bzw. Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. In Deutschland lag die Erwerbsquote⁶ im Jahr 2004 bezogen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren bei 73,3 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung weist dabei zwischen West- und Ostdeutschland und zwischen Männern und Frauen deutliche Unterschiede auf. In den neuen Bundesländern liegt die Erwerbsquote mit 76,7 Prozent über der Quote im Westen (72,5 Prozent). Zwischen 1991 und 2004 ist die Erwerbsquote der Frauen im früheren Bundesgebiet von 58,4 Prozent auf 64,5 Prozent gestiegen während sie in den neuen Bundesländern mit 73,4 Prozent im Jahr 2004 einen niedrigeren Wert aufweist als zu Beginn der 90er Jahre (1991: 77,2 Prozent).

Darstellung 4.1: Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung, 1991 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

6 Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung.

In den Bundesländern lag die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen Bevölkerung im Jahr 2004 zwischen 77,6 Prozent in Thüringen und 68,5 Prozent im Saarland. Generell weisen die östlichen Bundesländer die höchsten Erwerbsquoten auf, dies ist in erster Linie auf die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Dort liegt die Erwerbsquote der Frauen zwischen 72,4 Prozent in Thüringen und 74,5 Prozent in Brandenburg. In den alten Bundesländern weist die Erwerbsquote der Frauen größere Unterschiede auf: Während in Bayern mehr als zwei Drittel der Frauen arbeiten (wollen), sind dies im Saarland nur 59,2 Prozent. Die Männer weisen zwischen Ost- (79,9 Prozent) und Westdeutschland (80,4 Prozent) nur geringe Unterschiede in den Erwerbsquoten auf. Die Spanne in den Bundesländern liegt dabei zwischen 82,9 Prozent in Bayern und 77,5 Prozent im Saarland.⁷

Den stärksten Anstieg der Erwerbsbeteiligung zwischen 1994 und 2004 verzeichnet – ausgehend von einem besonders niedrigen Niveau – das Saarland (+5,3 Prozentpunkte von 63,2 Prozent auf 68,5 Prozent). Diese Entwicklung ist jedoch fast ausschließlich auf den »Aufholprozess« der Frauen zurückzuführen, wo ausgehend von einer extrem niedrigen Erwerbsquote von 48,6 Prozent mehr als 10 Prozentpunkte Zuwachs zu beobachten waren.

In den Flächenländern im Osten blieb die Erwerbsquote der Frauen zwischen 1994 und 2004 relativ konstant bzw. nach einem zwischenzeitlichen Rückgang bis 1999 liegen die Quoten aktuell nur leicht unter dem Niveau des Jahres 1994. Eine gegensätzliche Entwicklung zeigten die Erwerbsquoten der Männer: Mit Ausnahme des Saarlands nahmen diese in den westlichen Bundesländern ab, wohingegen die neuen Länder leichte Zunahmen verzeichneten.

Das einzige Bundesland, in dem die Erwerbsbeteiligung nennenswert sank, ist Berlin, das darüber hinaus eine weitere im Bundesländervergleich untypische Entwicklung aufweist, denn hier ging sowohl bei Männern als auch bei den Frauen die Erwerbsquote zurück. Auffällig ist auch die Stagnation der Erwerbsquote in Bayern (-0,1 Prozentpunkte), während Bundesländer mit vergleichbarer Arbeitsmarktlage, wie Baden-Württemberg oder Hessen, eine deutliche Steigerung verzeichnen konnten. Dies ist in erster Linie auf die weibliche Erwerbsbeteiligung zurückzuführen: Die anderen westlichen Flächenländer konnten die Frauenerwerbsneigung – wenn auch von einem niedrigeren Wert aus – deutlich stärker steigern als Bayern.

7 Einen wichtigen Einfluss auf die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen hat natürlich auch die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Bevölkerung. Denn auch der Berufseinstieg verläuft regional sehr unterschiedlich: So weist etwa Bayern aufgrund seiner geringen Abiturienten- und Studentenanteile eine im Vergleich hohe Erwerbsquote bei den 15- bis 19-Jährigen auf (vgl. Conrads u. a. 2005).

Darstellung 4.2: Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung, 1991 bis 2004 (Angaben in Prozent)

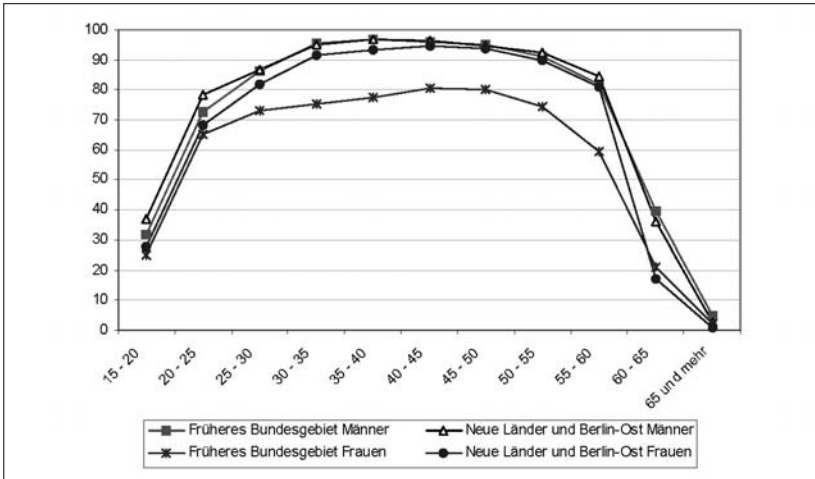
	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004	1994	1999	2004
Baden-Württemberg	73,1	72,9	75,0	82,7	81,1	82,1	63,1	64,3	67,8
Bayern	75,6	74,8	75,5	84,6	83,3	82,9	66,1	66,2	67,9
Berlin	76,4	73,2	73,5	81,5	78,2	77,6	71,1	68,1	69,2
Brandenburg	76,7	76,6	77,6	78,7	80,0	80,5	74,5	73,0	74,5
Bremen	69,5	68,7	70,9	80,0	77,4	77,8	59,0	60,0	63,9
Hamburg	72,8	72,6	73,7	80,5	79,2	80,0	64,9	66,0	67,2
Hessen	71,2	71,7	73,0	81,6	80,4	80,8	60,3	62,7	65,2
Mecklenburg-Vorpommern	76,4	75,0	75,9	79,4	78,8	79,1	73,2	70,9	72,6
Niedersachsen	70,5	69,8	71,1	81,2	79,4	79,3	59,5	59,9	62,7
Nordrhein-Westfalen	67,0	68,2	69,9	79,7	79,0	79,0	54,0	57,1	60,8
Rheinland-Pfalz	69,7	70,0	71,2	81,7	79,5	79,8	57,2	60,3	62,5
Saarland	63,2	66,6	68,5	77,4	76,7	77,5	48,6	56,1	59,2
Sachsen	76,8	77,6	76,8	79,2	81,6	79,9	73,5	73,4	73,4
Sachsen-Anhalt	75,9	76,5	76,4	78,1	79,9	79,2	73,6	72,9	73,4
Schleswig-Holstein	73,1	72,0	73,5	83,7	80,6	81,2	62,1	63,1	65,6
Thüringen	76,4	77,0	76,2	79,6	80,4	79,8	73,3	73,5	72,4
Deutschland	72,1	72,2	73,3	81,3	80,3	80,3	62,7	63,8	66,1
Früheres Bundesgebiet	71,1	71,1	72,5	81,8	80,3	80,4	60,0	61,7	64,5
Neue Länder und Berlin-Ost	76,5	76,8	76,7	79,2	80,4	79,9	73,8	73,0	73,4

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Neben geschlechtsspezifischen Unterschieden ist die Erwerbsbeteiligung vor allem durch erwerbsbiographische Phasen strukturiert⁸: Nach Altersgruppen betrachtet haben die Erwerbsquoten ein besonderes Muster. Die höchste Erwerbsbeteiligung zeigt sich für beide Geschlechter in Ost und West in den Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren. In Deutschland insgesamt liegen die Erwerbsquoten in diesen Altersgruppen im Jahr 2004 zwischen 86,8 Prozent und 89,8 Prozent. Niedrigere Erwerbsquoten weisen durch den zunehmend späteren Erwerbseintritt die jüngeren Altersgruppen auf⁹. In den älteren Bevölkerungsgruppen sinkt die Erwerbsquote vor allem durch vorzeitige Ausstiege aus dem Arbeitsleben. Sichtbar wird dies schon bei den 55- bis 59-Jährigen, eine sehr niedrige Erwerbsbeteiligung weisen dann die 60- bis unter 65-Jährigen mit 29,5 Prozent (30,3 Prozent in Westdeutschland; 26,4 Prozent in Ostdeutschland) auf.

- 8 Darüber hinaus haben auch Nationalität und Familienstand sowie die Qualifikation einen wichtigen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung (vgl. dazu etwa Cornelißen 2005), dies soll hier aber nicht näher betrachtet werden.
- 9 So sank die Erwerbsquote der 15- bis 19-Jährigen in Deutschland allein zwischen 2002 und 2004 um 1,7 Prozentpunkte (von 31,1 auf 29,4 Prozent), die der 20- bis 24-Jährigen um 1,9 Prozentpunkte (von 72,0 auf 70,1 Prozent).

Darstellung 4.3: Altersspezifische Erwerbsquoten nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland, März 2004 (Angaben in Prozent)



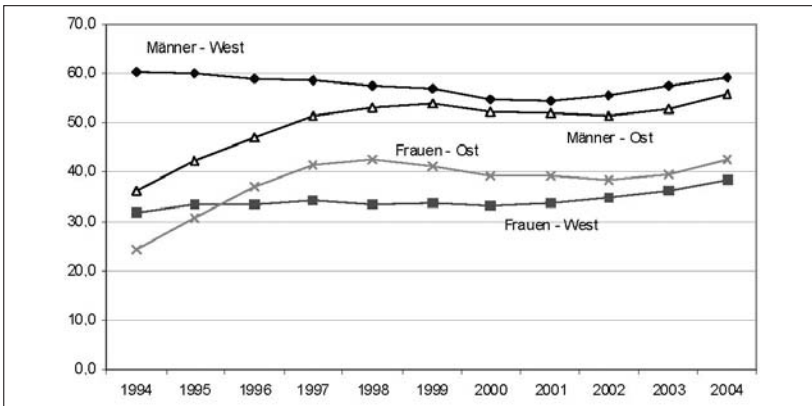
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

4.2 ERWERBSBETEILIGUNG ÄLTERER

Im Vergleich zu 1991 zeigte die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen im Jahr 2004 eine höhere Erwerbsbeteiligung. Das gilt mit Ausnahme der westdeutschen Männer, bei denen die Erwerbsquote nach zwischenzeitlichem Absinken im Jahr 2004 wieder etwa auf dem Niveau von 1994 lag. Zwar stiegen bei den Männern in den alten Bundesländern sowohl die Erwerbsquoten der 55- bis 59-Jährigen (von 79,8 auf 81,8 Prozent) als auch der 60- bis 64-Jährigen (von 33,4 auf 39,6 Prozent), allerdings führten demographische Verschiebungen zu einer stärkeren Besetzung der letztgenannten Altersgruppe¹⁰.

10 Dieser Prozess ist in Deutschland besonders ausgeprägt und führt in den letzten Jahren zu einer demographisch bedingten Verzerrung der Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland im internationalen Vergleich nach unten.

Darstellung 4.4: Erwerbsquoten der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1994 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Bei den zwischen 55- und 60-Jährigen liegt die Erwerbsquote in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 mit 82,8 Prozent deutlich über dem westdeutschen Niveau (70,8 Prozent). In erster Linie liegt dies an der im Osten höheren Erwerbsquote der Frauen in dieser Altersgruppe (bzw. insgesamt). In Deutschland stieg die Erwerbsquote der Frauen von 1994 bis 2004 bei den 55- bis unter 60-Jährigen von 45,9 auf 63,3 Prozent und bei den 60- bis 64-Jährigen von 10,2 auf 20,4 Prozent. Damit weisen die Frauen zwischen 55 und 59 Jahren eine besonders starke Zunahme der Erwerbsquote auf, vor allem in den neuen Bundesländern. Mit Ausnahme der Frauen im Alter zwischen 55 und 60 Jahren war eine Angleichung der Erwerbsbeteiligung Älterer in den beiden Landesteilen zu beobachten.

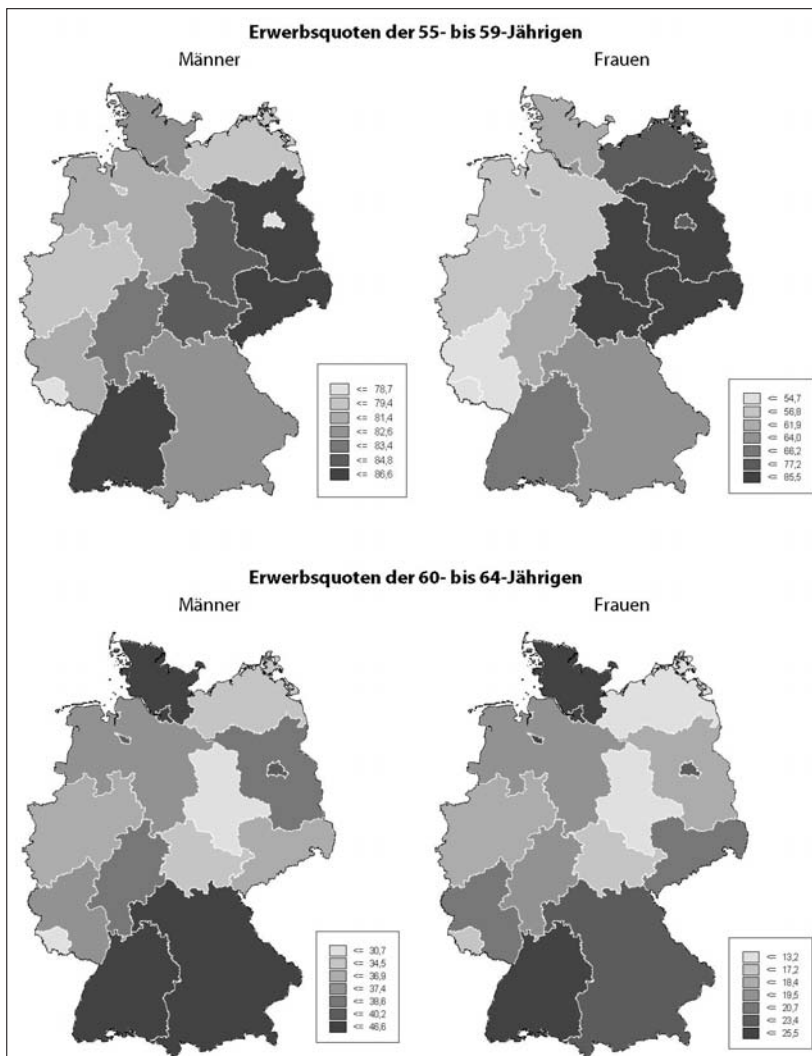
Der Anstieg der Erwerbsquoten Älterer ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Frühausgliederung der Erwerbstätigen aus dem Erwerbsleben durch die Heraufsetzung der Rentenaltersgrenzen und die mit der Frühausgliederung verbundenen Rentenabschläge stark rückläufig ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2006; Kistler/Ebert 2005; Kistler u. a. 2006).

Die mit Abstand niedrigste Erwerbsbeteiligung der 55- bis 59-Jährigen war 2004 im Saarland zu beobachten; mit nur 56,4 Prozent lag dort die Erwerbsquote dieser Altersgruppe weit unter dem Bundesdurchschnitt. In erster Linie ist dies, wie schon erwähnt, auf die sehr geringe Erwerbsquote der Frauen zurückzuführen. Zwar weisen auch die 55- bis unter 60-jährigen Männer die geringste Erwerbsquote aller Bundesländer auf, bei den Frauen dieser Altersgruppe ist jedoch der

Abstand zum Bundesdurchschnitt besonders eklatant (39,9 Prozent im Saarland gegenüber 63,3 in Deutschland).

In der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen verzeichnete Hamburg die höchsten Erwerbsquoten der Männer und Frauen. Neben den Bundesländern mit relativ guter Arbeitsmarktlage (Bayern und Baden-Württemberg) weisen vor allem die Stadtstaaten mit ihrem ausgeprägten Dienstleistungssektor und einem hohen Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen vergleichsweise etwas bessere Voraussetzungen für Ältere auf. In Schleswig-Holstein liegt die hohe Erwerbsbeteiligung Älterer möglicherweise an den Pendlerverflechtungen mit Hamburg. Die niedrigste Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen war im Jahr 2004 im Saarland sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu beobachten.

Darstellung 4.5: Erwerbsquoten der 55- bis 59-Jährigen in den Bundesländern nach Geschlecht 2004 (Angaben in Prozent)



*) Erwerbsquote: prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren.

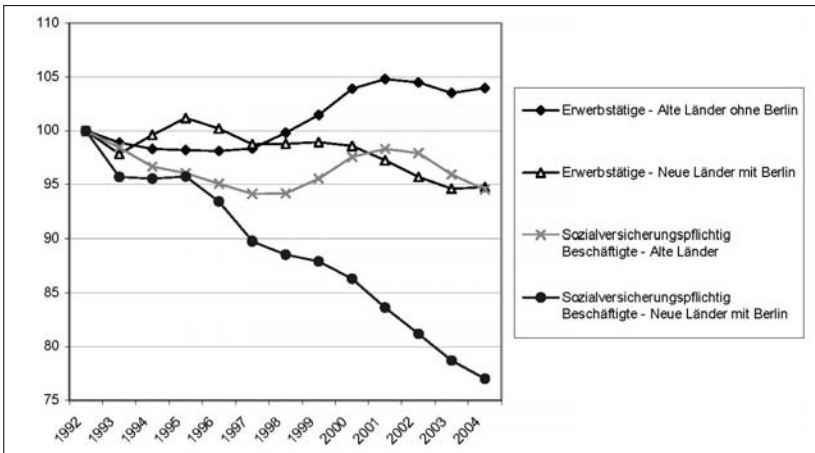
Quelle: INIFES, eigene Zusammenstellung und Darstellung nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

4.3 ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Die Zahl der Erwerbstätigen, der tatsächlich beschäftigten Personen, stieg zwischen 1992 und 2004 in Deutschland insgesamt um etwa 2 Prozent. Während dabei Westdeutschland eine deutliche Zunahme um 4 Prozent aufweist, war in den neuen Bundesländern, insbesondere wieder seit dem Jahr 2000, ein deutlicher Rückgang zu beobachten, so dass die Zahl der Erwerbstätigen 2004 im Osten etwa 5 Prozent niedriger lag als 1992.

Betrachtet man dagegen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, so zeigt sich in diesem Zeitraum in beiden Landesteilen eine rückläufige Zahl. Während die Abnahme in Westdeutschland mit -5 Prozent schon deutlich war, hatten die neuen Bundesländer aber einen geradezu dramatischen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verzeichnen: In Ostdeutschland fiel zwischen 1992 und 2004 fast jeder vierte sozialversicherungspflichtige Job (-23 Prozent) weg. Besonders deutlich wird diese Entwicklung an der aktuellen Situation: Trotz der leichten Zunahme der Erwerbstätigkeit insgesamt in 2004 nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter ab.

Darstellung 4.6: Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1992 bis 2004 (1992=100)

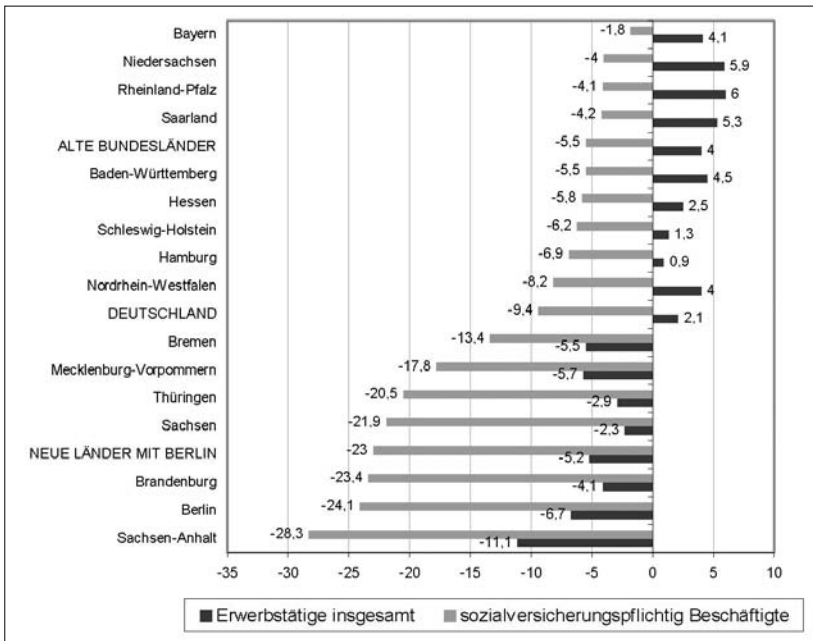


Anm.: Erwerbstätige jeweils im Jahresdurchschnitt, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.6.

Quelle: INIFES, Berechnungen nach Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm zwischen 1992 und 2004 in allen Bundesländern ab, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Die geringste Abnahme weist mit -1,8 Prozent Bayern auf, die größten Verluste zeigten sich in Sachsen-Anhalt (-28,3 Prozent). Mit Ausnahme Bremens war dennoch in diesem Zeitraum in den alten Bundesländern eine Zunahme der Erwerbstätigkeit zu beobachten.

Darstellung 4.7: Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den Bundesländern 1992 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Anm.: Erwerbstätige jeweils im Jahresdurchschnitt, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.6.

Quelle: INIFES, Berechnungen nach Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

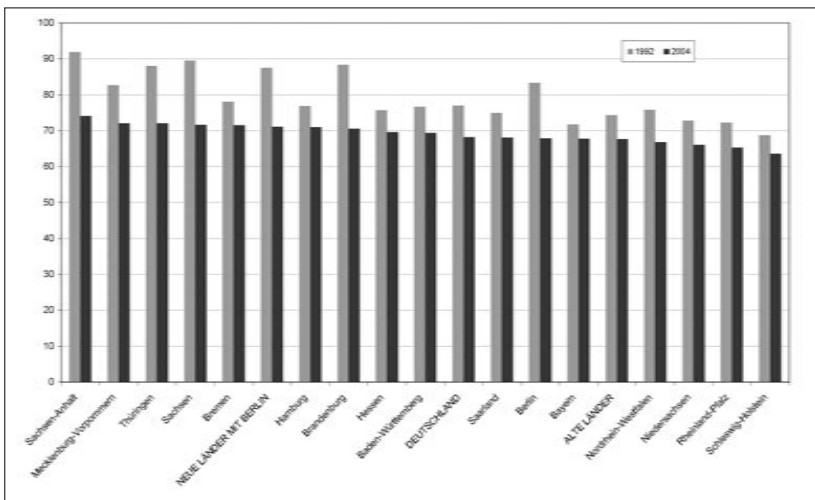
Dass sich die Erwerbstätigkeit insgesamt und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung so unterschiedlich entwickeln, ist auf die Zunahme bei anderen Formen der Erwerbstätigkeit zurückzuführen.

Während die Zahl der abhängig Erwerbstätigen – und darunter besonders der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – abnahm, war bei den Selbständigen eine deutliche Zunahme zu beobachten. Zwar kommt der Anstieg der Zahl der

Selbständigen überwiegend durch staatliche Förderungsprogramme wie Überbrückungsgeld und Eingliederungszuschüsse und seit 2004 der Förderung von Existenzgründungen (»Ich-AG«) zustande, allerdings verzeichnet auch die nicht geförderte Selbständigkeit einen Zuwachs (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2005b).

Nach wie vor stellen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte den größten Teil der Erwerbstätigen, aufgrund der Zunahme anderer Formen der Erwerbstätigkeit nimmt ihre relative Bedeutung aber stark ab; so waren 2004 nur etwa 68 Prozent der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, im Jahr 1992 waren dies noch 77 Prozent. In den neuen Bundesländern war der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kurz nach der Wiedervereinigung noch sehr hoch, was vor allem daran lag, dass Selbständigkeit in der DDR nur eine geringe Bedeutung einnahm. Bis zum Jahr 2004 war dann in der Tendenz eine Angleichung an das westdeutsche Niveau zu beobachten. Neben der dort weniger verbreiteten geringfügigen Beschäftigung sind allerdings auch Beamte im Osten unterrepräsentiert, so dass der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch heute noch ein etwas höheres Gewicht zukommt als in Westdeutschland (vgl. Darstellung 4.8).

Darstellung 4.8: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen (in Prozent)

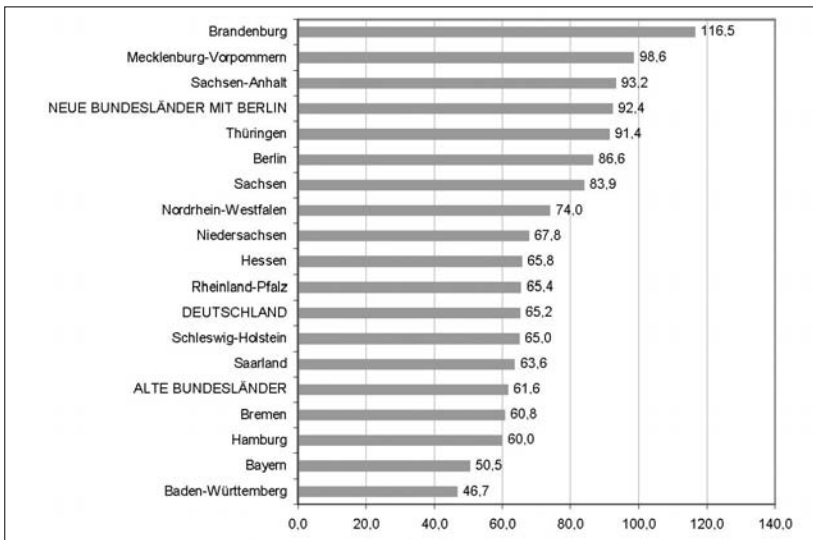


Anm.: Erwerbstätige jeweils im Jahresdurchschnitt, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.6.
 Quelle: INIFES, Berechnungen nach Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

Eine Beschäftigungsform, die in den letzten Jahren einen besonders starken Anstieg verzeichnete, ist die geringfügige Beschäftigung. Ein Teil dieser Zunahme ist auf den sektoralen Strukturwandel zurückzuführen, denn einerseits weisen wachsende Wirtschaftszweige einen überdurchschnittlichen Anteil an geringfügiger Beschäftigung auf, andererseits nimmt die Bedeutung der Branchen mit hohen Anteilen an sozialversicherungspflichtiger (Vollzeit-)Beschäftigung ab (vgl. Bach/Gaggermeier/Klinger 2005; Fuchs 2006). Mit der Einführung der neuen Regelungen zu den Minijobs verstärkte sich die Dynamik der Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten nochmals (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2004).

Darstellung 4.9 macht die starke Zunahme der geringfügigen Beschäftigung zwischen 1999 und 2005 deutlich. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse – hier bezogen auf die ausschließlich geringfügig Beschäftigten – um etwa zwei Drittel zu. Ein überdurchschnittliches Wachstum war dabei mit +92 Prozent – allerdings ausgehend von einem vergleichsweise niedrigeren Niveau (von 338.358 auf 650.858) – in den ostdeutschen Ländern zu beobachten.

Darstellung 4.9: Entwicklung der Zahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter 1999 bis 2005 (jeweils Juni), Angaben in Prozent



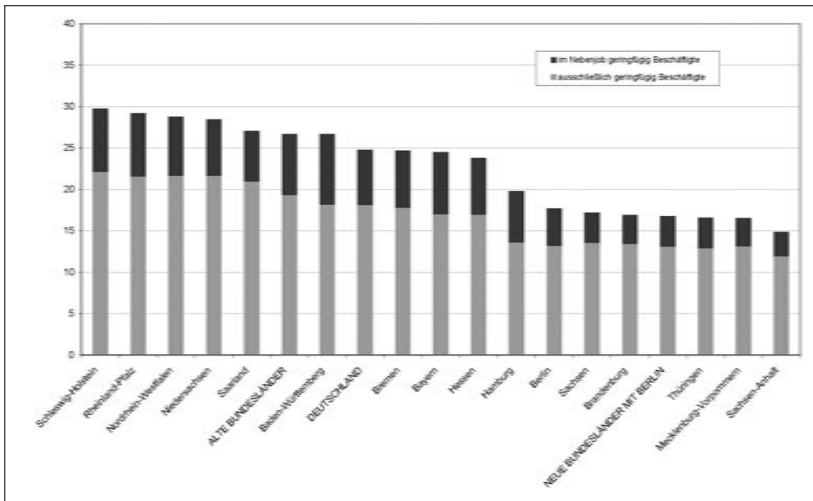
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Trotz dieses starken Wachstums spielen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Bundesländern aber nach wie vor eine geringere Rolle als in Westdeutschland. Im Juni 2005 kamen in Deutschland insgesamt auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 18 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, wobei diese Relation in Westen bei etwa 19 liegt, im Osten dagegen bei 13. Während in Westdeutschland von 100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 7 noch einen Nebenjob hatten, waren es im Osten nur 3,5 (vgl. Darstellung 4.10).¹¹

Dabei fällt auf, dass unter den westdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – diejenigen mit der höchsten Arbeitslosenquote auch den höchsten Anteil geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse aufweisen. Das deutet darauf hin, dass die konjunkturelle Lage einen wesentlichen Einfluss auf die Nutzung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse hat. Daneben spielt – insbesondere sichtbar an den Stadtstaaten Hamburg und Bremen – auch die regionale Wirtschaftsstruktur eine wichtige Rolle: Im höherqualifizierten Dienstleistungssegment, das in diesen zwei Bundesländern einen hohen Beschäftigtenanteil ausmacht, nehmen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nur eine geringe Bedeutung ein.

11 Je nach verwendeter Datenquelle ergeben sich bezüglich des Umfangs geringfügiger Beschäftigung erhebliche Unterschiede (vgl. Schupp/Schwarze/Wagner 1998). So weisen Ergebnisse des Mikrozensus deutlich niedrigere Zahlen aus als die hier verwendeten Daten der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Rudolph 2003), das SOEP und die Nebenerwerbstätigkeits-Umfrage von Infratest/FIA/INIFES kommen dagegen zu höheren Zahlen (vgl. Rudolph 1998; BMWA 2003). Zudem resultiert die Trennung in ausschließlich und im Nebenjob geringfügig Beschäftigte aus der Meldung zur Sozialversicherung, d.h.: Üben nicht-sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Nebenjob eine geringfügige Tätigkeit aus, wird dies von der BA fälschlicherweise als ausschließlich geringfügig erfasst.

Darstellung 4.10: Relation der geringfügig Beschäftigten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort, 30.6.2005) (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Bei der Struktur der geringfügigen Beschäftigung muss aber auch auf die Altersverteilung dieser Beschäftigungsform hingewiesen werden. Wie Darstellung A.5 im Anhang zeigt, ist geringfügige Erwerbstätigkeit sehr ungleich über die Altersgruppen verteilt. Setzt man die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Relation zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, so zeigt sich ein hoher Wert zum Einen bei den unter 20-Jährigen (bedingt durch die hohe Zahl der Mini-Jobber unter Schülern und Studenten), zum Anderen nimmt die Bedeutung aber auch mit steigendem Alter zu.

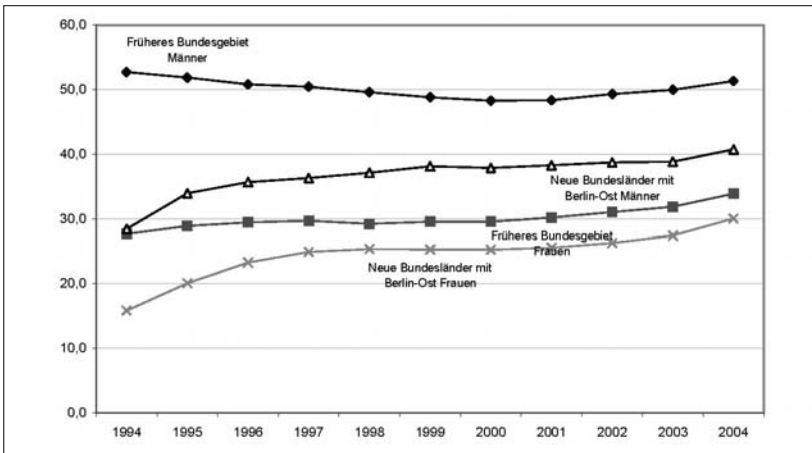
Ähnlich ist das auch bei der Teilzeitarbeit. Wie sich die Teilzeitbeschäftigung insgesamt nach Altersgruppen verteilt, wird aus Darstellung A.6 im Anhang ersichtlich. Nach wie vor ist Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sehr viel stärker ausgeprägt als bei Männern. Für beide Geschlechter gilt aber in Ost- wie in Westdeutschland, dass die höchsten Teilzeitquoten bei den 60- bis unter 65-Jährigen zu finden sind. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in dieser Altersgruppe lag in Deutschland insgesamt bei 31 Prozent, wobei der Anteil in Ostdeutschland aufgrund der generell geringeren Verbreitung mit 26 Prozent etwas niedriger ausfällt. Deutlich höher liegt die Teilzeitquote bei den älteren Frauen: In Westdeutschland bei 62 Prozent gegenüber 42 Prozent im Osten.

Darüber hinaus zeigen sich auch hinsichtlich der Qualifikation deutliche Unterschiede in den Teilzeitquoten. Personen mit niedrigem Schulabschluss arbeiten sehr viel häufiger in Teilzeit als Höherqualifizierte. Dies deutet darauf hin, dass Teilzeitarbeit häufig eine versteckte Form der Unterbeschäftigung darstellt (vgl. Kistler/Sing 1998). Vor allem im Osten gibt ein großer Teil der Teilzeitbeschäftigten an, diese Beschäftigungsform nur auszuüben, weil kein Vollzeitarbeitsplatz zu finden war (vgl. Darstellung A.7 im Anhang). Insgesamt betrifft dies in den neuen Bundesländern 54 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten. Bei den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren waren dies sogar zwei Drittel.

4.4 BESCHÄFTIGUNG ÄLTERER

Wesentlich aussagekräftiger über die Arbeitsmarktchancen Älterer als die Erwerbsbeteiligung ist die tatsächliche Beschäftigung. Denn die in Kapitel 4.2 dargestellten Erwerbsquoten besagen nur, wie hoch das aktivierte Angebot an Arbeitskräften ist. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung resultiert dabei aber zu einem großen Teil aus dem durch vielfältige Reformmaßnahmen steigenden »Angebotszwang« (vgl. Ebert/Fuchs/Kistler 2006). Wie sich im Verhältnis dazu die Erwerbstätigkeit Älterer entwickelt hat, ist anhand der folgenden Darstellung ersichtlich. Seit 2000 nimmt die Beschäftigungsquote Älterer in beiden Landesteilen leicht zu, wobei dies bei den westdeutschen Männern eine Wiederannäherung an das Niveau der ersten Hälfte der 90er Jahre ist. Ein deutlicher Anstieg der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen war dagegen – nach dem Einbruch der Beschäftigung in der ersten Hälfte der 90er Jahre – im Zeitraum 1994 bis 2004 in den neuen Bundesländern zu beobachten.

Darstellung 4.11: Erwerbstätigenquoten der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1994 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Insgesamt lag die Beschäftigungsquote der zwischen 55- und 64-jährigen westdeutschen Männer im Jahr 2004 etwa 10 Prozent über dem ostdeutschen Wert. Die Beschäftigungsquoten der älteren Frauen liegen dagegen in den beiden Landesteilen näher beieinander. Während jedoch in der Gruppe der 55- bis 59-jährigen Frauen die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern höher ist als im früheren Bundesgebiet, verhält sich dies in der Altersgruppe der 60- bis 64-jährigen Frauen umgekehrt. Hier war die Beschäftigtenquote im Jahr 2004 trotz des starken Anstiegs in den letzten zehn Jahren in Ostdeutschland niedriger als im Westen.

Die Beschäftigungsquoten Älterer in den Bundesländern hängen stark mit der generellen Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten zusammen. Sehr deutlich zeigt sich dies an der Beschäftigungsquote der 55- bis 59-Jährigen. Die höchsten Werte finden sich in denjenigen Bundesländern, die auch eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote aufweisen (vor allem Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, aber auch Schleswig-Holstein): In Regionen mit vergleichsweise guten Chancen am Arbeitsmarkt ist auch die Erwerbsbeteiligung Älterer höher, während sich bei schlechter Arbeitsmarktlage Ältere eher vom Arbeitsmarkt zurückziehen bzw. Möglichkeiten der vorzeitigen Renten oder »Brücken« wie den § 428 SGB III in Anspruch nehmen.

Darstellung 4.12: Erwerbstätigenquote der 55- bis 59-Jährigen in den Bundesländern nach Geschlecht 1994, 1999 und 2004 (Angaben in Prozent)

	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004	1994	1999	2004
Baden-Württemberg	60	62	68	74	71	77	46	51	59
Bayern	60	58	64	74	68	73	46	48	55
Berlin	50	54	54	57	60	56	44	50	51
Brandenburg	34	51	60	41	59	60	25	43	59
Bremen	55	54	59	69	57	64	47	50	54
Hamburg	62	62	61	72	68	69	51	55	54
Hessen	57	57	63	71	68	72	40	47	53
Mecklenburg-Vorpommern	33	50	55	26	57	61	24	42	52
Niedersachsen	53	56	61	67	67	71	40	45	50
Nordrhein-Westfalen	49	52	58	64	64	67	34	41	49
Rheinland-Pfalz	52	53	60	69	64	71	35	41	49
Saarland	35	42	50	50	59	63	22	30	37
Sachsen	34	53	60	42	58	61	26	47	58
Sachsen-Anhalt	30	46	54	37	52	59	24	41	49
Schleswig-Holstein	60	58	64	74	68	72	46	49	54
Thüringen	32	51	61	40	58	66	24	43	56
Deutschland	51	55	61	64	65	69	38	45	53
Früheres Bundesgebiet	55	56	62	69	66	71	41	46	52
Neue Länder und Berlin-Ost	34	51	59	41	58	62	26	45	55

*) Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

Darstellung 4.13: Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen in den Bundesländern nach Geschlecht 1994, 1999 und 2004 (Angaben in Prozent)

	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004	1994	1999	2004
Baden-Württemberg	24	26	31	34	36	41	13	17	23
Bayern	25	24	29	34	33	37	16	16	21
Berlin	16	18	24	25	24	30	8	11	18
Brandenburg	7	11	20	13	17	27	/	/	13
Bremen	20	21	26	30	27	32	/	/	21
Hamburg	24	26	32	36	37	41	13	14	22
Hessen	21	20	25	31	28	34	10	13	16
Mecklenburg-Vorpommern	5	10	15	/	15	24	/	/	8
Niedersachsen	20	20	25	28	27	32	11	13	17
Nordrhein-Westfalen	17	19	23	26	28	31	8	11	16
Rheinland-Pfalz	18	20	26	27	28	33	10	12	19
Saarland	14	15	21	24	23	26	/	/	16
Sachsen	7	11	21	11	17	26	/	7	15
Sachsen-Anhalt	5	8	15	8	14	21	/	/	9
Schleswig-Holstein	23	24	30	37	34	40	10	15	20
Thüringen	6	11	19	11	16	26	/	/	14
Deutschland	18	19	25	26	27	33	9	12	18
Früheres Bundesgebiet	20	22	27	30	30	34	11	13	19
Neue Länder und Berlin-Ost	7	11	19	11	17	26	3	5	13

*) Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

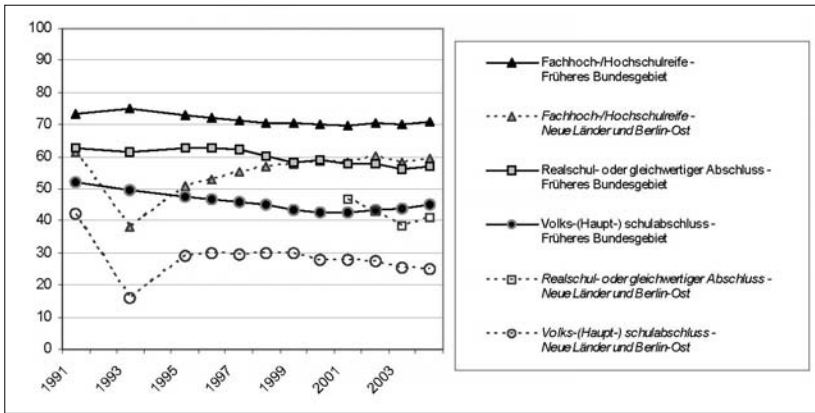
Zwar liegt in Deutschland die Beschäftigung Älterer im europäischen Vergleich etwa, über dem Durchschnitt (vgl. Kapitel 1), jedoch ist die Integration Älterer in Beschäftigung nach wie vor unzureichend. Dieser Befund verstärkt sich noch, wenn man berücksichtigt, dass Ältere, wie oben gezeigt wurde, überdurchschnittlich oft unfreiwillig mit reduzierter Arbeitszeit arbeiten. Denn der Anstieg der Erwerbstätigkeit Älterer in den letzten Jahren ist neben der Tatsache, dass stärker in den Arbeitsmarkt integrierte Kohorten in die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen hineingewachsen sind, darauf zurückzuführen, dass die Erwerbstätigkeit älterer Frauen in Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung (Mini-Jobs) zunahm (vgl. Eichhorst 2006).¹²

Der Befund eines eklatanten Defizits an Beschäftigungschancen für Ältere gilt in besonderem Maße für spezifische »Problemgruppen« unter den 55- bis 64-Jährigen, wenn man darüber hinaus auch die Unterschiede der Beschäftigungsquote hinsichtlich der Qualifikation der Erwerbstätigen betrachtet. Darstellung 4.14 belegt dies anhand des Schulabschlusses für die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen. Zum einen zeigt sich nochmals, dass die Beschäftigtenquote der Frauen vor allem im höheren Alter für alle Qualifikationsstufen deutlich unter der der Männer liegt. Für beide Geschlechter gilt, dass Geringqualifizierte eine besonders niedrige Beschäftigungsquote aufweisen, wobei ältere Frauen zu einem besonders geringen Anteil in Beschäftigung sind. Differenziert man hier noch weiter als in Darstellung 4.14, so zeigt sich z. B. anhand der Beschäftigungsquote der 60- bis 64-jährigen geringqualifizierten Frauen in den neuen Bundesländern von 9 Prozent, wie dramatisch die »Problemgruppe« ältere Geringqualifizierte von der schlechten Arbeitsmarktsituation betroffen sind.

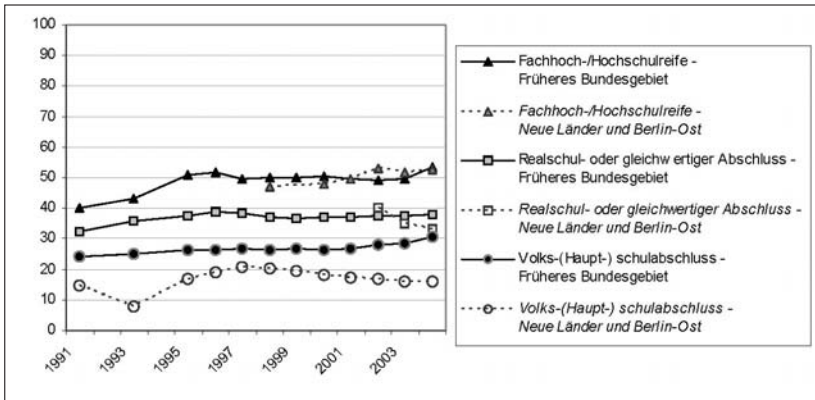
12 Der Anstieg der Beschäftigungsquote von älteren Frauen ist zudem zum Teil auf die bessere Erfassung geringfügiger Beschäftigung seit 1999 zurückzuführen (vgl. Beckmann 2003).

Darstellung 4.14: Beschäftigungsquoten der 55- bis 65-Jährigen nach Qualifikation und Geschlecht 1991 bis 2004 (Angaben in Prozent)

Männer



Frauen

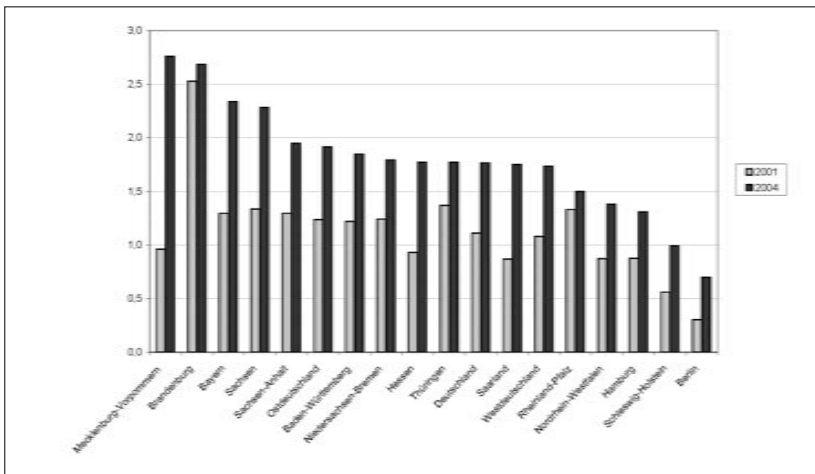


Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1. bzw. Gesundheitsberichterstattung des Bundes (gbe-bund.de).

Nach Zahlen des Mikrozensus betrug der Anteil der 55- bis 64-Jährigen an allen Erwerbstätigen in Deutschland im März 2004 12,1 Prozent. Wie Darstellung 4.15 zu entnehmen ist, finden sich in Deutschland insgesamt unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2004 nur noch 10,2 Prozent 55- bis 64-Jährige. Im Vergleich dazu liegt der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtzahl der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung bei 17,6 Prozent!

Darüber hinaus fällt auf, dass die neuen Bundesländer im Jahr 2004 einen vergleichsweise hohen Anteil der zwischen 45- und 55-jährigen Beschäftigten aufweisen. Hier spiegeln sich die »gestauchten« Altersstrukturen wider, die seit der Wiedervereinigung durch massive Externalisierung älterer Erwerbspersonen bei gleichzeitig nur geringen Neueinstellungen Jüngerer entstanden sind. Als Folge dessen zeichnet sich bereits die Tatsache ab, dass in den neuen Bundesländern schon kurzfristig – in den Jahren 2005 bis 2015 – ein verhältnismäßig großer Anteil der Beschäftigten in eine Altersgruppe hineinwächst, die derzeit (zudem bei zahlenmäßig eher schwachen Jahrgängen) eine nur geringe Integration in den Arbeitsmarkt aufweist.

Darstellung 4.15: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersgruppen am 30. Juni 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

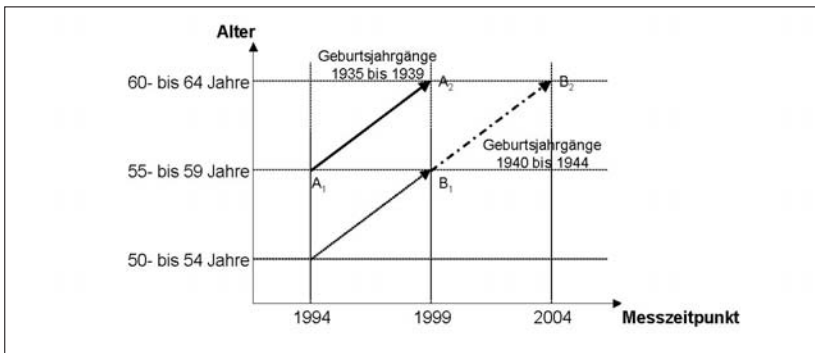
4.5 FRÜHZEITIGE BESCHÄFTIGUNGSAUSTRITTE IM ALTER

Wie bisher gezeigt wurde, sind Ältere nur in geringem Ausmaß in Beschäftigung. Allerdings verschafft die alleinige Betrachtung der Beschäftigungsquoten noch unter einem weiteren Aspekt nur ein unzureichendes Bild der Ausstiege aus der Erwerbstätigkeit. So ist die im Zeitverlauf gestiegene Beschäftigungsquote Älterer – vor allem von Frauen – zu einem Teil auch auf das Nachwachsen von Jahrgängen mit einer höheren Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Eine gestiegene Beschäfti-

gungsquote ist somit nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit einem späteren Austritt aus Beschäftigung im Alter. »Da das durchschnittliche Austrittsalter abhängig ist vom Zahlenverhältnis zwischen den aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden und den im Erwerbsleben Verbleibenden, ist dennoch denkbar, dass die starke Verschiebung zwischen aufeinanderfolgenden Generationen sich nicht in einer signifikanten positiven Veränderung des Austrittsverhaltens/Austrittsalters niederschlägt, dagegen aber einen Anstieg der Beschäftigungsquote zur Folge hat« (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003: 13).

Um diesen Effekt mit zu berücksichtigen, ist über einen Vergleich der Beschäftigungsquoten Älterer in zwei Zeitpunkten hinaus die Betrachtung von Kohorten sinnvoll. Denn im Gegensatz zur Gegenüberstellung in der Querschnittsbetrachtung, bei der die Unterschiede der Angehörigen verschiedener Kohorten Ausdruck veränderter Erwerbsbiografien bei jüngeren Geburtsjahrgängen sein können (Kohorteneffekt), ist es bei dieser Darstellungsweise möglich, das Ausscheiden aus der Beschäftigung im Verlauf des Erwerbsleben verschiedener Kohorten zu vergleichen (vgl. Engstler 2004b).

Darstellung 4.16: Kohorteneffekte der Beschäftigung Älterer



Quelle: INIFES, eigene Darstellung.

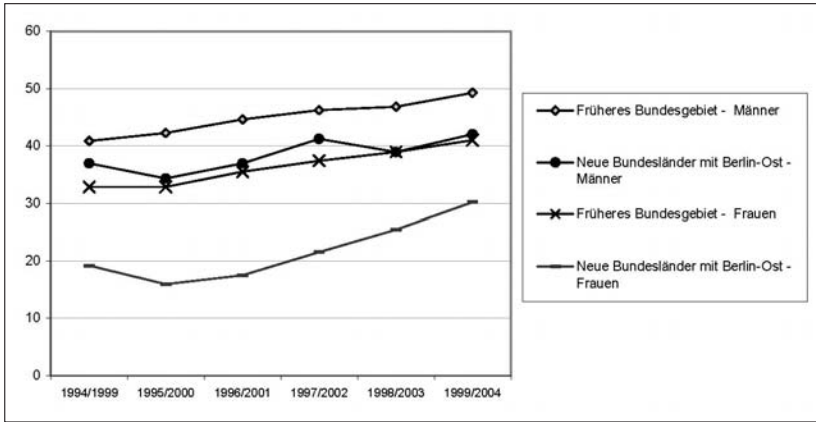
Die im Folgenden dargestellte Betrachtung von Fünf-Jahres-Kohorten im Zeitverlauf erlaubt es, den »erwerbsbiographischen« Effekt im Zeitverlauf darzustellen und so zu untersuchen, ob es einen Trend gibt, die Beschäftigungsphase im Alter auszudehnen. Die Vorgehensweise wird schematisch in Darstellung 4.16 skizziert. Anstatt des Vergleichs der Erwerbstätigenquoten einer Altersgruppe zu verschiedenen Zeitpunkten (A₁ verglichen mit B₁ und A₂ verglichen mit B₂), wird nun die Beschäftigungsentwicklung der Geburtsjahrgänge 1935 bis 1939 zwischen den

Jahren 1994 und 1999 ($A_1 \rightarrow A_2$) sowie der Geburtenjahrgänge 1940 bis 1944 zwischen den Jahren 1999 und 2004 ($B_1 \rightarrow B_2$) gegenübergestellt. Aufgrund dieses Vergleichs lässt sich eine Quote derjenigen erwerbstätigen Personen errechnen, die im Verlauf der Betrachtungszeitpunkte in Beschäftigung verbleiben.¹³

In Darstellung 4.17 ist der Anteil der im Ausgangsjahr zwischen 55- und 59-jährigen Erwerbstätigen wiedergegeben, der auch fünf Jahre später noch in Beschäftigung ist. Insgesamt ist zu konstatieren, dass der langjährige Trend zu einer Vorverlagerung des Ausstiegs aus dem Arbeitsleben (vgl. Engstler 2004b) sich mittlerweile umgekehrt hat. Anhand der Darstellung wird deutlich, dass der Beschäftigungsausstieg im Alter zwischen 55 bis 59 Jahren und 60 bis 64 Jahren in beiden Landesteilen und dort bei beiden Geschlechtern seit Mitte der 90er Jahre etwas seltener geworden ist. Nach wie vor ist allerdings ein vorzeitiges Ende der Beschäftigung in dieser Altersspanne weit verbreitet. Bezogen auf die 55- bis 59-jährigen Beschäftigten im Jahr 1999 waren fünf Jahre später in Deutschland noch 44 Prozent erwerbstätig, wobei dieser Anteil aufgrund der deutlich schlechteren Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern niedriger ist. Am höchsten ist der Verbleib in Beschäftigung mit etwa 50 Prozent unter den westdeutschen Männern. Von den Frauen steigt in Ost- wie in Westdeutschland ein etwas größerer Anteil aus Beschäftigung aus. Insbesondere für die ostdeutschen Frauen trifft der Verbleib in Beschäftigung bis ins Alter – trotz der Aufholbewegung seit der Mitte der 90er Jahre – nur für einen geringen Teil der Erwerbstätigen zu.

13 Streng genommen bezieht sich der Anteil nicht notwendigerweise auf die gleichen Personen, da auch Wiedereintritte in Beschäftigung aus vorheriger Nichterwerbstätigkeit stattfinden können. Allerdings weisen Nichterwerbstätige mit zunehmendem Alter eine geringe Rückkehrquote ins Erwerbsleben auf. Der Wechsel in die Nichterwerbstätigkeit bedeutet im rentennahen Alter somit meist den endgültigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (vgl. Engstler 2004b).

Darstellung 4.17: Verbleibsquoten in Beschäftigung zwischen den Altersgruppen 55 bis 59 Jahre und 60 bis 64 Jahre nach Kohorten (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

Noch stärker sind die Unterschiede in den Beschäftigungsaustritten in Bezug auf die Qualifikation, da der Beschäftigungsausstieg in erster Linie von den Arbeitsmarktschancen abhängt. In Deutschland verschiebt sich die Quote der aus Erwerbstätigkeit ausscheidenden Personen seit den 90er Jahren zwar in allen Qualifikationsstufen nach hinten, jedoch in unterschiedlich starkem Ausmaß: Von den 55- bis 59-Jährigen mit (Fach-)Hochschulreife waren etwa zwei Drittel fünf Jahre später noch erwerbstätig, in der mittleren Stufe waren dies nur 42 Prozent, bei den Personen mit Hauptschulabschluss nur 37 Prozent.

Die geringeren Beschäftigungsaustrittsraten von Hochqualifizierten sind neben dem geringeren Arbeitslosigkeits- bzw. Entlassungsrisiko auch dadurch zu erklären, dass diese Gruppe einem vergleichsweise geringeren Risiko ausgesetzt ist, erwerbsunfähig zu werden.

Geringqualifizierte sind dagegen sehr viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, zudem arbeiten sie häufig in gesundheitlich belastenden Tätigkeitsfeldern mit zumeist begrenzten Tätigkeitsdauern und geringer Entlohnung und scheiden aufgrund gesundheitlicher Probleme im Durchschnitt früher aus dem Erwerbsleben aus. Hinzu kommt, dass vor allem die geringqualifizierten Älteren stark unterdurchschnittlich an (beruflicher) Weiterbildung beteiligt sind (vgl. Lois 2005, Büchel/Pannenberg 2004). Dass der Unterschied zwischen der unteren und der mittleren Qualifikationsstufe besonders bei den Männern geringer ausfällt, ist vorrangig darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte mit mittleren schulischen bzw.

beruflichen Bildungsabschlüssen (vor allem Facharbeiter) in besonderem Maße von der betrieblichen Frühverrentungspraxis betroffen waren bzw. sind (vgl. Büttner 2005).

Darstellung 4.18: Verbleibsquoten in Beschäftigung zwischen den Altersgruppen 55-59 Jahre und 60-64 Jahre nach Kohorten (Angaben in Prozent)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1993/1998	1999/2004	1993/1998	1999/2004	1993/1998	1999/2004
Deutschland						
Volks-(Haupt-)schulabschluss	34	37	37	40	28	34
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	35	42	40	44	27	40
Fachhoch-/Hochschulreife	53	65	55	69	49	56
Früheres Bundesgebiet						
Volks-(Haupt-)schulabschluss	33	39	36	41	29	36
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	35	43	41	45	28	41
Fachhoch-/Hochschulreife	54	68	55	72	50	59
Neue Bundesländer						
Volks-(Haupt-)schulabschluss	36	30	42	35	25	25
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	26	37	/	38	/	38
Fachhoch-/Hochschulreife	50	54	51	59	38	46

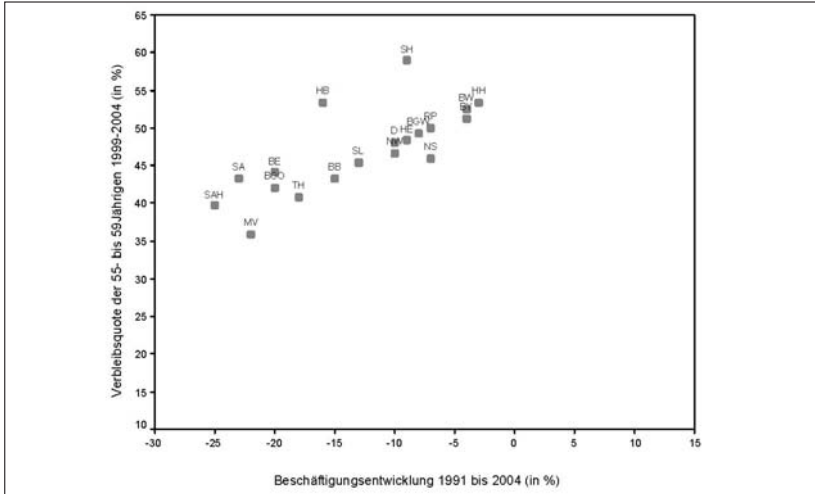
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

In den Bundesländern weist sowohl die Entwicklung als auch der Anteil der vorzeitigen Beschäftigungsausstiege in der letzten beobachtbaren Kohorte eine beträchtliche Spanne auf. In Schleswig-Holstein liegt die Verbleibsquote bei immerhin über 50 Prozent. In den neuen Bundesländern ist der Wert generell deutlich niedriger; das Schlusslicht bildet Mecklenburg-Vorpommern, wo nur noch 28 Prozent der 55- bis 59-jährigen Beschäftigten des Jahres 1999 auch fünf Jahre später noch erwerbstätig sind (vgl. Darstellung 4.19).

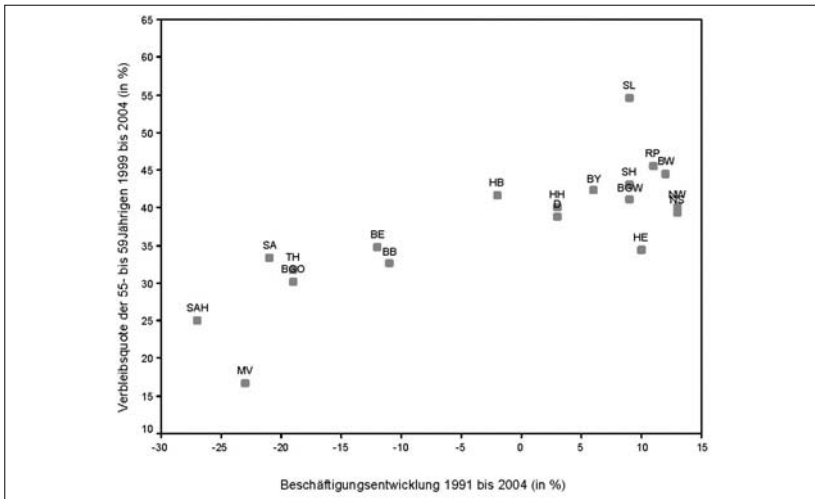
und/oder geringen Löhnen) (vgl. Bangel 1993), was schließlich die Freiwilligkeit der Beschäftigungsaustritte auch stark relativiert.

Darstellung 4.20: Verbleibsquote der 55- bis 59-Jährigen in Beschäftigung 1999 bis 2004 und Beschäftigungsentwicklung 1991 bis 2004 (Angaben in Prozent)

Männer

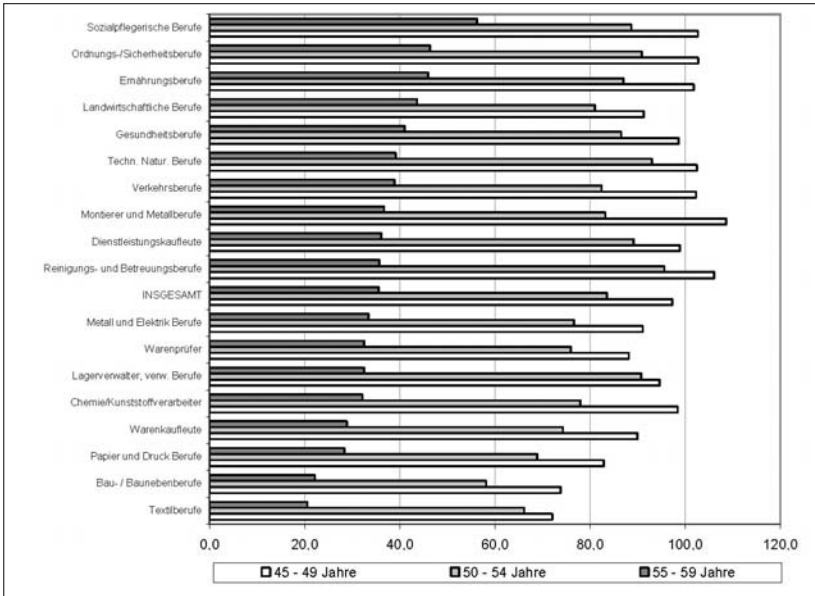


Frauen



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1.

Darstellung 4.21: Verbleibsquoten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsgruppen im Agenturbezirk Weilheim 1999 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Regionaldirektion Bayern.

Auch an dieser Stelle soll mit Darstellung 4.21 ein Beispiel für eine kleinräumige Differenzierung wiedergegeben werden, das demonstriert, welche Informationspotenziale die existierenden Datenmassive eigentlich hergeben könnten¹⁴. In der Abbildung enthalten sind Verbleibsquoten aus einer unserer Untersuchungsregionen für verschiedene Berufsgruppen. Es zeigt sich, dass sich in einer solchen regionaldifferenzierten Betrachtung für eine Reihe der gezeigten Berufsgruppen (z. B. Textil, Bau) der Grundtrend, wie er aus Bundes- bzw. Bundesländerebene bekannt ist, durchaus wieder findet. Auf der anderen Seite gibt es aber auch regionale Spezifika, die erst mit der örtlichen Sonderentwicklung (z. B. Chemie, sozialpflegerische Berufe) erklärt werden können und deren genaue Kenntnis für arbeitsmarktpoliti-

14 Um den latenten Vorwurf einer zu großen Planungs- und Steuerungsgläubigkeit gleich entgegenzutreten: Auch wir wissen um die Grenzen einer rationalen regionalen Arbeitsmarktpolitik. Zu warnen ist aber vor einer Haltung, die wegen dieser Grenzen in einen Fatalismus und die Position »der Markt wird es schon richten« umschlägt. Genau das wird er nicht bzw. zu horrenden Kosten in Form gesellschaftlich (Spaltung) und individuell (Exklusion) zu tragender Fehlentwicklungen.

sche Maßnahmen, für das Weiterbildungsgeschehen etc., aber auch für die Personalpolitik zumindest mittlerer und größerer Betriebe von elementarer Bedeutung sind.

Selbstverständlich reichen für die Planung und Effektivierung derartiger Maßnahmen Daten über die Erwerbstätigkeit alleine nicht aus. Sie bedürfen, neben anderem, auch der genauen Kenntnis, warum die Verbleibsquoten so sind, wie sie sich entwickeln und – ganz schlicht – wohin die anderen Beschäftigten wechseln.

5. ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER ARBEITSLOSIGKEIT

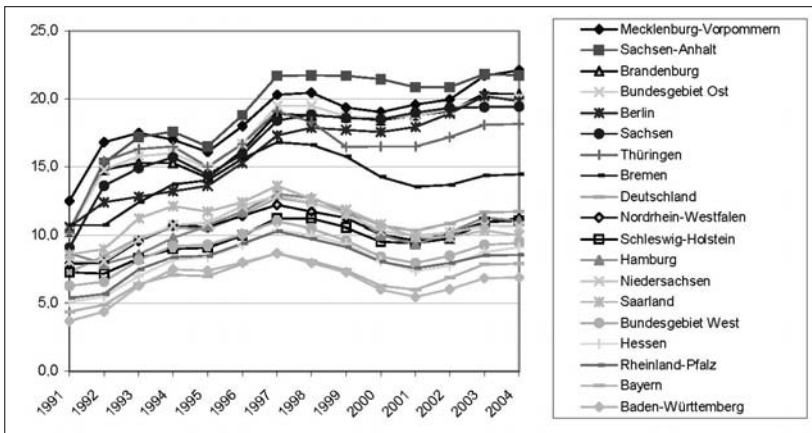
5.1 ARBEITSLOSENQUOTEN

Zwischen 1991 und 2004 ist die Arbeitslosenquote in allen Bundesländern angestiegen, wobei sich auch überall der typische Konjunkturverlauf mit den schubweise verlaufenden Anstiegen 1992 bis 1994 sowie 1995 bis 1997 und die leichte Besserung der Situation im Zeitraum 1997 bis 2001 zeigt. Besonders dramatisch waren die Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern, wo sowohl nach der Wiedervereinigung als auch im Abschwung 1995/97 die Arbeitslosigkeit sprunghaft und deutlich stärker als im Westen anstieg.

Die im Bundesländervergleich höchsten Arbeitslosenquoten weisen aktuell Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf. Auch in den anderen östlichen Bundesländern sind überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten zu finden, wobei Sachsen und insbesondere Thüringen etwas weniger schlecht abschneiden. Eine besonders problematische Entwicklung im Zeitverlauf seit 1998 ist in Berlin zu beobachten, wo die Arbeitslosenquote – vom niedrigsten Wert der Ostländer im Jahr 1998 aus – einen relativ starken Anstieg aufweist.

Die höchste Arbeitslosenquote unter den westlichen Bundesländern zeigt im gesamten betrachteten Zeitraum der Stadtstaat Bremen, wobei die Quote hier mit 14 Prozent im Jahr 2004 gegenüber 1998 (17 Prozent) vergleichsweise stark gesunken ist. Die niedrigste Arbeitslosigkeit verzeichnen wie schon seit langem die südlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern, aber auch Rheinland-Pfalz und Hessen liegen mit etwa 8 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Darstellung 5.1: Arbeitslosenquote (bez. auf abhängige Erwerbspersonen) 1991 bis 2004 (Angaben in Prozent)



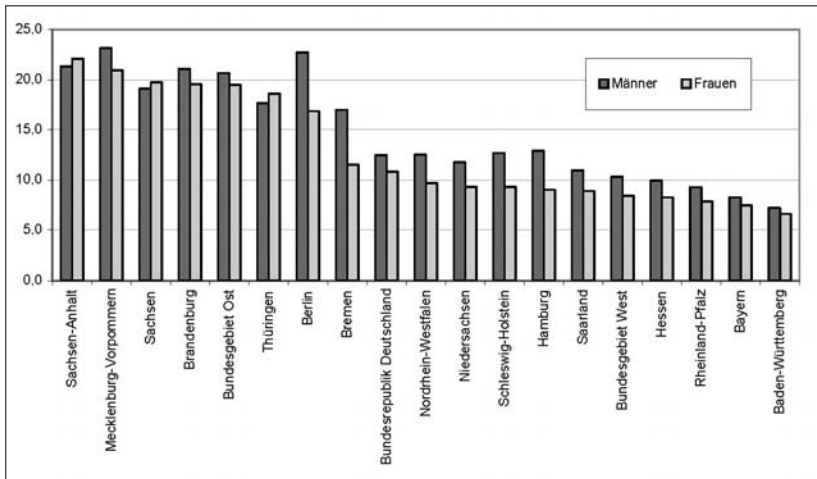
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Im Westen liegt die Arbeitslosigkeit der Frauen durchweg unter der Quote der Männer. Dies ist in erster Linie auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zurückzuführen: Weibliche Erwerbstätige profitieren stärker von der zunehmenden Beschäftigung im Dienstleistungssektor und sind auf der anderen Seite vom Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe in geringerem Ausmaß betroffen als Männer. Allerdings muss dabei eben auch berücksichtigt werden, dass die sich vergleichsweise besser darstellende Arbeitsmarktsituation der Frauen im Westen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist, die – zumindest wenn sie »unfreiwillig« ist – auch eine Art der Unterbeschäftigung darstellt. Darüber hinaus ziehen sich – wie die Erwerbsquoten zeigen (vgl. Kapitel 4) – vor allem ältere westdeutsche Frauen ganz vom Arbeitsmarkt zurück, im Gegensatz zu den neuen Bundesländern, wo in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen sehr viel geringere Unterschiede in den Erwerbsquoten von Männern und Frauen bestehen. Berücksichtigt man zudem, dass die Erwerbsquote mit zunehmendem Bildungsniveau ansteigt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass arbeitslose ältere Frauen mit geringen Beschäftigungschancen verstärkt aus dem Erwerbsleben austreten, was die Arbeitslosenstatistik entlastet.

In Ostdeutschland insgesamt liegen die Arbeitslosenquoten der Frauen und Männer näher zusammen als im Westen. In den drei Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen lag die Arbeitslosenquote der Frauen dabei sogar über derjenigen der Männer. Dass die Arbeitslosenquote der Frauen in den neuen Bun-

desländern näher an derjenigen der Männer liegt, beruht in erster Linie auf der vergleichsweise hohen Erwerbsquote bzw. -neigung der Frauen in Ostdeutschland. Die Frauenbeschäftigung – gemessen an der Beschäftigungsquote (vgl. Kapitel 4) – schneidet dagegen in Ost und West in etwa ähnlich ab (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2004). Im Jahr 1991 war die Arbeitslosenquote der Frauen im Osten sogar noch deutlich höher als die der Männer. Dass sich dieses Verhältnis seitdem angeglichen hat, hat seine Ursache in erster Linie darin, dass wohl ein Teil der arbeitslosen Frauen in Ostdeutschland die Arbeitssuche aufgegeben und sich als Nicht-Erwerbspersonen in die stille Reserve zurückgezogen hat (vgl. Cornelißen 2005).

Darstellung 5.2: Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) im Jahresdurchschnitt 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

5.2 ARBEITSLOSIGKEIT ÄLTERER

In allen Bundesländern nahm der Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den Arbeitslosen zwischen 1999 und 2004 stark ab. Dabei sind vor allem im Ausgangsjahr 1999 deutliche regionale Unterschiede zu bemerken, die sich allerdings bis 2004 annäherten. Vor allem fällt auf, dass die Bundesländer mit der bundesweit besten Arbeitsmarktlage eher die höchsten Anteile Älterer unter den Arbeitslosen haben. Das lässt darauf schließen, dass Ältere auch unter den Bedingungen einer ver-

gleichweise besseren allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt bei der Integration in Beschäftigung benachteiligt sind. Andererseits werden ältere Arbeitslose in solchen Bundesländern aber auch noch etwas eher die Hoffnung haben, nochmals einen Arbeitsplatz zu finden, und deswegen in geringerem Ausmaß einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben in Anspruch nehmen.

In den neuen Bundesländern war der Anteil der über 55-jährigen Arbeitslosen zu Anfang der 90er Jahre noch sehr gering (8 Prozent im Jahr 1993), nahm bis 1998 aber stark zu. Der Grund für diese Entwicklung ist das Instrument des Altersübergangsgeldes, das den älteren Arbeitslosen im Osten den Eintritt in den Vorruhestand ermöglichte, mit der Folge, dass damals ein Großteil der arbeitslosen 55- bis 64-Jährigen aus der Arbeitslosenstatistik verschwand. Nach dem Auslaufen der bis zum 31.12.1992 befristeten Altersübergangsgeldregelung stieg dann der Anteil der älteren Arbeitslosen an (vgl. Koller/Bach/Brixy 2003).

Darstellung 5.3: Anteile der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004 (jeweils am 30.09.) (Angaben in Prozent)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bayern	21,7	23,9	26,2	26,1	26,1	28,7	29,8	28,7	21,9	17,2	13,6	13,3
Baden-Württemberg	18,9	20,9	23,2	23,5	23,8	26,7	27,5	27,7	22,9	16,9	12,8	12,4
Hamburg	15,7	16,3	17,3	18,8	18,5	20,5	21,8	21,0	18,2	15,1	12,8	12,1
Hessen	17,5	19,0	21,8	21,9	21,6	23,4	23,8	23,8	19,8	14,8	12,3	11,9
Alte Bundesländer	20,1	21,6	23,3	23,3	22,7	24,3	24,6	23,7	19,4	15,5	11,9	11,8
Nordrhein-Westfalen	21,4	22,7	24,0	23,4	22,4	23,3	23,4	22,7	19,2	15,2	11,8	11,8
Schleswig-Holstein	16,6	17,8	19,6	19,9	19,6	21,1	21,9	20,4	17,3	14,5	11,8	11,5
Deutschland	15,7	18,6	21,0	22,1	21,6	23,3	23,4	21,5	17,8	14,3	11,3	11,2
Saarland	23,0	24,2	25,9	24,3	23,2	24,2	23,7	21,7	15,8	13,3	9,7	11,0
Sachsen	7,5	12,6	16,5	20,9	20,5	22,3	22,6	20,4	17,9	14,7	10,3	10,9
Thüringen	7,1	12,1	16,2	19,8	20,2	22,4	22,7	18,2	15,2	12,5	11,1	10,7
Bremen	15,2	16,3	18,2	18,8	18,4	19,5	18,7	17,3	15,7	14,0	10,6	10,5
Rheinland-Pfalz	19,1	21,3	23,7	23,2	22,5	23,7	23,5	22,7	18,2	14,7	10,1	10,5
Sachsen-Anhalt	7,1	12,0	15,8	19,4	19,6	22,0	21,7	18,2	14,7	11,5	10,0	10,3
Berlin	12,4	15,2	17,0	18,3	18,1	18,6	19,1	16,3	14,2	12,2	10,8	10,2
Niedersachsen	20,4	21,5	22,6	23,2	22,0	23,0	22,9	21,1	17,1	14,5	10,3	10,1
Neue Bundesländer (Ost mit Berlin)	8,2	12,8	16,5	19,8	19,6	21,4	21,4	18,1	15,3	12,5	10,1	10,1
Brandenburg	8,1	13,0	17,8	21,7	20,8	24,0	22,6	18,1	15,3	12,3	9,6	9,4
Mecklenburg-Vorpommern	7,1	11,0	15,1	18,1	17,3	18,9	19,1	15,6	12,6	9,4	8,0	8,1

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

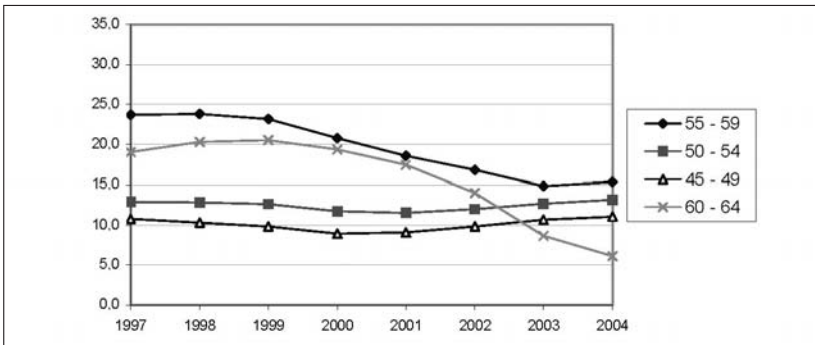
Der Rückgang des Anteils der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen in den Jahren seit 1999 ist zumindest zum Teil auch mit dem zu Ende gehenden demographisch bedingten Rückgang in der Besetzungszahl dieser Altersgruppe zu begründen (vgl. Buck/Kistler/Mendius 2002). Zudem hat die steigende Inanspruchnahme von Altersteilzeit und § 428 SGB III (die so genannte 58er Regelung) die rückläufige Entwicklung der Arbeitslosenzahl Älterer begünstigt (vgl. Koller/Bach/Brixy 2003). Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass von der Externalisierung vor allem

Personen mit geringen Beschäftigungschancen betroffen sind, und somit unter den verbleibenden älteren Erwerbspersonen relativ viele gut ins Erwerbsleben bzw. in die Betriebe Integrierte – als sozusagen unverzichtbar – »übrig bleiben«.

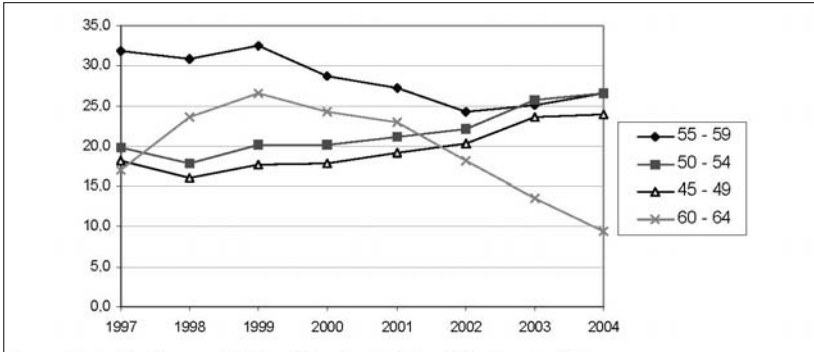
Infolgedessen weist die Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen seit 1999 eine leicht rückläufige und die der 60- bis 64-Jährigen eine stark sinkende Arbeitslosenquote auf. Gleichzeitig ist aber die Beschäftigung Älterer kaum gestiegen, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, um den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den genannten Altersgruppen zu erklären (vgl. Kapitel 4). Die sinkende Arbeitslosigkeit kam also offensichtlich nicht primär durch Integration in Beschäftigung zustande, sondern vielmehr durch massive Abflüsse aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit, d.h. vor allem in Altersteilzeit/Frühverrentung oder solche Erwerbsausstiege ohne zwischengeschaltete bzw. mit nur zeitlich begrenzter Arbeitslosigkeit. Die – entgegen dem Trend der seit dem Jahr 2001 wieder angestiegenen Gesamtarbeitslosenquote – rückläufigen Arbeitslosenquoten Älterer finden sich dabei in den alten ebenso wie in den neuen Bundesländern (vgl. Darstellung 5.4).

Darstellung 5.4: Altersspezifische Arbeitslosenquoten 1997 bis 2004 (Angaben in Prozent)

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer mit Berlin



Bezugsgröße: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – jeweils 30.6. – und Arbeitslose – jeweils 30.9.
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Im Osten wird allerdings deutlich, dass trotz aller Externalisierungsmaßnahmen die Arbeitslosenquote der 55- bis 59-Jährigen seit dem Jahr 2002 wieder leicht anstieg. Ersichtlich ist auch, dass die Problematik Älterer am Arbeitsmarkt sich in den neuen Bundesländern zunehmend auch auf jüngere Altersgruppen ausdehnt. So hat sich seit 1998 die Quote der 50- bis 54-Jährigen und sogar auch der 45- bis 49-Jährigen verschlechtert. Angesichts der Verfestigung der Arbeitslosigkeit kommt gerade mit dieser zahlenmäßig stark besetzten Bevölkerungsgruppe zukünftig ein enormes Problem auf den Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer zu, zumal wenn die Entlastung durch vorzeitige Ausstiegswege bzw. Rentenzugänge in den kommenden Jahren immer weniger möglich sein wird.

Die Arbeitslosenquoten dieser »jüngeren« Alten sind in den neuen Bundesländern deutlich stärker gestiegen als im Westen und liegen im Jahr 2004 bei 23,9 Prozent (45- bis 49-Jährige) bzw. 26,5 Prozent (50- bis 54-Jährige) und somit etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Besonders hervor stechen im Osten die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo sich die allgemein schlechtere Arbeitsmarktlage auch durch Spitzenwerte in den Quoten der hier betrachteten Altersgruppen niederschlagen. Im Westen fallen – neben dem Nord-Süd-Gefälle – vor allem zwei Bundesländer auf. Im Saarland sanken die Arbeitslosenquoten sowohl bei den 55- bis 59-Jährigen wie auch bei den 60- bis 64-Jährigen besonders stark. Ausgehend von dem jeweils höchsten Wert nahm die Arbeitslosigkeit zwischen 1999 und 2004 derart ab, dass die Quoten nur noch leicht über dem westdeutschen Durchschnitt liegen. Gleichzeitig ist das Saarland auch das einzige Bundesland, das auch in der Alters-

gruppe der 50- bis 54-Jährigen sinkende Arbeitslosenquoten aufweist. In Bayern weisen zwar die Altersgruppen zwischen 45 und 59 Jahre eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten unter den deutschen Bundesländern auf. Dies gilt allerdings nicht für die über 60-Jährigen! Hier ist die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe die dritthöchste unter den alten Bundesländern.

Darstellung 5.5: Arbeitslosenquoten nach Bundesländern 1999 und 2004 (Angaben in Prozent)

	45 – 49 Jahre		50 – 54 Jahre		55 – 59 Jahre		60 – 64 Jahre	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004	1999	2004
Schleswig-Holstein	11,5	14,6	13,5	16,2	21,7	17,6	19,3	7,3
Hamburg	9,5	10,7	10,7	11,7	16,1	12,4	14,7	5,2
Niedersachsen	11,6	13,5	14,2	15,4	26,3	16,8	23,9	5,1
Bremen	12,1	13,5	13,7	14,9	20,7	14,8	17,8	5,0
Nordrhein-Westfalen	11,2	13,4	14,2	16,0	25,2	18,7	21,8	7,4
Hessen	9,0	10,3	11,5	12,0	20,8	14,0	18,5	6,1
Rheinland-Pfalz	9,6	11,0	12,7	13,2	23,6	15,4	21,2	5,1
Baden-Württemberg	6,6	7,8	9,3	9,5	18,2	11,8	15,6	4,3
Bayern	6,5	8,6	9,3	11,0	20,8	13,7	20,3	7,0
Saarland	10,7	11,0	14,6	13,6	32,3	17,1	27,0	6,5
Berlin	17,7	22,2	20,2	23,2	27,5	23,9	24,7	12,4
Brandenburg	19,7	25,9	22,9	28,3	37,8	29,0	32,4	11,4
Mecklenburg-Vorpommern	19,5	26,5	22,1	28,6	35,0	27,8	31,9	9,9
Sachsen	18,7	22,9	22,3	26,3	34,4	26,8	27,9	6,5
Sachsen-Anhalt	22,0	25,8	25,3	29,2	40,1	28,3	35,3	8,6
Thüringen	16,9	21,6	20,3	24,5	33,3	25,1	31,3	7,9
Bundesrepublik Deutschland	11,8	14,0	14,3	16,6	25,6	17,9	21,5	6,8
Ost	17,6	23,9	20,2	26,5	32,5	26,6	26,6	9,4
West	9,8	11,1	12,6	13,2	23,2	15,3	20,5	6,1

Bezugsgröße: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – jeweils 30,6. – und Arbeitslose – jeweils 30,9.

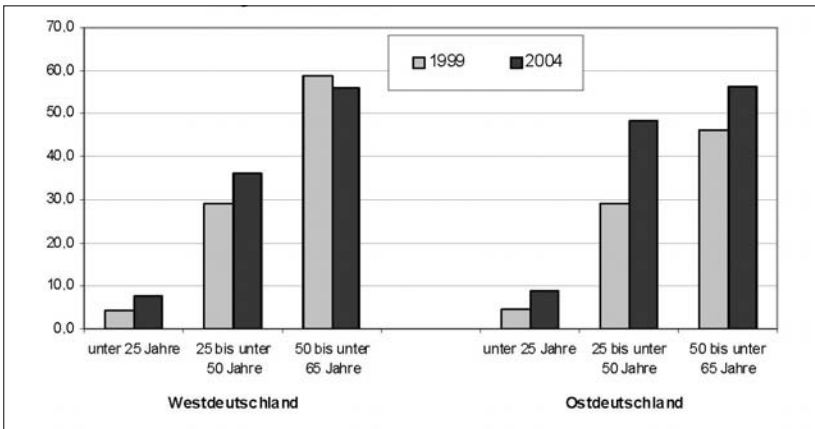
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

5.3 LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Ein Hauptproblem Älterer am Arbeitsmarkt ist die überdurchschnittlich lange Arbeitslosigkeitsdauer. Ältere Beschäftigte sind zwar nicht unbedingt häufiger vom Verlust der Beschäftigung bedroht, allerdings ist es für die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen außerordentlich schwierig, einen Arbeitsplatz zu finden wenn sie einmal arbeitslos geworden sind. Dazu trägt auch bei, dass sich – nach Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 2002 – rund ein Viertel der Betriebe recht offen zur Altersdiskriminierung bei der Personalrekrutierung bekennt. Zwar wird die Leistungsfähigkeit Älterer nicht generell niedriger eingeschätzt als diejenige von Jüngeren, allerdings wird dabei ein deutlicher Widerspruch zur tatsächlichen Einstellungspraxis sichtbar: Nach Möglichkeit werden jüngere Bewerber vorgezogen.

So erklärt sich der mit zunehmendem Alter stark ansteigende Anteil Langzeitarbeitsloser. Im September 2004 waren mehr als die Hälfte der 50- bis 64-Jährigen länger als ein Jahr arbeitslos. Bei den mittleren Altersgruppen zwischen 25 und 49 Jahren lag die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich niedriger, allerdings war auch hier zwischen 1999 und 2004 ein überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen. Vor allem in den neuen Bundesländern schlägt die schlechte Arbeitsmarktlage immer mehr auch auf jüngere Erwerbspersonen durch: Dort stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit unter den 25- bis unter 50-Jährigen von 29 auf 48 Prozent an. Angesichts der mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wachsenden Schwierigkeiten in Beschäftigung zurückzukehren, ist besonders im Osten wohl auch mittelfristig – gerade für die in die Gruppe der Älteren nachwachsenden, stark besetzten Jahrgänge der heute zwischen 35- und 50-Jährigen – mit dem Problem einer sich anhaltend verfestigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Darstellung 5.6: Anteil der Langzeitarbeitslosen nach Altersgruppen 1999 und 2004 (Angaben in Prozent)

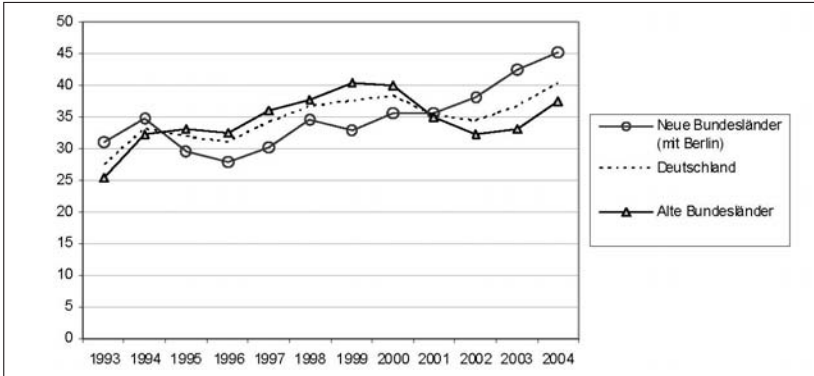


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit, versch. Jg.

Seit dem Jahr 1999 hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit in den beiden Landesteilen gegenläufig entwickelt. In den neuen Bundesländern lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen 1999 mit 32,9 Prozent deutlich unter dem westdeutschen Wert von 40,4 Prozent. In den folgenden Jahren stieg dieser Anteil im Osten rapide an (auf 45,3 Prozent im Jahr 2004), während die Langzeitarbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet zwischen 1999 und 2002 zunächst deutlich sank, mit der konjunkturellen Verschlechterung seitdem aber wieder zunahm. Im Jahr 2004 weist der

Osten Deutschlands einen höheren Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit auf als der Westen.

Darstellung 5.7: Anteil der Langzeitarbeitslosen (1 Jahr und länger) an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Betrachtet man die Anteile der Langzeitarbeitslosigkeit an allen Arbeitslosen in den einzelnen Bundesländern, so zeigt sich für das Jahr 2004 eine recht deutliche Reihung entlang der allgemeinen Arbeitsmarktlage, d.h. je höher die Arbeitslosenquote, desto höher auch der Anteil der Arbeitslosen, die länger in diesem Zustand bleiben. So weisen die im Bundesvergleich relativ guten Arbeitsmärkte in Bayern und Baden-Württemberg die niedrigste Langzeitarbeitslosigkeit auf. Das Schlusslicht bilden die fünf neuen Bundesländer, zwischen die sich nur der Stadtstaat Bremen (mit der höchsten westdeutschen Arbeitslosenquote und einem Anteil der Langzeitarbeitslosen von 44,1 Prozent) schiebt.

In den Jahren 1999 und 2000 war diese Reihung der Langzeitarbeitslosigkeit noch nicht zu erkennen. Zum einen – auch hier ist ein Blick auf die Altersübergänge notwendig – nahmen um die Jahrhundertwende zahlreiche Arbeitslose (vor allem Ältere, die einen hohen Anteil Langzeitarbeitsloser aufweisen) im Osten Instrumente der Frühverrentung, ABM, SAM etc. in Anspruch und tauchten somit in der amtlichen Statistik nicht mehr als Arbeitslose auf. In den letzten Jahren wurden diese Instrumente und der vorzeitige Ausstieg aus dem Erwerbsleben immer weiter heruntergefahren, wie auch die steigenden Erwerbsquoten in den Altersgruppen der 55- bis 59-, und vor allem der 60- bis 64-Jährigen zeigen. Allerdings ist auch die zwischen 1999 und 2004 leicht gesunkene Langzeitarbeitslosigkeit in den alten Bundesländern vor dem Hintergrund zu sehen, dass dies vor allem auf

die sinkende Langzeitarbeitslosigkeit Älterer (bedingt durch ebensolche Maßnahmen) zurückzuführen ist (vgl. nochmals Darstellung 5.6), während hingegen bei den mittleren Altersgruppen eine weitere Verschlechterung zu beobachten war.

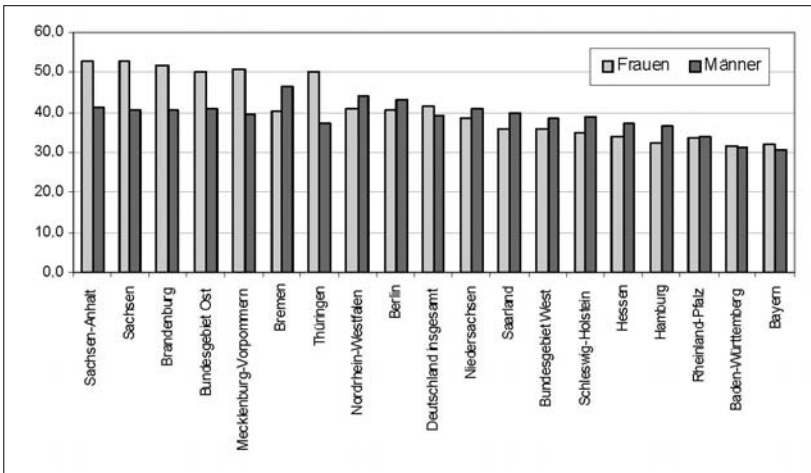
Die Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit ist deutlich durch geschlechtsspezifische Muster bestimmt. Die Langzeitarbeitslosigkeit der Männer unterscheidet sich nur geringfügig zwischen West (38,6 Prozent) und Ost (40,7 Prozent). Von den arbeitslosen Frauen sind dagegen in den neuen Bundesländern etwa die Hälfte länger als ein Jahr arbeitslos, wohingegen es in Westdeutschland »nur« 36 Prozent waren.

Neben der in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung der Frauen muss bei der Erklärung der Langzeitarbeitslosigkeit, wie oben erwähnt, immer auch der sektorale Strukturwandel berücksichtigt werden, der Frauen und Männer unterschiedlich stark trifft. Vom – zum Teil dramatischen¹⁵ – Rückgang der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe sind Männer stärker betroffen als Frauen, die nur einen geringen Anteil an Beschäftigten in Produktionsberufen aufweisen. Auf der anderen Seite profitieren Frauen stärker von zunehmenden Beschäftigungszahlen im Dienstleistungssektor.¹⁶

15 Auch dabei sind auf kleinräumiger Ebene innerhalb der Bundesländer beträchtliche Unterschiede festzustellen (etwa Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen; oder beispielsweise auch Garmisch-Partenkirchen in Bayern).

16 Eine rein quantitative Betrachtung der Beschäftigtenzahlen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Dienstleistungsbeschäftigung im Bereich der Teilzeitarbeit oder Formen prekärer Erwerbstätigkeit (geringfügige und/oder Niedriglohnarbeit) besteht.

Darstellung 5.8: Anteil der Langzeitarbeitslosen nach Geschlecht, September 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

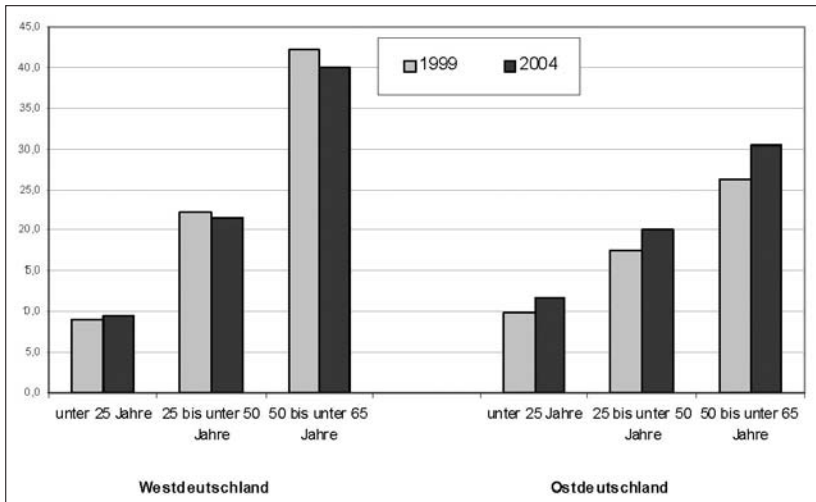
5.4 ARBEITSLOSE MIT GESUNDHEITLICHEN EINSCHRÄNKUNGEN

In engem Zusammenhang mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steht auch der gesundheitliche Zustand der betroffenen Personen.¹⁷ Denn Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen haben in der Regel weit weniger Chancen einer Vermittlung in Beschäftigung; das Risiko, länger in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben wird dadurch verstärkt.

So lag die Langzeitarbeitslosigkeit in der Gruppe der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen im Jahr 2004 bei etwas mehr als 50 Prozent und somit deutlich höher als bei allen Arbeitslosen (40 Prozent). Deutlich wird auch, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen in engem Zusammenhang mit dem Alter der Arbeitslosen auftreten. Mit einem Anteil von 40 Prozent (im Westen) bzw. 30 Prozent (in den neuen Bundesländern) weisen ältere Arbeitslose überdurchschnittlich häufig gesundheitliche Einschränkungen auf (vgl. Darstellung 5.9).

¹⁷ Allerdings werden in der amtlichen Arbeitslosenstatistik die gesundheitlichen Problemlagen wegen der vorherigen Abgänge von Arbeitsunfähigkeitsfällen und von anderen Sondergruppen aus dem Arbeitslosenbestand systematisch unterschätzt (vgl. Hollederer 2003).

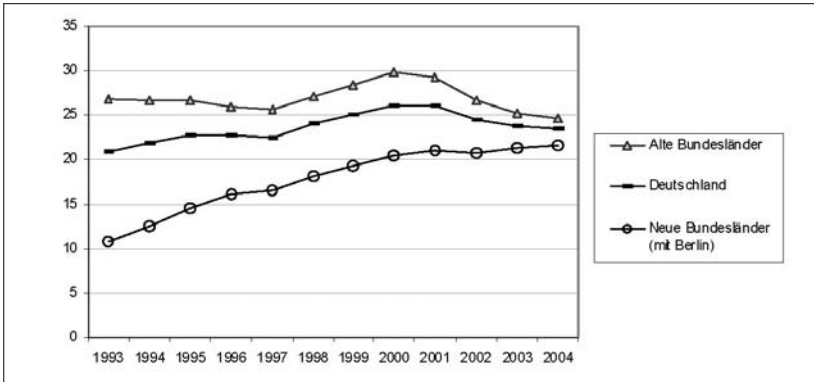
Darstellung 5.9: Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an den Arbeitslosen nach Altersgruppen 1999 und 2004 (jeweils September) (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit, versch. Jg.

In den alten Bundesländern stieg der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen zwischen 1993 und 2000 um 3 Prozentpunkte an (von 26,8 auf 29,8 Prozent). Eine große Rolle spielten dabei konjunkturelle Effekte. Aufgrund der Vermittlungsschwierigkeiten der gesundheitlich eingeschränkten Arbeitslosen stellen sie in der Praxis eine Art »Sockelarbeitslosigkeit« dar. Daher ist der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen in Phasen günstiger wirtschaftlicher Entwicklung höher. Während eines wirtschaftlichen Abschwungs steigt dagegen die Zahl der Arbeitslosen insgesamt, wodurch sich der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen verringert (vgl. Sing 2003). Die neuen Bundesländer verzeichneten im Jahr 1993 sehr niedrige Anteile an Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die aber kontinuierlich zunahm und im Jahr 2004 nur noch leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt lagen. Im September 2004 gaben im Bundesdurchschnitt 23,5 Prozent aller Arbeitslosen gesundheitliche Beeinträchtigungen an. In den alten Bundesländern lag dieser Anteil mit 24,6 Prozent etwas über dem ostdeutschen Wert (21,6 Prozent).

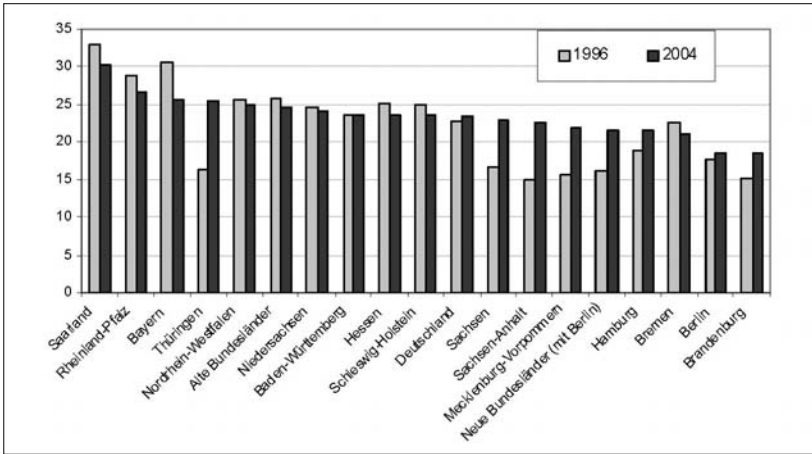
Darstellung 5.10: Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004 (jeweils September) (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind dabei jedoch beträchtlich: Die Spanne lag im Jahr 2004 zwischen 30,3 Prozent im Saarland und 18,5 Prozent in Brandenburg. Die höchsten Anteile weisen jene Bundesländer auf, die traditionell eine große Bedeutung des Produzierenden Gewerbes verzeichnen. Das legt die Vermutung nahe, dass die Berufsstruktur bei der Erklärung der Unterschiede zwischen den Ländern eine wesentliche Rolle spielt. Die Tatsache, dass die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin, die einen großen Dienstleistungssektor haben, zu den Ländern mit den niedrigsten Anteilen Arbeitsloser mit gesundheitlichen Einschränkungen zählen, bestätigt diesen Zusammenhang.

Darstellung 5.11: Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an allen Arbeitslosen 1996 und 2004 (jeweils September) (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

5.5 ERLEICHTERTER LEISTUNGSBEZUG NACH § 428 SGB III

Wie in Kapitel 5.1. dargestellt, ist die Zahl älterer Arbeitsloser wie auch die Arbeitslosenquote Älterer seit dem Jahr 1999 deutlich gesunken. Wegen der unterschiedlichen Formen des Altersübergangs hat die altersspezifische Arbeitslosenquote allerdings nur sehr begrenzte Aussagekraft und darf nicht ohne weiteres als Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für Ältere interpretiert werden. Neben demographischen Effekten¹⁸ liegt der Rückgang der Arbeitslosenzahlen Älterer vor allem an der Möglichkeit des erleichterten Leistungsbezugs nach § 428 SGB III (vgl. Kistler 2005). Mit der Inanspruchnahme dieser Regelung sind Erwerbslose von der Verfügbarkeit und der Pflicht zur Arbeitssuche befreit, sie werden statistisch nicht zu den registrierten Arbeitslosen gezählt, müssen aber zum frühestmöglichen abschlagfreien Zeitpunkt in eine Altersrente eintreten.

Die Zahl der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen in Deutschland ist zwischen 1999 und 2004 von 923.000 Personen um fast die Hälfte auf 475.000 Personen gesunken. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Fälle nach §428 SGB in etwa verdoppelt (von 201 Tsd. auf 394 Tsd.). Aufgrund dieser Entwicklung nahm die Zahl

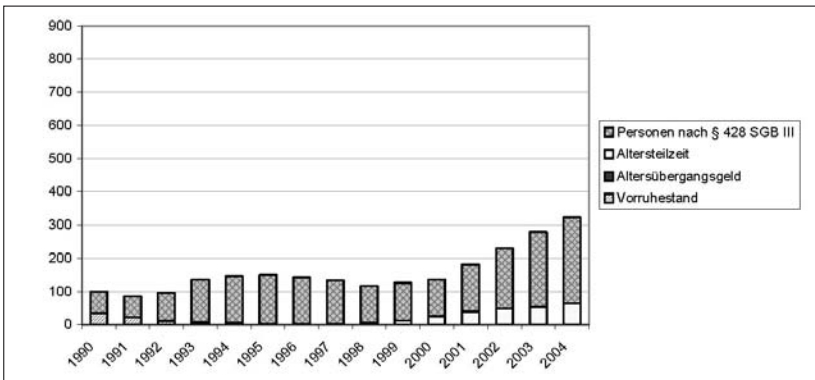
18 Die Zahl der 55- bis 64-Jährigen nimmt wegen der schwach besetzten Kriegsjahrgänge derzeit noch ab. Diese Entwicklung wird sich aber ab 2007/2008 umkehren, dann steigt die Zahl der Älteren wieder massiv an (vgl. Kapitel 3).

der 55- bis 64-jährigen Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe in den letzten Jahren (unter Einbezug der Fälle nach § 428 SGB III) – trotz der weiter rückläufigen »registrierten« Arbeitslosigkeit – sogar wieder zu.

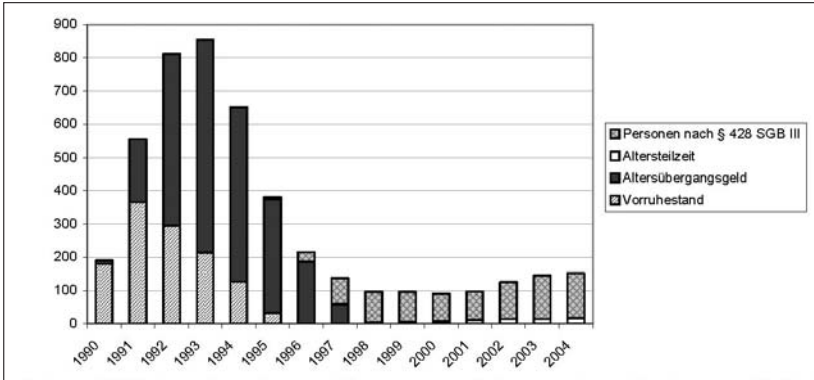
Im Dezember 2004 betrug die Zahl der gesamten Leistungsempfänger ab dem 58. Lebensjahr (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) etwa 484.000 Personen, davon fielen 394.000 Personen in den erleichterten Leistungsbezug nach § 428 SGB III. Der Anteil dieser Personen, die aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik herausfallen, belief sich somit auf über 80 Prozent aller Leistungsempfänger (vgl. Bundesagentur 2005c).

Anhand der Entwicklung im Zeitverlauf zeigen sich die starken Umbrüche in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung, die eine massive Ausgliederung Älterer zur Folge hatten. In der ersten Hälfte der 90er Jahre geschah dies vorrangig über das Instrument des Altersübergangsgeldes, das ältere Arbeitslose ab dem 55. Lebensjahr beziehen konnten (vgl. Darstellung 5.12). Innerhalb kurzer Zeit traten die meisten über 55-Jährigen in Ostdeutschland zur Entlastung des Arbeitsmarktes in den Vorruhestand ein, was die fast vollständige Ausgliederung der Jahrgänge 1930 bis 1937 zur Folge hatte (vgl. Sing 2003; Engstler 2004b).

Darstellung 5.12: Entwicklung der Teilnehmerzahl an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Ältere zwischen 1990 und 2004 (Angaben in Tausend)
Westdeutschland



Ostdeutschland

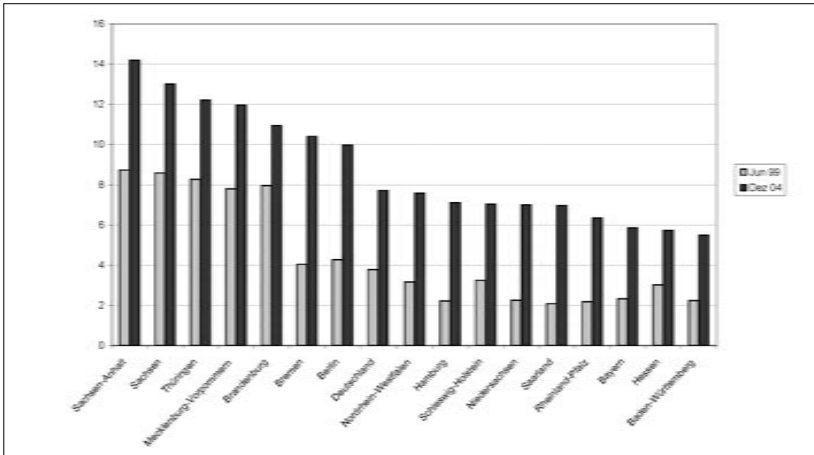


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Autorengemeinschaft, versch. Jg. und Bundesagentur für Arbeit.

Die stark zunehmende Nutzung des § 428 SGB III seit dem Jahr 1999 hängt neben der sich verschlechternden konjunkturellen Situation auch mit den schrittweise wirksam werdenden Abschlüssen beim Eintritt in vorzeitige Altersrenten zusammen (vgl. Kapitel 6). Diese Entwicklung kann zum Teil dahingehend gedeutet werden, dass Arbeitslose länger im SGB III-Leistungsbezug verbleiben, um die anfallenden Abschlüsse bei vorzeitigem Renteneintritt zu vermeiden (vgl. Büttner/Knuth/Wojtkowski 2005).

Auf Bundesländerebene hängt die Inanspruchnahme des § 428 SGB III relativ eindeutig mit der regionalen Arbeitsmarktsituation zusammen. Die höchsten Quoten des erleichterten Leistungsbezugs (in Relation zur Zahl der Erwerbspersonen zwischen 55 und 64 Jahren) weisen die ostdeutschen Länder auf, die bundesweit niedrigsten Werte haben dagegen mit Bayern, Hessen und Baden-Württemberg die Bundesländer mit gleichzeitig niedriger registrierter Arbeitslosigkeit (vgl. Darstellung 5.13).

Darstellung 5.13: Leistungsempfänger nach SGB III § 428 in Relation zu den Erwerbspersonen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Regionaldirektion Bayern und Statistisches Bundesamt.

5.6 ALTERSTEILZEIT

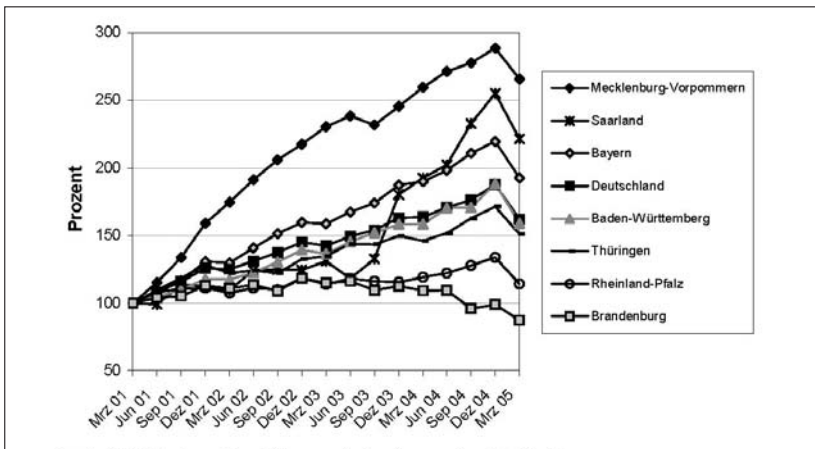
Das 1989 eingeführte Instrument der Altersteilzeitarbeit wurde zunächst nur wenig in Anspruch genommen. Erst nachdem mit dem zweiten Altersteilzeitgesetz 1996 die Möglichkeit der Nutzung als Blockmodell (einer Vollzeitphase folgt eine Freistellungsphase) ausgebaut wurde, nahm die Zahl der geförderten Fälle stetig zu (vgl. Sing 2003). Das hatte jedoch auch zur Folge, dass die Altersteilzeit, ursprünglich als Instrument eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand geschaffen, mittlerweile durch die überwiegende Nutzung als Blockmodell einem vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben gleichkommt.

Verglichen mit der Nutzung des erleichterten Leistungsbezugs nach § 428 SGB III ist die Altersteilzeit als Übergangspfad in den Ruhestand zahlenmäßig von geringerer Bedeutung. Allerdings hat die Zahl der geförderten Altersteilzeitfälle zwischen März 2001 und März 2005 – trotz der gegenläufigen Entwicklung bei der Zahl der Älteren in der relevanten Altersgruppe – stark zugenommen. In Deutschland insgesamt ist die Zahl der von der Bundesagentur für Arbeit geförderten¹⁹

19 Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit umfasst nicht alle Altersteilzeitfälle. Die Zahl dürfte tatsächlich wesentlich größer sein. Denn zum einen tauchen die Fälle beim Blockmodell erst zu einem späteren Zeitpunkt in der Statistik auf. Zum anderen wird Altersteilzeit vielfach von den Unternehmen ohne Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen und damit ohne Anspruch auf Förderung genutzt.

Altersteilzeitfälle um über 60 Prozent gestiegen. Wie Darstellung 5.14 weiter zeigt, stellt sich die Entwicklung auf Bundesländerebene (hier werden die Werte nur für einige ausgewählte Länder wiedergegeben) sehr unterschiedlich dar und sind mit der regionalen Arbeitsmarktentwicklung nicht zu erklären. So finden sich unter den Bundesländern mit starken Zuwächsen der Altersteilzeit auf der einen Seite solche mit schlechter Arbeitsmarktlage im Osten (Mecklenburg-Vorpommern) als auch Bayern mit einer vergleichsweise besseren Situation am Arbeitsmarkt. Demgegenüber blieb die Zahl der Altersteilzeitfälle in Brandenburg – mit einer dem Land Mecklenburg-Vorpommern vergleichbaren Entwicklung am Arbeitsmarkt – zwischen 2001 und 2005 relativ konstant.

Darstellung 5.14: Entwicklung der Zahl der Altersteilzeitfälle in Deutschland und einigen ausgewählten Bundesländern (März 2001=100)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit.

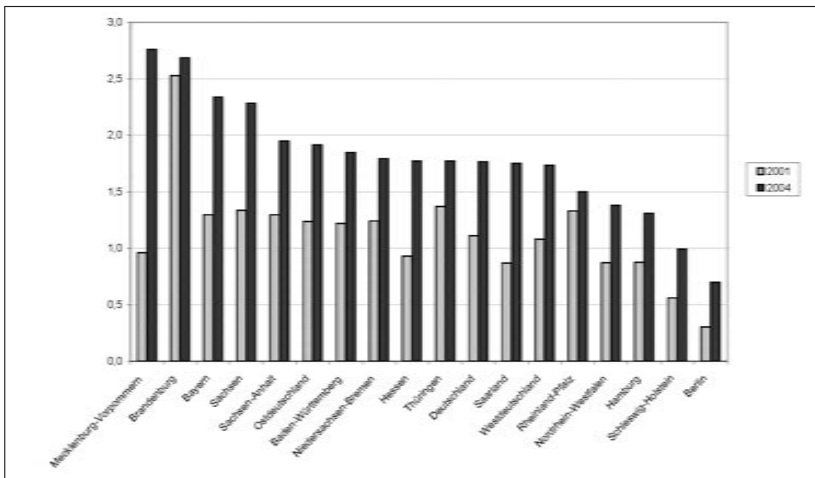
Setzt man die Zahl der Altersteilzeitfälle in Relation zur Zahl der älteren Erwerbstätigen²⁰, so zeigt sich wie die Entwicklung in den letzten Jahren zu interpretieren ist. Insgesamt unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland hinsichtlich des Anteils der Altersteilzeit nur geringfügig; zwischen den einzelnen Bundesländern sind jedoch große Differenzen auszumachen.²¹

20 Als »erwerbstätig« sind im Mikrozensus auch die Arbeitnehmer erfasst, die sich in der Freistellungsphase der geblockten Altersteilzeitphase befinden (vgl. Bäcker 2006).

21 Aus dem Grund der oben genannten strukturellen Untererfassung wird im Folgenden das Niveau der Altersteilzeitarbeit nicht weiter interpretiert. Thiede (2005) kommt etwa auf der Basis von Zahlen der gesetzlichen Rentenversicherung für den 31.12.2003 zu einer (deutlich höheren) Zahl der Altersteilzeitbeschäftigten von etwa 400 Tsd.; dies entspricht einem Anteil von 10 Prozent an den Versicherten zwischen 55 und 65 Jahren.

Eine relativ geringe Nutzung von Altersteilzeit findet sich in Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin, was in den beiden Stadtstaaten wohl an dem hohen Anteil des Dienstleistungssektors liegt (denn Altersteilzeit ist vor allem in Großbetrieben der Produktion weit verbreitet). Zum anderen sind die beiden nördlichsten Bundesländer auch die mit den höchsten Beschäftigungsquoten Älterer – sie bieten auch für Ältere noch am ehesten die Chance auf eine »normale« Erwerbstätigkeit. Die höchsten Werte weisen die beiden ostdeutschen Bundesländer mit einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote in den letzten Jahren auf (Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg). In den neuen Bundesländern wird Altersteilzeit offensichtlich vorrangig genutzt, um die Folgen des Strukturwandels abzumildern.²²

Darstellung 5.15: Altersteilzeitfälle in Relation zu den Erwerbstätigen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren, jeweils März (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Regionaldirektion Bayern und Statistisches Bundesamt.

Interessant ist, dass dagegen unter den westdeutschen Bundesländern bezüglich der Altersteilzeitquote gerade diejenigen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten vorne liegen. Dies ist womöglich darin begründet, dass der Weg über Altersteilzeit in den Ruhestand – zumindest in den alten Bundesländern – eine Alternative vor

22 Das zeigt sich auch daran, dass die Anteile der 55- bis 64-Jährigen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg seit dem Jahr 2003 die niedrigsten unter den Bundesländern sind (vgl. Kapitel 5), was zum Teil auch eine Folge der zunehmenden Nutzung der Altersteilzeit ist.

allem für Personen mit stabilen Erwerbsbiographien und dementsprechend höheren Rentenansprüchen ist (vgl. Kistler 2005), wobei diese Voraussetzungen am ehesten in Ländern mit vergleichsweise guter Arbeitsmarktlage und dort in erster Linie bei Männern gegeben sind.

Dementsprechend zeigen die Altersteilzeitfälle in Ost- und Westdeutschland ein völlig unterschiedliches Geschlechterverhältnis: In den alten Bundesländern entfällt mehr als zwei Drittel der Altersteilzeit auf Männer, wogegen in den neuen Bundesländern die Anzahl der Frauen in Altersteilzeit höher lag als die der Männer. So ist auch bei den Frauen die Relation der Altersteilzeitfälle zu den 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen in Ostdeutschland mit 2,7 Prozent deutlich höher als im Westen (1,4 Prozent). Ursache dafür ist die in den neuen Bundesländern höhere Zahl der Frauen, die im Alter noch arbeiten wollen bzw. müssen. Eine wesentliche Rolle für die Unterschiede auf Bundesländerebene spielt allerdings zusätzlich der wirtschaftliche Strukturwandel, der die Frauen im Osten im Besonderen trifft. Gerade die hohen Quoten der Altersteilzeit in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erklären sich durch die weite Verbreitung unter den Frauen: mit einer Relation zu den 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen von jeweils 4 Prozent verzeichnen diese beiden Länder stark überdurchschnittliche Werte.

Unter den alten Bundesländern wird der wirtschaftliche Strukturwandel als Erklärungsfaktor für die Nutzung von Altersteilzeit vor allem im Saarland deutlich. Dort stieg die Anzahl der Altersteilzeitfälle innerhalb eines Jahres (Juni 2003 bis Juni 2004) um das Doppelte an (vgl. Darstellung 5.14). Aufgrund der noch stärker altindustriell geprägten Wirtschaftsstruktur sind es im Saarland vor allem Männer, die Altersteilzeit nutzen: Mit einer Relation von 2 Prozent zu den Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren ist Altersteilzeitbeschäftigung dort nach Bayern unter den Bundesländern am zweithäufigsten anzutreffen.

Resümiert man die Befunde im Kapitel 5 und unsere Erfahrungen hinsichtlich der Bekanntheit dieser bzw. auch der noch kleinräumiger differenzierten Ergebnisse, so kann nur von einem verbreiteten Informationsdefizit bei der Mehrheit der Akteure gesprochen werden. Zwar liegen gerade die Vertreter der Arbeitsagenturen nach unserer Einschätzung bei der Situationsanalyse in ihrer Region meist gar nicht so weit entfernt von den exakten empirischen Situationsanalysen – nach den Aussagen vieler Gesprächspartner oft eher »aus dem Bauch heraus« als aus der belastbaren Kenntnis detaillierter Statistiken. Das soll den Wert solchen Erfahrungswissens keineswegs schmälern. Das große Informationsinteresse, das von den Akteuren auf Länder- und regionaler Ebene den Auswertungen und Analysen aus diesem Projekt entgegengebracht wurde, zeigt jedoch einen erheblichen

Bedarf an solchen Zahlen. Das gilt noch mehr mit Blick auf Daten zum Rentenübergangs- bzw. -zugangsgeschehen. Hierzu ist der Wissensstand vor Ort eher dürftig – nicht zuletzt auch weil Statistiken wie die nachfolgenden zum Teil bisher überhaupt noch nicht regionalisiert verfügbar waren. An dieser Stelle möchten wir uns auch bei den Kolleginnen im Forschungsnetzwerk Alterssicherung bzw. den Statistikern in der Deutschen Rentenversicherung Bund – die ja auch Koordinatoren des Projekts Smart Region waren – für die Zurverfügungstellung der Daten sowie viele hilfreiche Ratschläge bedanken. Ein wichtiger Nebeneffekt von Smart Region könnte es sein, wenn dadurch die Verfügbarmachung regionaler Rentendaten ein Stück weit vorangebracht worden wäre.

6. ENTWICKLUNG DES RENTENZUGANGS- GESCHEHENS

Ursächlich für Art und Zeitpunkt der individuellen Altersübergänge sind vielfältige Bestimmungsfaktoren, die geschlechts-, regionen- und auch berufsspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Gerade die – vor allem gleichzeitige – Betrachtung dieser Einflüsse ist beim derzeitigen Forschungsstand nur unzureichend möglich. Auf regionaler Ebene ist offensichtlich, dass unterschiedliche Erwerbsbiographien vor allem der Frauen ein wesentlicher Grund sind für Art und Zeitpunkt der Altersübergänge. Berufliche Tätigkeiten und damit auch Arbeitsbedingungen und -belastungen sind ebenso bestimmend für die Frage, wie lange gearbeitet wird bzw. werden kann. Nicht zuletzt wirkt sich auch die wiederum regions- und berufsspezifische Arbeitsmarktlage darauf aus, wie sich die individuelle Beschäftigungssituation im Alter darstellt. Bisherige Forschungsarbeiten beschränken sich zu sehr auf einzelne dieser Aspekte. Im Folgenden wird erstmals aus regionaler Perspektive ein differenziertes Bild der Altersübergänge gezeichnet, wobei die Untersuchungen der Kausalitäten erst am Anfang stehen. Umfassendere Analysen – gerade auch auf kleinräumiger Ebene – sind notwendig, um die hier eher noch deskriptiven Befunde zu vertiefen.

6.1 ÜBERGANGSPFADE ZWISCHEN ERWERBSLEBEN UND RENTE

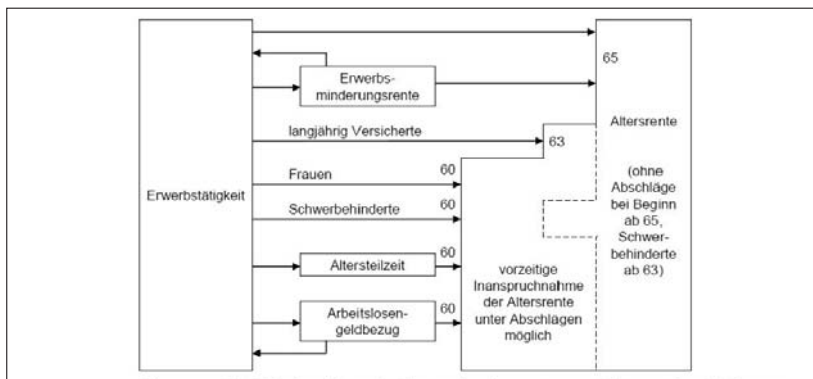
Beim Übergang aus der Erwerbstätigkeit in den Rentenbezug sind im Analysezeitraum vielfältige Wege möglich, die in Darstellung 6.1 wiedergegeben werden. Wie später gezeigt wird, tritt nur noch ein recht geringer Teil der Personen unmittelbar aus der Erwerbstätigkeit in die Rente ein. Der Renteneintritt in eine Regelaltersrente mit dem 65. Lebensjahr im Anschluss an eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung traf im Jahr 2004 sogar nur auf 4 Prozent (in Westdeutschland) bzw. 2 Prozent (in Ostdeutschland) aller Rentenneuzugänge zu.

Dem entsprechend kommt solchen Rentenarten eine große Bedeutung zu, die einen vorzeitigen Renteneintritt ermöglichen. Der Bezug dieser Altersrenten setzt früher ein, wobei sich Art und Zeitpunkt des Rentenbeginns aus den persönlichen

und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen ergeben. Ab 60 Jahren ist der Bezug von Renten wegen Arbeitslosigkeit oder Schwerbehinderung möglich. Mit 63 Jahren können Renten für langjährig Versicherte in Anspruch genommen werden. Für Frauen gibt es zusätzlich die Möglichkeit, bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres eine Altersrente für Frauen zu beziehen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Der Zugang in eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit stellt dagegen keine Anforderungen an das Alter der Erwerbspersonen, sondern ist vom gesundheitlichen Leistungsvermögen abhängig.

Eine wichtige Rolle spielen auch verschiedene Überbrückungsformen zwischen Erwerbstätigkeit und Rente. Dazu gehören vor allem bei Männern nicht nur Altersteilzeitarbeit, sondern ebenso Arbeitslosigkeit – sowohl in Form von registrierter Arbeitslosigkeit als auch der erleichterte Leistungsbezug nach § 428 SGB III. Bei westdeutschen Frauen ist auch eine Nicht-Erwerbsphase zahlenmäßig eine bedeutende Brücke in die Rente, was damit zusammenhängt, dass viele westdeutsche Frauen nach der Familienphase nicht wieder ins Erwerbsleben zurückkehren.

Darstellung 6.1: Sozialrechtlich abgesicherte Pfade von der Erwerbstätigkeit in den Bezug einer Altersrente



Erläuterung: Die Zahlen bezeichnen das Alter, zu dem eine vorgezogene Altersrente derzeit frühestens erhältlich ist (Stand: September 2004).

Quelle: Viebrock 2004.

Im Kontext der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit Älterer sind auch die verschiedenen Möglichkeiten des vorzeitigen Rentenbezugs zu sehen. Für die Entwicklung des Rentenzugangsgeschehens sind die Veränderungen in der Vergangenheit wesentlich mitbestimmend. Angesichts der Komplexität der Altersübergänge ist dabei zumindest ein kurzer Blick auf die Veränderungen der

rechtlichen Rahmenbedingungen und gleichzeitig auch auf Veränderungen der Arbeitswelt im Zeitverlauf notwendig. Dabei muss die Betrachtung geschlechtsspezifisch vorgenommen werden, denn aufgrund der verschiedenen Rentenzugangsmöglichkeiten unterscheidet sich das Renteneintrittsverhalten von Männern und Frauen stark.²³

6.2 RENTENZUGANGSGESCHEHEN IM ZEITVERLAUF

Im Zeitverlauf vollzogen sich deutliche Verschiebungen im Anteil der verschiedenen Rentenarten an allen Rentenanzugängen. Bis in die siebziger Jahre verteilte sich der Rentenzugang fast nur auf die Regelaltersrente, die Erwerbsminderungsrente (damals noch: Renten wegen Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit) sowie die besondere Altersrente für Frauen. Die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit spielte noch eine geringe Rolle, nur in der Rezession 1967/1968 nahm deren Anteil bei den Männern kurzfristig auf etwa 4 Prozent zu.

Die Einführung der flexiblen Altersgrenze im Jahr 1973 führte dazu, dass die Nutzung des vorzeitigen Rentenzugangs schlagartig zunahm.²⁴ Schon im ersten Jahr nach der Einführung betrug der Anteil der Altersrente für langjährig Versicherte ab dem 63. Lebensjahr bei den Männern 30,7 Prozent aller neuen Rentenzugänge. Zudem kam es bei den Männern auch zu einer Verschiebung aus der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente: ein Teil derjenigen Erwerbspersonen, die vorher eine Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente beantragt hätten, nahmen nun eine vorgezogene Altersrente mit 63 Jahren in Anspruch. Infolgedessen ging der

23 Das Rentenzugangsalter wird für einzelne (Querschnitts-)Jahre auch von demographischen Entwicklungen, d.h. von den Besetzungszahlen der verrentungsrelevanten Jahrgänge, beeinflusst. So waren beispielsweise um die Jahrtausendwende die Frührentner aus den stark besetzten Geburtsjahrgängen um 1940 schon verrentet, während die »Spätrentner« aus diesen Jahrgängen den Altersdurchschnitt nach oben trieben (vgl. Sing 2003). Um derartige Effekte auszuschließen, ist die Betrachtung von Geburtsjahrgängen oft sinnvoller. Allerdings lassen sich die Wirkungen rechtlicher Änderungen leichter anhand von Jahresquerschnitts- als von geburtsjahrgangsbezogenen Daten nachvollziehen (vgl. Wübbcke 2005). Da zudem Kohortendaten auf regionalisierter Ebene (bislang) nicht vorliegen, wird zugunsten der Vergleichbarkeit einzelner Bundesländer auch für Gesamtdeutschland auf eine solche Darstellung verzichtet.

24 Auch bei der Betrachtung der durchschnittlichen Zahl der Versicherungsjahre spiegeln sich die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf wider. So führte die Einführung der vorgezogenen Altersrente im Jahr 1973 bei den Männern zu einem Absinken der durchschnittlichen Versicherungsdauer bei den Regelaltersrenten, was offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass die flexible Altersgrenze zum überwiegenden Teil von Personen mit langen Beitragszeiten genutzt wurde und so eine selektive »Abwanderung« aus der Regelaltersrente stattfand (vgl. Darstellung A.11 im Anhang).

Anteil der Erwerbsunfähigkeitsrenten an den Rentenneuzugängen bei den Männern von 47,5 Prozent im Jahr 1972 auf 31,7 Prozent im Jahr 1973 zurück (vgl. Sing 2003).

Bei den Frauen zeigte sich im Zuge der Einführung der flexiblen Altersgrenze keine nennenswerte Umschichtung der Rentenarten (weniger als zwei Prozent der Neurentnerinnen nutzten die neu geschaffene Rente für langjährig Versicherte). Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Frauen schon vorher unter bestimmten Bedingungen (unter der Voraussetzung von zehn Pflichtjahren seit dem 40. Lebensjahr) die besondere Altersrente für Frauen ab 60 Jahren in Anspruch nehmen konnten. Die neu geschaffene Möglichkeit der vorgezogenen Altersrente mit 63 Jahren für Versicherte mit 35 und mehr Versicherungsjahren hatte daher für das Rentenzugangsgeschehen der Frauen keine große Bedeutung (vgl. Sing 2003).

Nach 1974 nahm die Bedeutung der Erwerbsunfähigkeitsrenten jedoch wieder kontinuierlich zu: Ende der 70er Jahre/Anfang der 80er Jahre entfiel etwa die Hälfte aller Rentenneuzugänge auf die Erwerbsunfähigkeitsrenten.²⁵ Um diesen Anstieg zu bremsen, wurden im Jahr 1984 die Zugangsvoraussetzungen für die Erwerbsminderungsrenten geändert. Nach der neuen Regelung waren für die Inanspruchnahme einer Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeitsrente mindestens drei Versicherungsjahre in den letzten fünf Jahren vor Rentenbeginn notwendig. Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Regelaltersrente abgesenkt. Die notwendige Versicherungszeit für die Inanspruchnahme einer Regelaltersrente mit 65 Jahren wurde von 15 auf fünf Jahre abgesenkt. Diese beiden Änderungen wirkten sich vor allem auf das Rentenzugangsgeschehen der Frauen aus, da diese häufig aufgrund ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung die geänderten Voraussetzungen für Erwerbsunfähigkeitsrenten nicht mehr erfüllten.²⁶ Aus diesem Grund kam es bei den Frauen nach 1984 zu einem rapiden Rück-

25 Dazu trug auch bei, dass verstärkt seit 1976 nicht mehr allein das Ausmaß der Erwerbsminderung für die Frühberentung entscheidend war, sondern auch die jeweiligen Arbeitsmarktchancen (sog. konkrete Betrachtungsweise). »Dies führt zu arbeitsmarktinduzierten Frühberentungen, die nur teilweise als Folge einer Krankheit eintreten. Ihr Anteil hat sich wegen der lang anhaltenden Arbeitsmarktprobleme ständig erhöht. 1977 lag er im Westen noch zwischen 9% und 13%, 1995 in Deutschland zwischen 25% (Männer der ArV) und 47% (Frauen der AnV). Im Osten ist er mit 39% wesentlich höher als im Westen mit 30%« (Statistisches Bundesamt 1998).

26 Übrig blieben unter den weiblichen Zugängen in die Erwerbsunfähigkeitsrente diejenigen, die (übers Erwerbsleben verteilt) lange Beschäftigungszeiten vorweisen konnten, wodurch die durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre in dieser Rentenart nach 1984 deutlich anstieg (vgl. Darstellung A.12 im Anhang).

gang der Eintritte in Erwerbsunfähigkeitsrenten: innerhalb kurzer Zeit sank der Anteil dieser Rentenart von 47,9 Prozent (1984) auf 19,5 Prozent (1986). Auch bei Männern ist seither ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils der Erwerbsminderungsrenten an den Rentenzugängen zu beobachten, so dass sich der Unterschied in dieser Rentenzugangsart zwischen Männer und Frauen vermindert hat.

Die Erleichterung der Voraussetzungen für die Regelaltersrente hatte – zusammen mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten ab 1986 – zur Folge, dass der Anteil der Regelaltersrenten an den Rentenzugängen der Frauen stark zunahm: von 9 Prozent im Jahr 1983 auf fast 50 Prozent Ende der 80er Jahre (vgl. Bangel 1993).

Die Entwicklung der Zugänge in die Renten wegen Arbeitslosigkeit entsprach während der 60er und 70er zunächst der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung mit den Konjunkturbrüchen von 1967/68, 1974/75 und 1979/80 (vgl. Wübbecke 2005). Bedingt durch die anhaltend hohe Sockelarbeitslosigkeit Älterer stieg der Anteil der Rentenzugänge wegen Arbeitslosigkeit in den 80er und 90er Jahren – auch in konjunkturellen Aufschwungphasen – kontinuierlich an.

Bei den Männern in den neuen Bundesländern nahmen zwischen 1993 und 1995 die Zugänge der Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit stark zu, was mit den Sonderregelungen für den vorzeitigen Renteneintritt zusammenhängt, die 1990 in den neuen Bundesländern eingeführt wurden: die Bezieher des Altersübergangsgeldes mussten mit dem 60. Lebensjahr in eine vorzeitige Rente wegen Arbeitslosigkeit wechseln.

Seit 1996 verzeichnete diese Rentenart insbesondere unter den ostdeutschen Männern einen starken Rückgang, aber auch bei den Männern im Westen und – ausgehend von einem ohnehin schon sehr niedrigen Niveau – bei den Frauen nahm die Bedeutung der Renten wegen Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ab. Im Osten ist dieser Rückgang wiederum zum Großteil auf rechtliche Regelungen zurückzuführen: Infolge des Auslaufens des Altersübergangsgeldes Ende 1992 für Neuzugänge traten die letzten Personen, die diese Regelung noch nutzen konnten, spätestens 1997 in die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ein (vgl. Büttner/Knuth/Wojtkowski 2005).

Die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit wurde bzw. wird fast ausschließlich von Männern in Anspruch genommen. Der Anteil dieser Rentenart bei den Zugängen der Frauen lag im Jahr 2004 bei unter einem Prozent. Bei den Männern war dagegen etwa jeder dritte Rentenzugang eine Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit, wobei der Anteil in den neuen Bundesländern mit 42 Prozent deutlich höher als der westdeutsche Wert von 26 Prozent war.

Arbeitslose Frauen nutzen in beiden Landesteilen in erster Linie die vorzeitige Altersrente für Frauen²⁷.

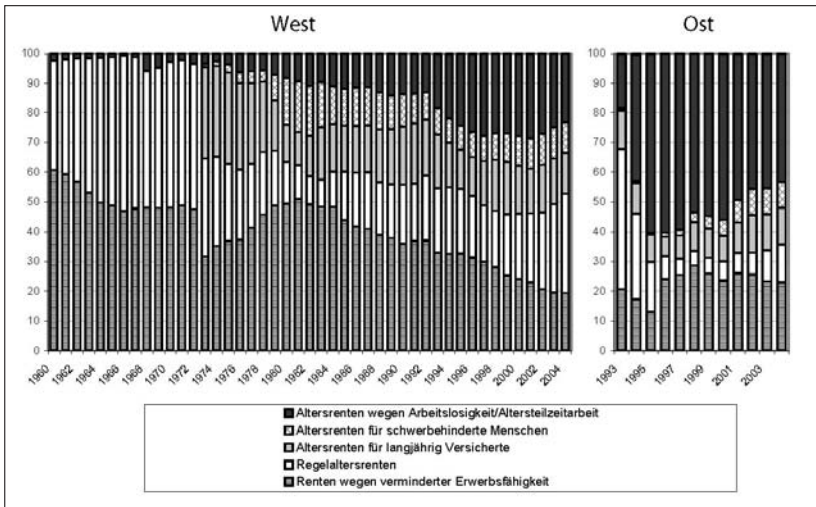
Parallel zum Rückgang der vorzeitigen Renteneintritte – vor allem der Renten wegen Arbeitslosigkeit bzw. Altersteilzeit und der Frauenaltersrenten – nahmen die Anteile der Regelaltersrenten seit 1998 zu. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen.²⁸ Im Osten spielt der Zugang in Regelaltersrenten nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Dies liegt zum einen an der generell schlechten Arbeitsmarktlage, die die Beschäftigung bis zur Regelaltersgrenze zu einer Seltenheit macht und ältere Erwerbspersonen so zu einem Ausweichen in Rentenarten mit vorzeitiger Rentenbezugsmöglichkeit drängt. Zum anderen ist der Unterschied zwischen Ost und West auch stark durch geschlechtsspezifische Erwerbsmuster zu erklären. Frauen mit längeren Beitragszeiten nehmen in den neuen Bundesländern vorrangig die Altersrente für Frauen in Anspruch. In den westdeutschen Bundesländern bleibt dieser Weg aufgrund des weit verbreiteten Modells des männlichen Familienernährers und der damit verbundenen geringen weiblichen Erwerbsbeteiligung den Frauen eher verschlossen.²⁹

27 Das hängt auch mit den geringeren Voraussetzungen der Altersrente für Frauen zusammen. Der Bezug einer Rente wegen Arbeitslosigkeit setzt dagegen seit 1973 mindestens acht Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung während der letzten zehn Jahre voraus.

28 Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass dies nicht notwendigerweise bedeutet, dass auch mehr Menschen bis 65 Jahre arbeiten, vielmehr war der spätere Renteneintritt eine Folge der Abschlüge, während gleichzeitig die Nutzung von zwischengeschalteten Instrumenten wie der erleichterte Leistungsbezug nach § 428 SGB III oder Altersteilzeit anstieg.

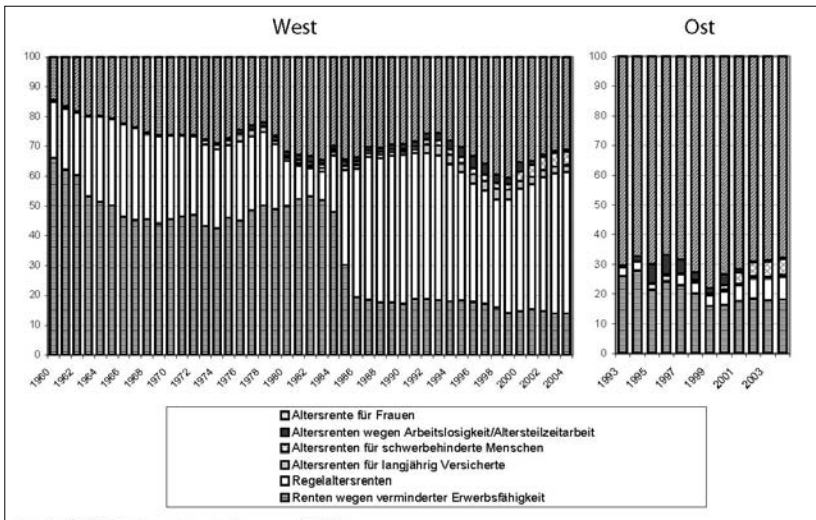
29 Die Regelaltersrente mit 65 Jahren nehmen bei den Frauen wie bei den Männern vor allem Personen mit kurzen Versicherungsbiographien in Anspruch. In den alten Bundesländern wiesen die Zugänge dieser Rentenart bei den Männern mit zwischen 25 und 30 Versichertenjahren schwankend unterdurchschnittliche Beitragszeiten auf. Noch weniger Versichertenjahre haben die weiblichen Zugänge in die Regelaltersrente (2004: durchschnittlich 13,5 Jahre). Während dies bei Männern jedoch primär durch einen Wechsel in einen anderen beruflichen Status (Beamte, Selbständige) und Arbeitslosigkeitsepisoden zustande kommt, sind die kurzen Versicherungszeiten bei den westdeutschen Frauen in erster Linie eine Folge von Zeiten der Nicht-Erwerbsbeteiligung (Familienpause etc.). Personen mit langen Beitragszeiten nutzen dagegen überwiegend die Rente für langjährig Versicherte (bei Männern) oder unter den weiblichen Rentenzugängen die Altersrente für Frauen (vgl. Darstellungen A.11 und A.12 im Anhang).

Darstellung 6.2: Entwicklung der Rentenzugangsarten von Männern 1960 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

Darstellung 6.3: Entwicklung der Rentenzugangsarten von Frauen 1960 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

6.3 REGIONALE UNTERSCHIEDE IM RENTENZUGANG

Die Anteile der verschiedenen Rentenarten an den Neurenten nehmen in den deutschen Bundesländern sehr unterschiedliche Größenordnungen und Muster ein. Die Einflussfaktoren auf diese Unterschiede im Rentenzugang sind allerdings vielfältig und verbieten einfache Erklärungen.

Ein Blick auf die Reihenfolge der westdeutschen Bundesländer bezüglich des Anteils der Renten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit bei den Männern (vgl. Darstellung 6.5) zeigt etwa, dass eine Erklärung mit der allgemeinen Arbeitsmarktlage – z. B. anhand der Arbeitslosenquote – hier zu kurz greift. Zwar weisen die Anteilswerte in den alten Bundesländern nur geringe Unterschiede auf, allerdings zeigt gerade die Situation im Saarland, dass hier auch die regional unterschiedliche Nutzung von »Brücken« im Altersübergang eine wichtige Rolle spielt. Obwohl das Saarland unter den westdeutschen Ländern eine leicht überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit aufweist, ist der Anteil der Zugänge in die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit der bundesweit niedrigste. Vielmehr liegt die geringe Bedeutung dieser Rentenart zum einen daran, dass sich im Saarland besonders viele Personen im Alter vom Arbeitsmarkt zurückziehen (dies zeigen die sehr geringen Erwerbsquoten im Alter; vgl. Kapitel 4). Zum anderen spielt bei Männern der hohe Anteil der Erwerbsminderungsrenten eine Rolle, denn der überwiegende Teil dieser Renten fällt schon vor dem 60. Lebensjahr an, wodurch sich für diese Personen die Alternative einer Rente wegen Arbeitslosigkeit gar nicht stellt.

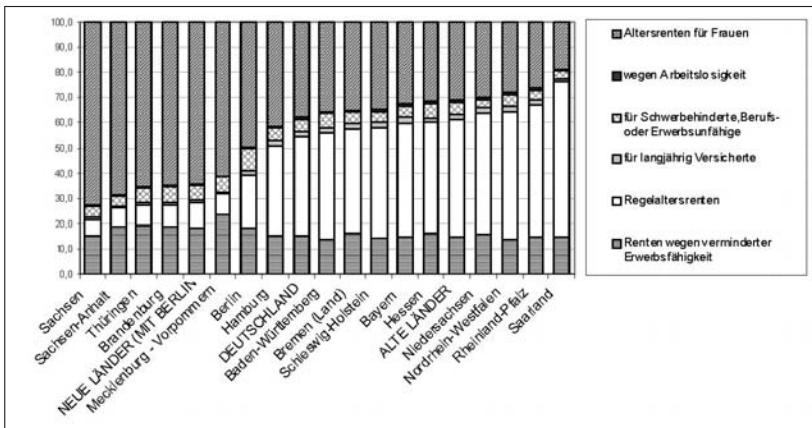
Mit ersterem hängt zusammen, dass das Saarland auch beim Blick auf den Anteil der Regelaltersrenten heraussticht, nämlich mit einem besonders hohen Anteil im Bundesländervergleich. Mit einem Anteil von 47,6 Prozent im Jahre 2004 liegt das Saarland deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (38,8 Prozent). In erster Linie ist dies auf die Frauen zurückzuführen, bei denen der Anteil der Regelaltersrenten 61 Prozent betrug, während die Männer nur leicht über dem Wert der alten Länder lagen.

Eine ähnliche Rolle wie die Renten wegen Arbeitslosigkeit bei den Männern nimmt die Altersrente für Frauen ein. Die Verteilung dieser Rentenart in den Bundesländern zeigt eine ähnliche regionale Verteilung, was darauf hinweist, dass Frauen in Bundesländern mit hoher Arbeitslosigkeit häufig diese Rentenart nutzen. Allerdings spielt dabei aufgrund der Zugangsvoraussetzungen bei der Altersrente für Frauen auch die Erwerbsbeteiligung eine wichtige Rolle. In der Tendenz gilt, dass der Anteil der Altersrenten für Frauen an den weiblichen Rentenzugän-

gen umso höher ausfällt, je höher die Erwerbsquote der Frauen (nicht nur der Älteren) in der jeweiligen Region ist. Denn Frauen, für die die Voraussetzungen einer Inanspruchnahme dieser Rentenart nicht zutreffen, weichen eher auf die Regelaltersrente aus, die vor allem in den alten Bundesländern einen Großteil der weiblichen Rentenzugänge im Jahr 2004 ausmachte. Im früheren Bundesgebiet finden sich unter den Bundesländern mit relativ hohen Anteilen der Frauentalersrente somit solche, die auch eine überdurchschnittliche Beschäftigungsquote der älteren Frauen aufweisen (Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein sowie die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen).

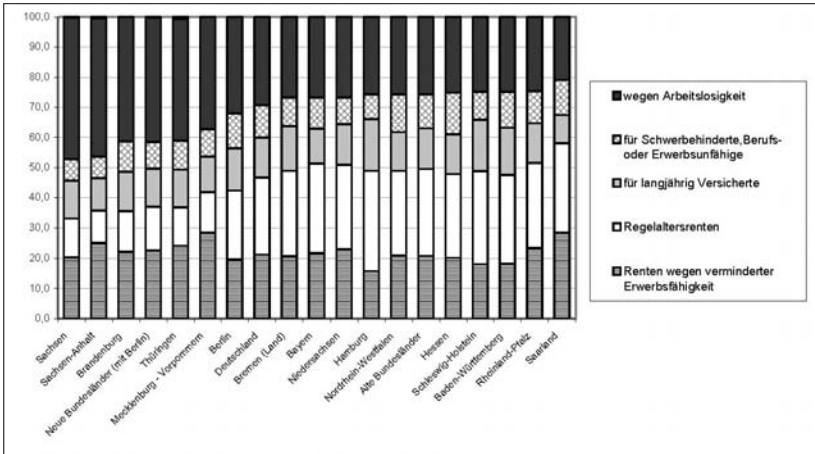
Die Rente für langjährige Versicherte spielt bei den Frauen in allen Bundesländern nur eine marginale Rolle.

Darstellung 6.4: Rentenzugänge der Frauen nach Rentenarten, 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Daten des VDR.

**Darstellung 6.5: Rentenzugänge der Männer nach Rentenarten, 2004
(Angaben in Prozent)**



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Daten des VDR.

Eine zahlenmäßig und für unsere Thematik inhaltlich besonders bedeutende Rentenart, die einen frühzeitigen Ausstieg bedeutet, ist die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

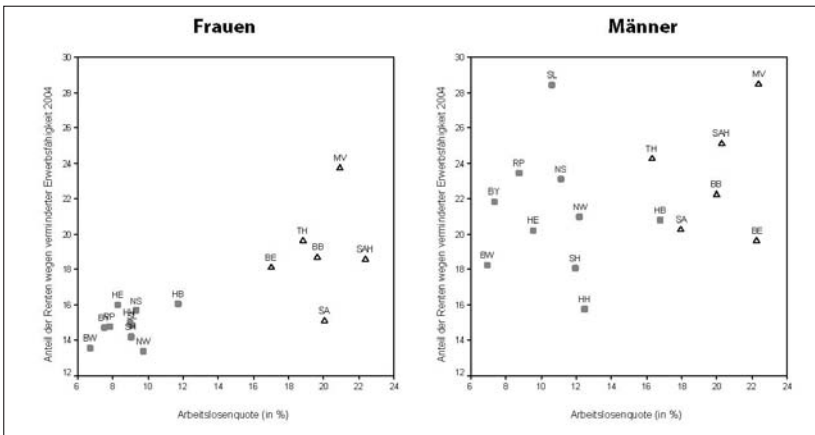
Für die Erklärung der regionalen Verteilung der Erwerbsminderungsrenten sind vor allem zwei Rahmenbedingungen maßgeblich. Zum einen die Frage, wie häufig gesundheitliche Beeinträchtigungen auftreten, die Voraussetzung für die Inanspruchnahme sind. Dies wird wesentlich durch die sektorale Wirtschaftsstruktur in einer Region mitbestimmt, denn schwere gesundheitliche Belastungen sind nach wie vor im industriellen Sektor und etwa am Bau, aber z. B. auch in der Ernährungswirtschaft überdurchschnittlich stark verbreitet (vgl. Abschnitt 7.3; Kistler u. a. 2006). Zum anderen spielt die Lage am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle, denn nach der »konkreten Betrachtungsweise« hängt die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente auch davon ab, ob auf dem Arbeitsmarkt trotz gesundheitlicher Beeinträchtigung eine Stelle zu finden ist. Im Zusammenspiel beider Faktoren ist schließlich zu konstatieren, »dass in gewerblich strukturierten Regionen das Risiko eines vorzeitigen Gesundheitsverschleißes und strukturwandelin-duzierte Arbeitsmarktrisiken kumulieren« (Bangel 1993: 211). Hohe Anteile der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an den Neurenten finden sich daher vor allem in Regionen mit einem hohen Beschäftigungsanteil des Produzierenden Gewerbes bzw. in solchen, in denen infolge des Strukturwandels massiv Arbeits-

plätze im sekundären Sektor verloren gingen. Niedrige Anteile sind dagegen in dienstleistungsorientierten Regionen vorzufinden.

Wie bereits erwähnt, sind beim Rentenzugang der Erwerbsminderungsrenten jedoch auch erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten. Generell ist der Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit wie im Bundesdurchschnitt auch durchgehend in den Bundesländern bei den Männern höher als bei Frauen. Dies ist auf der einen Seite darauf zurückzuführen, dass Frauen sehr viel seltener in Produktionsberufen tätig sind. Zum anderen ist vor allem im Westen vielen Frauen der Weg in die Erwerbsminderungsrente dadurch versperrt, dass sie die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme nicht erfüllen.

Bei den Männern zeigt sich – berücksichtigt man zudem die Wirtschaftsstruktur –, für beide Landesteile getrennt, zwischen der Arbeitslosenquote und dem Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ein in der Tendenz positiver Zusammenhang, der sich im Kontext der konkreten Betrachtungsweise interpretieren lässt. Bundesländer, die nach unten »abweichen«, sind solche, bei denen der geringere Anteil an Erwerbsminderungsrenten auf den großen Dienstleistungssektor zurückzuführen ist: die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sowie Schleswig-Holstein.

Darstellung 6.6: Arbeitslosenquoten und Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an den Rentenzugängen 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und des VDR.

6.4 DIE ENTWICKLUNG DES RENTENEINTRITTSALTERS

Nach der Einführung der neuen Frühverrentungsmöglichkeiten im Jahr 1973 sank das durchschnittliche Rentenzugangsalter innerhalb weniger Jahre von 61,9 auf 59,2 Jahre im Jahr 1980. Besonders stark rückläufig war infolge der zunehmenden Nutzung der flexiblen Altergrenze das durchschnittliche Eintrittsalter der Altersrenten bei Männern: Zwischen 1972 und 1980 sank das Verrentungsalter der Männer um zweieinhalb Jahre (von 65,0 Jahre auf 62,5 Jahre), zwischen Anfang der 80er Jahre und der Jahrtausendenwende blieb es dann relativ konstant.

Auch bei den Frauen ging das durchschnittliche Zugangsalter zu einer Altersrente in der zweiten Hälfte der 70er Jahre deutlich zurück. Von 63,2 Jahren (1973) sank das mittlere Verrentungsalter auf 61,5 Jahre (1981). Bei den Frauen war dies auf die zunehmende Nutzung der Altersrente für Frauen infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit in den Konjunkturkrisen 1974/75 und 1979/80 zurückzuführen. Dass der Rückgang weniger stark ausfiel als bei den Männern, lag vorrangig daran, dass nur ein Teil der Frauen die Zugangsvoraussetzungen für die Frauentalersrente erfüllten.

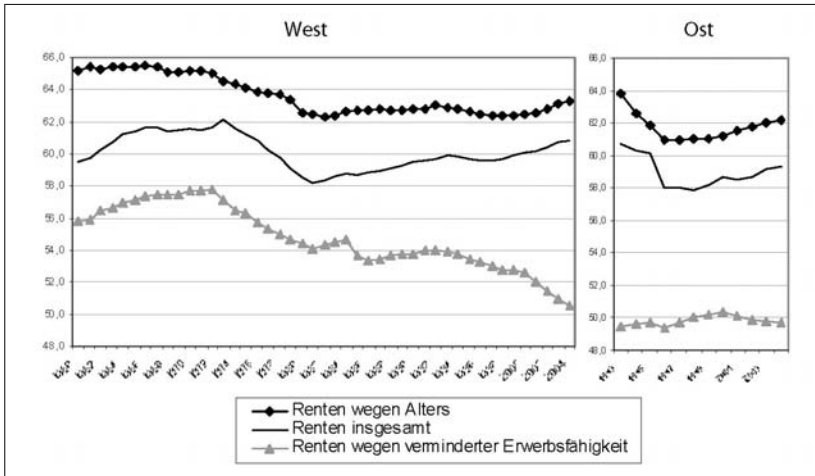
Gleichzeitig sank auch bei den Männern in den 70er Jahren das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei den Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten, da vor allem ältere Versicherte nach 1973 von der Möglichkeit der vorgezogenen Altergrenze ab dem 63. Lebensjahr Gebrauch machten. Bei den Frauen war eine solche Verschiebung in den 70er Jahren nicht zu beobachten. Mit den Änderungen der Mindestbeitragszeiten für die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente im Jahr 1984 kam es dann zu einem deutlichen Absinken des durchschnittlichen Zugangsalters in diese Rentenart, bei gleichzeitigem Rückgang des Anteils der Erwerbsminderungsrenten.

Diese Entwicklung setzte sich in den 80er und 90er Jahren kontinuierlich fort. Es schieden zwar immer weniger über Erwerbsminderungsrenten aus dem Erwerbsleben aus, aber diese dafür in immer jüngerem Alter (vgl. Viebrok 2004).

Der besonders starke Rückgang des durchschnittlichen Zugangsalters der Erwerbsminderungsrenten – von 57,8 Jahren (1983) auf 49,2 Jahre (2004) – (und das auch noch heute etwas niedrigere Eintrittsalter) bei den Frauen ist auf die im Vergleich zu den Männern niedrigere Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Denn für westdeutsche Frauen gilt oft, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (drei Jahre Pflichtbeiträge in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung) aufgrund von Nicht-

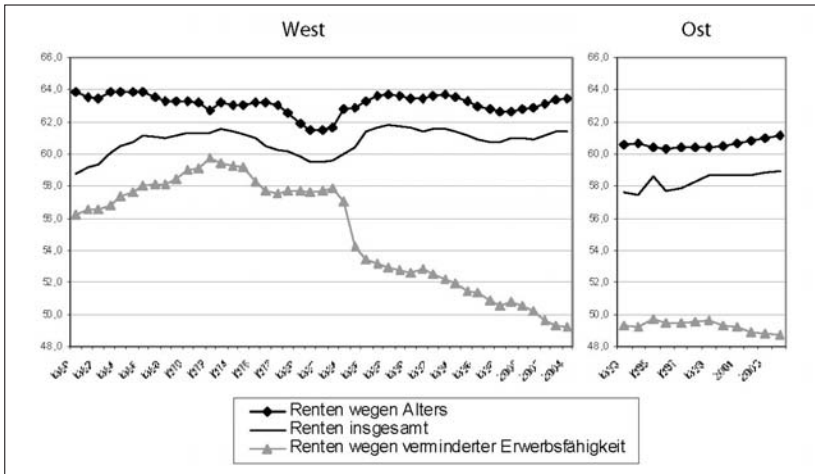
Erwerbsbeteiligung häufig nicht erfüllt sind, so dass für ältere Frauen eine Erwerbsminderungsrente häufig nicht möglich ist (vgl. Sing 2003).

Darstellung 6.7: Entwicklung des Rentenzugangsalters von Männern 1960 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

Darstellung 6.8: Entwicklung des Rentenzugangsalters von Frauen 1960 bis 2004 (Angaben in Prozent)

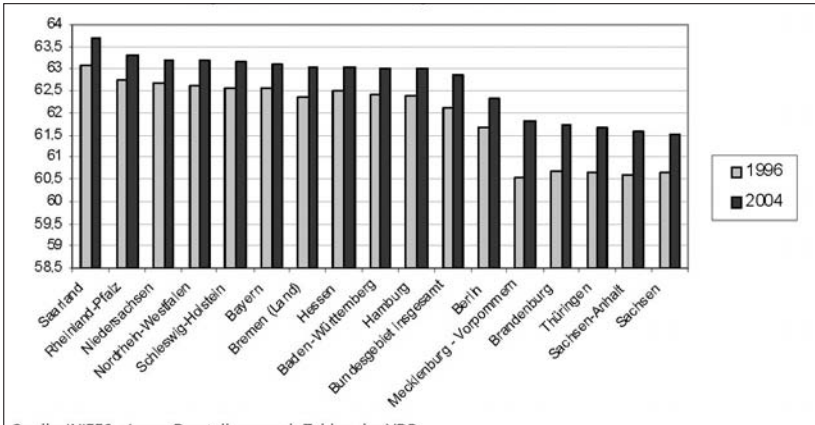


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

Die Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters in den letzten zehn Jahren – der Rückgang zwischen 1993 und 1998 sowie die anschließende Zunahme – war jedoch zum Teil auch demographisch bedingt. In diesem Zeitraum gingen die zahlenmäßig verhältnismäßig starken Geburtenjahrgänge 1939 bis 1943 in Rente, wodurch das Renteneintrittsalter durch die vorzeitigen Renten dieser Kohorten zunächst sank und später wieder anstieg. Fasshauer (2005) schätzt, dass mehr als die Hälfte des Anstiegs im Renteneintrittsalter demographische Ursachen hat. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass ein großer Teil des zunehmenden Rentenzugangsalters eine Reaktion auf die Einführung von Abschlägen darstellt: Alles in allem sind die Entwicklungen der letzten Jahre ein Hinweis darauf, dass Renteneintritte zunehmend auf spätere Lebensjahre verschoben werden, was mit den bei vorzeitigem Renteneintritt greifenden Abschlägen zusammenhängt.

Wie im Bundesdurchschnitt, wo das durchschnittliche Renteneintrittsalter zwischen 1996 und 2004 von rund 59,5 auf knapp 60,4 Jahre gestiegen ist, verzeichnen auch alle Bundesländer in diesem Zeitraum ein zunehmendes Zugangsalter der Neurenten. In den alten Bundesländern hat sich dabei eine recht einheitliche Entwicklung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters nach oben ergeben. Bis auf das Saarland (mit dem bundesweit höchsten Wert von durchschnittlich 63,7 Jahren) sind die Unterschiede im Zugangsalter bei den Altersrenten in den alten Bundesländern sehr gering. Die restlichen Bundesländer lagen im Jahr 2004 innerhalb einer Spanne von 63,0 Jahren in Hamburg bis 63,3 Jahren in Rheinland-Pfalz. In den neuen Bundesländern liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter mit zwischen 61,5 Jahren (Sachsen) und 61,8 Jahren (Mecklenburg-Vorpommern) durchgehend deutlich niedriger, wies aber zwischen 1996 und 2004 einen stärkeren Anstieg auf als im früheren Bundesgebiet (vgl. Darstellung 6.9).

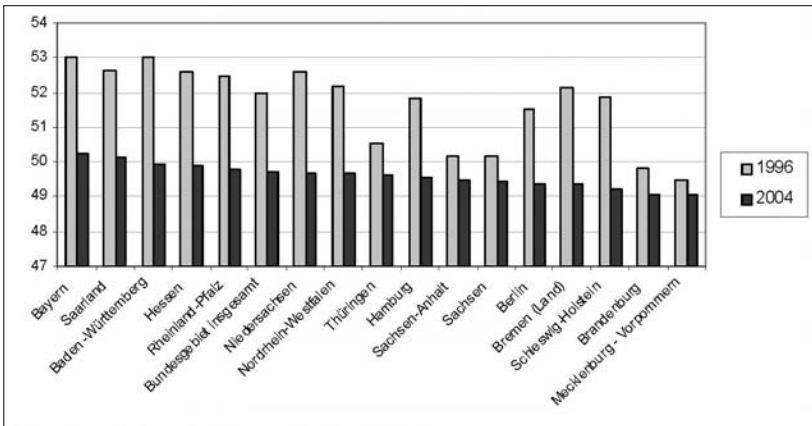
Darstellung 6.9: Durchschnittliches Rentenzugangsalter der Rentenneuzugänge, Renten wegen Alters 1996-2004 (Angaben in Jahren)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Das in den 90er Jahren durchgehend niedrige Zugangsalter bei den Erwerbsminderungsrenten in Ostdeutschland hat vorrangig damit zu tun, dass ältere Erwerbspersonen vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre Ausstiegswege über das Altersübergangsgeld nutzten. Mit ein Grund für den geringen Anteil Älterer an den Renten wegen Erwerbsminderung war auch die bestehende alternative Möglichkeit, in eine Altersrente einzutreten. Gesundheitlich eingeschränkte Personen, die auch eine Altersrente beziehen können, umgehen zu einem Teil mit der Inanspruchnahme einer (vorzeitigen) Altersrente den Anspruchsprozess (Gesundheitsprüfung etc.) der Erwerbsminderungsrente (vgl. Reimann 2003).

Darstellung 6.10: Durchschnittliches Rentenzugangsalter der Rentenneuzugänge, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1996 bis 2004

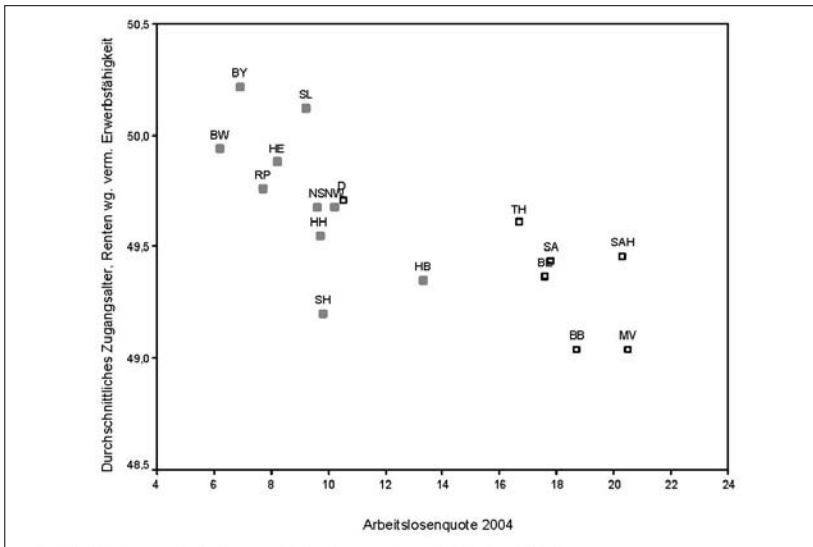


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Zudem ist der starke Rückgang des Zugangsalters bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ebenso wie die niedrigeren Werte in Ostdeutschland auch Ausdruck einer verschlechterten Arbeitsmarktlage, die gesundheitlich Eingeschränkten nur geringe Erwerbsperspektiven bietet (vgl. Bosch 2003). So lassen sich auch die regionalen Unterschiede im Eintrittsalter dieser Rentenart interpretieren.

Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen haben in Regionen mit hoher Beschäftigungslosigkeit weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz als in Bundesländern mit vergleichsweise guter Arbeitsmarktlage. Deswegen hängt auch das durchschnittliche Zugangsalter der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eng mit der Arbeitslosenquote zusammen. Das höchste Eintrittsalter findet sich dementsprechend in Bayern und Baden-Württemberg. Die jeweils niedrigsten Werte weisen in West- und Ostdeutschland jeweils die Länder auf, die in den letzten Jahren einen besonders starken sektoralen Strukturwandel durchschritten haben. Eine solche Entwicklung – mit massiven Ausgliederungen von Beschäftigten des Produzierenden Sektors – verringert für gesundheitliche Eingeschränkte die Chancen, wieder eine Beschäftigung zu finden, wenn zusätzliche Arbeitsplätze (soweit überhaupt) in erster Linie im Dienstleistungsbereich entstehen. Daher ist davon auszugehen, dass in solchen Bundesländern mit hoher Arbeitslosigkeit ein hoher Anteil der Erwerbsminderungsrenten nach der konkreten Betrachtungsweise arbeitsmarktinduziert ist und häufig früher stattfindet.

Darstellung 6.11: Arbeitslosenquote und durchschnittliches Rentenzugangsalter der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 2004



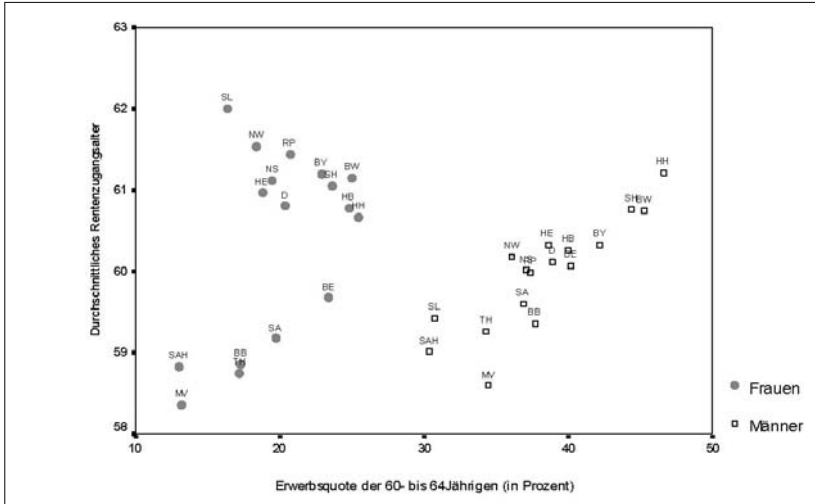
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit und VDR.

6.5 ZUGANGSWEGE IN DEN RENTENBEZUG

Neben dem durchschnittlichen Rentenzugangsalter weist auch die Erwerbsquote Älterer (hier 60- bis 64-Jährige), wie oben schon gezeigt, deutliche regionale Unterschiede auf. Anzunehmen ist, dass eine hohe Erwerbsquote Älterer mit einem überdurchschnittlichen Renteneintrittsalter einhergeht. Für die Männer gilt dieser Zusammenhang sehr deutlich und wenig überraschend, wie die folgende Darstellung zeigt. Interessanter ist das Bild, das der gleiche Befund bei den Frauen in den deutschen Bundesländern zeigt: Hier gilt dies nicht; wenn man die westdeutschen Länder betrachtet, ist sogar eher ein gegenteiliger Zusammenhang der Fall. Das liegt hauptsächlich an der geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen in den alten Bundesländern. Viele Frauen im Westen beantragen die Renten aus der Nichterwerbstätigkeit heraus nach Jahren bzw. Jahrzehnten als Hausfrauen. Für die westdeutschen Länder gilt, dass die in dieser Personengruppe niedrigen Rentenansprüche als finanzieller Anreiz wirken, den Rentenaustritt hinauszuschieben. Dass sich industriell geprägte Bundesländer im Bild links oben finden, bestätigt dieses Bild noch, da in Regionen mit einem Schwerpunkt des Produzierenden

Gewerbes das klassische männliche Familiernährermodell weiter verbreitet war (und ist) als etwa in Dienstleistungsregionen.

Darstellung 6.12: Erwerbsquoten der 60- bis 64-Jährigen und durchschnittliches Rentenzugangsalter nach Geschlecht in den Bundesländern, 2004



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus) und Zahlen des VDR.

Die bisher vorgestellten Daten lassen – mit der Ausnahme der Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit, bei der sich der Status vor Renteneintritt aus den Zugangsvoraussetzungen dieser Rentenart ergibt – noch keine Aussage über den genauen Verlauf der Altersübergänge zu, d.h. ob diejenigen Personen beispielsweise bis unmittelbar vor dem Rentenzugang beschäftigt waren. Aufschluss darüber gibt die Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund, die für Neurentner den Versichertenstatus am 31.12. vor dem Leistungsfall wiedergibt.

Im Jahr 2005 wechselte bundesweit weniger als jeder fünfte Rentenzugang unmittelbar aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung in die Altersrente.³⁰ Dieser Anteil unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschland nur geringfügig. Etwa 22 Prozent befanden sich am 31.12. vor dem Rentenzugang in einer

30 Streng genommen wird der unmittelbare Übergang nicht erfasst. Da die Rentenzugänge sich aufs ganze Kalenderjahr errechnen, die Herkunft sich aber auf den 31.12. bezieht, kann noch eine Spanne dazwischen liegen.

Phase der registrierten oder verdeckten Arbeitslosigkeit (in die Kategorie der SGB III-Leistungen fallen neben den registrierten Arbeitslosen auch die Personen mit erleichtertem Leistungsbezug nach § 428 SGB III). Zusätzliche 10 Prozent beantragten die Renten nach Altersteilzeitarbeit (meistens mit einer Freistellungsphase vor dem Renteneintritt). Zusammengerechnet wechselte somit etwa jeder Dritte der Rentenzugänge 2005 aus einer SGB III-Leistung oder aus dem Vorruhestand bzw. aus Altersteilzeit in den Ruhestand. In den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil sogar mehr als die Hälfte.

Darstellung 6.13: Versicherungsstatus vor Rentenbeginn, Zugänge in Altersrenten 2005

	Insgesamt	West und Ausland		Ost	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
versicherungspflichtig beschäftigt	17,5	18,8	16,3	17,3	17,4
Altersteilzeitarbeit	10,4	14,2	6,1	11,3	13,9
arbeitslos, SGB III-Leistung	21,8	22,6	11,4	50,4	41,9
Freiwillig Versicherte/ Selbständige/ Krankengeldbezieher	4,5	5,4	3,8	5,1	2,7
Sonst. Zeiten, z.B. Anrechnungszeit	9,6	5,2	13,9	6,2	13,2
Passiv Versicherte	36,2	33,8	48,5	9,7	11,0

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund 2006.

Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rente sind bei Männern und Frauen unterschiedlich strukturiert. In den alten Bundesländern sind Männer etwas häufiger als Frauen bis zur Altersrente versicherungspflichtig beschäftigt. Sie sind vor dem Renteneintritt aber auch etwa doppelt so häufig arbeitslos. Da sich unter den westdeutschen Männern erheblich mehr in Altersteilzeit befinden bzw. befanden als Frauen, findet sich auch unter den Rentenzugängen ein höherer Anteil derjenigen, die aus einer solchen Maßnahme in den Ruhestand wechseln.

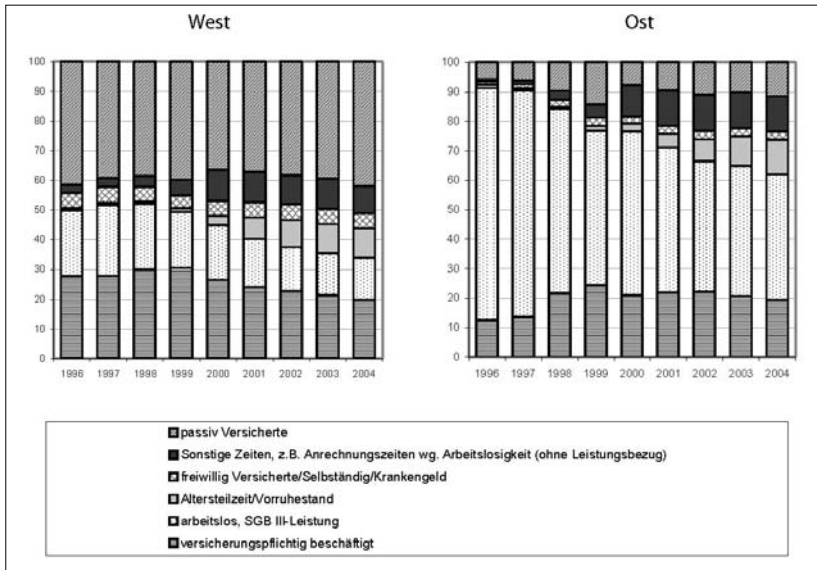
Von den Frauen im früheren Bundesgebiet war ein großer Teil vor dem Rentenzugang passiv versichert. Dies sind in erster Linie Personen, deren Versicherungszeit schon länger zurückliegt, die sich also in der zweiten Phase des Erwerbslebens vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und vor allem aus dem Status der Hausfrau in den Ruhestand eintreten.³¹ Aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen spielen derartige Erwerbsbiographien und somit auch die Renteneintritte von passiv Versicherten im Osten nur eine geringere Rolle. Hinzu kommt die geringere Zahl an Selbständigen in den neuen Bundesländern (vgl. Reimann 2003), die, wenn sie früher in ihrem Erwerbsleben schon einmal eine versiche-

31 Dass auch von den westdeutschen Männern verhältnismäßig viele vor dem Renteneintritt passiv versichert waren, liegt zu einem großen Teil an den hier mit einbezogenen Auslandsrenten.

rungspflichtige Beschäftigung ausübten (und somit Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben haben), ebenfalls in der Kategorie der passiv Versicherten auftauchen.

Die Entwicklung der Rentenzugänge im Zeitverlauf zeigt, dass der Anteil der Personen, die direkt aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung in den Ruhestand wechseln, seit 1999 leicht zurückgegangen ist. Die Zugänge aus Altersteilzeit nehmen dagegen seit dem Jahr 1999 kontinuierlich zu, was natürlich einerseits damit zusammenhängt, dass mit dem 1996 eingeführten Instrument diese Rentenzugänge frühestmöglich erst ab 1999 stattfinden. Allerdings belegt die Darstellung, dass die Bedeutung der Altersteilzeit als Brücke zum Rentenbezug seitdem stark an Bedeutung gewonnen hat, insbesondere nach 2001, als die Rentenreformen Wirkung zeigten und Abschlüsse wirksam wurden (vgl. OECD 2005).

Darstellung 6.14: Versicherungsstatus am 31.12. des Jahres vor dem Leistungsfall, Altersrentenzugänge 1996 bis 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach VDR.

Insgesamt ist zu beobachten, dass der Anteil der Personen, die aus (registrierter) Arbeitslosigkeit oder einer Form des Vorruhestands (wie Altersteilzeit oder nach § 428 SGB III) in die Renten wechseln, seit der Jahrtausendwende sogar wieder geringfügig zugenommen hat.

Dementsprechend ist auch der Anstieg des Anteils der Altersrenten mit 65 in den letzten Jahren kein Hinweis auf eine zunehmende Beschäftigung im Alter. Die Zugänge in Regelaltersrenten wechseln, wie erwähnt, in der Mehrzahl nicht aus versicherungspflichtiger Beschäftigung in den Ruhestand. Im früheren Bundesgebiet waren die Neuzugänge in Regelaltersrenten vor allem passiv Versicherte (71,5 Prozent), d.h. zu einem großen Teil sind dies Personen, deren Erwerbstätigkeit schon länger zurückliegt³². Bezogen auf alle Neueintritte in eine Regelaltersrente im Jahr 2004 betrug der Anteil derjenigen, die ihren letzten Versicherungsbeitrag vor mehr als 20 Jahren entrichteten, 49 Prozent. Hier spiegelt sich wider, dass die Regelaltersrente in den alten Bundesländern vor allem von Frauen genutzt wird, die in ihrer zweiten Lebenshälfte nicht oder nicht ausreichend erwerbstätig waren, um die Voraussetzungen für die Frauenaltersrente zu erfüllen (vgl. Büttner/Knuth/Wojtkowski 2005).

Im Osten macht dagegen der Anteil derjenigen, die ihren letzten Beitrag vor mehr als 20 Jahren entrichtet haben, nur etwa ein Zehntel der Zugänge in die Regelaltersrente aus. Passiv Versicherte, deren letzter Beitrag noch nicht so lange zurücklag (was aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen auch sehr viel seltener vorkommt), nehmen in den neuen Bundesländern eher die Rente für langjährige Versicherte in Anspruch.

Aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern machen die Altersteilzeitfälle unter den Zugängen in die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit einen geringeren Anteil aus als im Westen. Zwischen 2000 und 2004 nahm der Anteil derjenigen, die aus Altersteilzeit in diese Rentenart wechselten, in beiden Landsteilen stetig zu: Im Osten von 4,5 Prozent auf 14,5 Prozent, im Westen von 10,5 Prozent auf etwa 40 Prozent. Allerdings wird die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit – wie oben gezeigt – in erster Linie von Männern genutzt. Arbeitslose Frauen nehmen im Osten ebenso wie im Westen überwiegend die Altersrente für Frauen in Anspruch.

32 Zum Teil finden sich hierunter auch Personen in einer rentennah nicht versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit wie etwa Beamte, Selbständige oder mithelfenden Familienangehörige.

Darstellung 6.15: Versicherungsstatus am 31.12. des Jahres vor dem Leistungsfall nach Rentenarten, Rentenzugang 2004 (Angaben in Prozent)

Früheres Bundesgebiet								
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters								
	insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Altersrenten					
			insgesamt	Regelaltersrenten	für Schwerbehinderte	wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit	für langjährige Versicherte	für Frauen
versicherungspflichtig beschäftigt	24,5	47,7	19,8	9,7	36,2	3,2	47,9	36,2
arbeitslos, SGB III-Leistung	16,3	27,1	14,2	2,2	23,9	44,9	4,4	22,6
Altersteilzeit/Vorruhestand	8,3	0,4	9,9	0,3	13,9	39,7	3,8	13,4
freiwillig Versicherte/Selbständig/Krankengeld	4,8	3,4	5,1	7,0	4,3	0,4	8,4	2,5
Sonstige Zeiten, z.B. Anrechnungszeiten wg. Arbeitslosigkeit (ohne Leistungsbezug)	9,8	12,6	9,2	9,3	13,2	8,0	5,0	10,2
passiv Versicherte	36,3	8,8	41,8	71,5	8,3	3,9	30,5	15,1

Neue Länder und Ostteil Berlins								
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters								
	insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Altersrenten					
			insgesamt	Regelaltersrenten	für Schwerbehinderte	wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit	für langjährige Versicherte	für Frauen
versicherungspflichtig beschäftigt	23,0	37,5	19,3	24,7	26,4	4,9	46,6	20,6
arbeitslos, SGB III-Leistung	42,9	43,9	42,7	4,1	33,9	69,4	10,7	44,3
Altersteilzeit/Vorruhestand	9,4	0,4	11,7	12,5	7,6	14,4	3,9	12,0
freiwillig Versicherte/Selbständig/Krankengeld	2,8	2,5	2,9	6,8	4,0	0,3	8,0	2,2
Sonstige Zeiten, z.B. Anrechnungszeiten wg. Arbeitslosigkeit (ohne Leistungsbezug)	12,0	12,1	12,0	11,9	19,2	9,3	6,2	13,4
passiv Versicherte	9,9	3,5	11,5	40,1	8,8	1,7	24,7	7,5

Anm.: Prozente spaltenweise.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach VDR.

Hohe Anteile der Zugänge aus versicherungspflichtiger Beschäftigung sind bei beiden Geschlechtern in den Bundesländern mit vergleichsweise guter Arbeitsmarktlage (für Ältere) zu finden (in Baden-Württemberg) sowie in den Stadtstaaten, in denen ein ausgeprägter Dienstleistungssektor in Zusammenhang mit einer überdurchschnittlichen Qualifikationsstruktur Voraussetzungen bilden, die für einen etwas größeren Anteil der Älteren noch eine vergleichsweise gute (bzw. nicht ganz so schlechte) Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Im Saarland ist der höchste Anteil der Zugänge von passiv Versicherten sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu beobachten. Das korrespondiert auch mit den

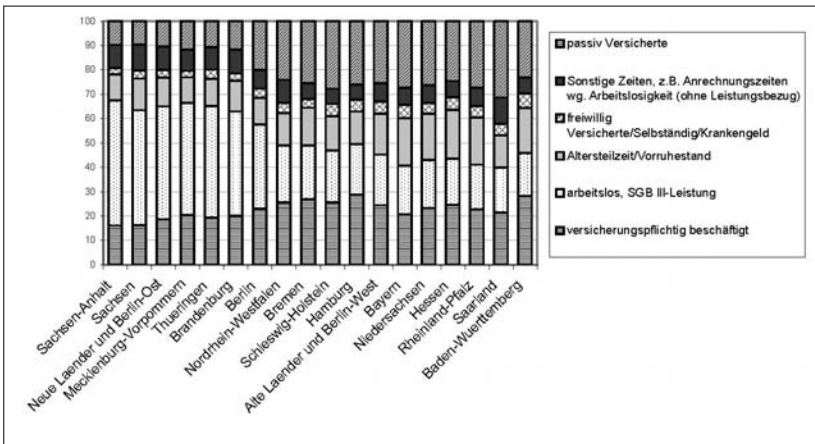
bei beiden Geschlechtern äußerst niedrigen Erwerbsquoten Älterer. Gleichzeitig ist bei den Frauen auch der Anteil derjenigen, die unmittelbar vor dem Rentenzugang versicherungspflichtig beschäftigt waren, mit nur 13 Prozent der niedrigste in Deutschland.

Altersteilzeit bzw. Vorruhestand als Zugangsweg in die Renten nimmt bei den Männern in den alten Bundesländern eine große Bedeutung ein. Darunter gibt es Länder, die sich durch eine relativ starke Nutzung der Altersteilzeitregelung auszeichnen, wie Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen. In diesen Ländern war etwa jeder Fünfte am 31.12. des Jahres vor dem Renteneintritt in Altersteilzeit.

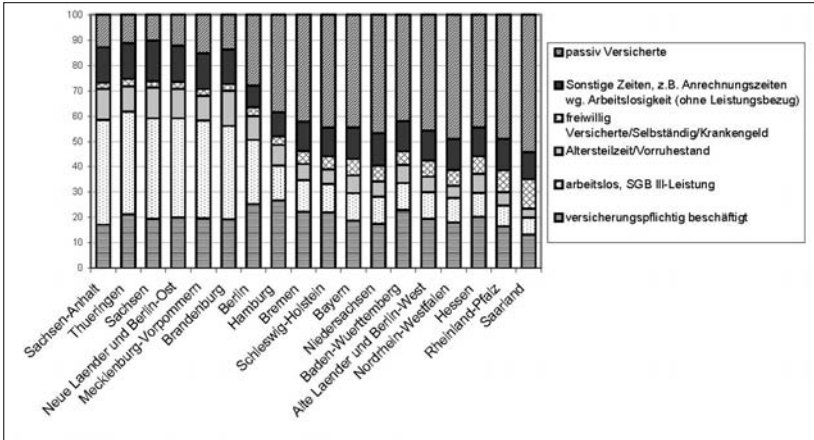
Berücksichtigt werden muss auch, dass in den westdeutschen Bundesländern ein größerer Anteil der Rentenzugänge vor dem Rentenbezug selbständig oder freiwillig versichert war, was natürlich damit zusammenhängt, dass diese Beschäftigungsform im Osten nach wie vor nur gering verbreitet ist.

**Darstellung 6.16: Versichertenstatus vor Rentenzugang, Altersrenten 2004
(Angaben in Prozent)**

Männer



Frauen



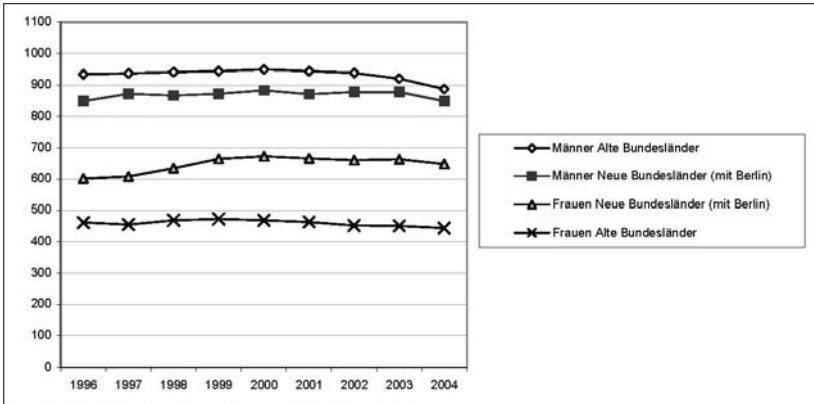
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

6.6 ENTWICKLUNG UND HÖHE DER RENTENZAHLBETRÄGE

Seit 2001 sinkt in den westdeutschen Bundesländern (im gesamtdeutschen Durchschnitt, seit dem Jahr 2000) der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der Neurenten.

Insgesamt liegen die Rentenzahlbeträge der Männer über den Neurenten der Frauen, da sie im Durchschnitt längere Beitragsdauern, höhere Einkommen und kontinuierlichere Erwerbsbiographien aufweisen. Im Osten ist dieser Abstand aufgrund der höheren Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern etwas weniger groß. Die Zahlbeträge der weiblichen Neurentner sind hingegen aufgrund der längeren bzw. kontinuierlichen Erwerbsbiographien in den neuen Bundesländern erheblich höher als in Westdeutschland.

Darstellung 6.17: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurentner insgesamt 1996-2004 (in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Die Folge der Einführung von versicherungsmathematischen Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist auf der einen Seite die oben gezeigte Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters der Altersrenten nach oben, was zeigt, dass die Versicherten auf die Abschläge mit einem Aufschieben des Rentenbeginns reagieren (vgl. Ruland 2005). Trotz des Anstiegs des Renteneintrittsalters hatten die versicherungsmathematischen Abschläge (und anderer Veränderungen durch die Rentenreformen seit 1992) zur Folge, dass der durchschnittliche Rentenzahlbetrag aller Neurentner seit einigen Jahren rückläufig ist³³.

In den letzten Jahren nahm der Anteil der Neurentner zu, die einen Abschlag auf ihre Altersrente in Kauf nehmen müssen. Im Rentenzugang des Jahres 2001 betrug dieser Anteil noch ca. 33 Prozent (vgl. Reimann 2003), 2005 betraf dies schon etwas mehr als die Hälfte der Neurentner, mit enormen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Darstellung 6.18).

33 Neben den politischen Reformen im Bereich der Alterssicherung spielen für die rückläufigen Rentensprüche der Neurentner sicher auch die zunehmend instabilen Erwerbsbiographien eine Rolle. Arbeitslosigkeitsepisoden wirken sich ebenso wie Phasen der Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung negativ auf die Rentenansprüche aus.

Darstellung 6.18: Wirkung der Abschläge im Rentenzugang 2005, Versichertenrenten insgesamt (Angaben in Prozent)

	Insgesamt	West und Ausland		Ost	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
mit Abschlägen	50,7	51,5	39,5	73,9	75,7
Vertrauensschutz, ohne Abschläge	4,7	7,3	2,1	6,1	2,4
Nichtbetroffene oder "Aufschieber"	44,7	41,1	58,3	20,0	21,9

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach DRV 2006.

Differenzierte Angaben zur Wirkung der Abschläge nach Rentenarten lassen zudem vermuten, dass die Versicherten je nach Geschlecht, Qualifikation, Region, Betriebsgröße etc. sehr unterschiedlich auf die Abschläge reagieren.

Die durchschnittlich meisten Abschlagsmonate und damit die höchsten Abschläge finden sich bei den vorgezogenen Renten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit (vgl. Darstellung 6.19). Dies liegt (neben der Tatsache, dass bei dieser Rentenart in den hier betrachteten Jahren die volle Zahl der Abschlagsmonate schon erreicht werden konnte) auch daran, dass die Renten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit trotz der Abschläge vor allem bei Männern noch die relativ höchsten Zahlbeträge aufweisen (vgl. Kistler 2005). Dies ist ein Hinweis darauf, dass mit dieser Rentenzugangsart starke Selektionseffekte verbunden sind. Die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit wird zum Großteil von Personen mit höheren Einkommen und/oder langen Erwerbsbiographien und dementsprechend höheren Rentenansprüchen genutzt (vgl. Darstellungen A.11 bis A.14 im Anhang). Offensichtlich sind dies in der Tendenz Personen, die es sich leisten können, auch unter Inkaufnahme von Abschlägen, auf diesen Wegen relativ früher in Rente zu gehen und auf dem Weg dahin (mit Arbeitslosengeld bzw. teilweiser Subventionierung von Altersteilzeit) Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen (vgl. Conrads u. a. 2005).

Darstellung 6.19: Renten mit Abschlägen im Rentenzugang 2003 der GRV-Deutschland, Männer und Frauen

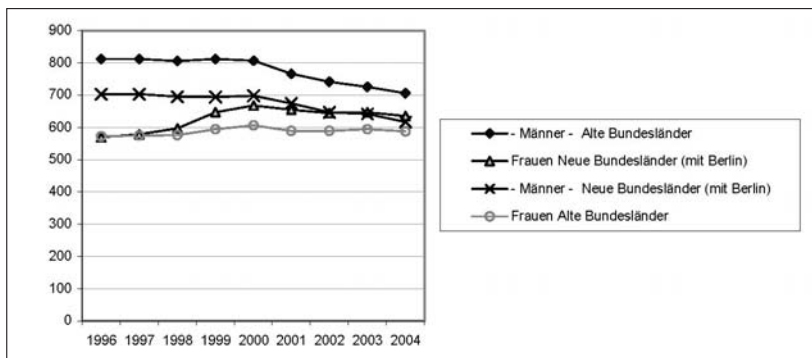
	Altersteilzeit				Renten wg. vermindertener Erwerbstätigkeit
	wegen Arbeitslosigkeit/ Altersteilzeitarbeit	für Frauen	für langjährig Versicherte	für schwerbehinderte Menschen	
Fallzahl	85.829	128.596	52.192	11.476	158.866
Ø Abschlagsmonate	47,8	34,5	16,8	21,7	23,5
Ø Abschlag in Prozent	14,3%	10,3%	5,0%	6,5%	7,1%
Ø Abschlag in €	173,72 €	78,33 €	50,69 €	64,77 €	54,51 €
Ø Zahlung in €	959,94 €	627,57 €	885,03 €	861,97 €	664,14 €

Quelle: Ruland 2005: 41.

Vergleichsweise niedrige Zahlbeträge verzeichnen bei den Männern die Neuzugänge in Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Das liegt nicht in erster Linie an dem niedrigen durchschnittlichen Zugangsalter, sondern vor allem daran, dass die Zugänge in Erwerbsminderungsrenten bei den Männern überwiegend Tätigkeiten auf geringem Qualifikationsniveau mit niedrigen Einkommen ausübten, wobei die durchschnittliche Zahl der Entgeltpunkte bei den männlichen Zugängen dieser Rentenart in den letzten Jahren sogar deutlich gesunken ist (vgl. Darstellung A.11 im Anhang). Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bilden damit gewissermaßen die Kehrseite der oben geschilderten selektiven Zugänge in die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit. So weichen Personen mit höheren Rentenansprüchen offensichtlich häufig auf andere Wege des Altersübergangs aus, etwa in den Vorruhestand bzw. Altersteilzeit mit anschließendem Bezug einer Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit (vgl. Viebrok 2004). Für Personen mit niedrigen Einkommen und daraus resultierenden geringen Rentenansprüchen besteht diese Möglichkeit überwiegend nicht; sie stehen vor der Alternative Weiterarbeit auch bei häufig eingeschränkter Gesundheit (wenn und wo dies überhaupt möglich ist) oder vorzeitige Berufsaufgabe bei gleichzeitiger Inkaufnahme finanzieller Einbußen (vgl. Bäcker 2006).

Die Zahlbeträge der neuen Erwerbsminderungsrenten sind aufgrund dieser Entwicklung in den letzten Jahren bei den Männern deutlich gesunken. Bei Frauen sind die Rentenzugänge in Erwerbsminderungsrenten aufgrund der Zugangsvoraussetzungen überwiegend Personen mit vergleichsweise langen Versicherungszeiten.

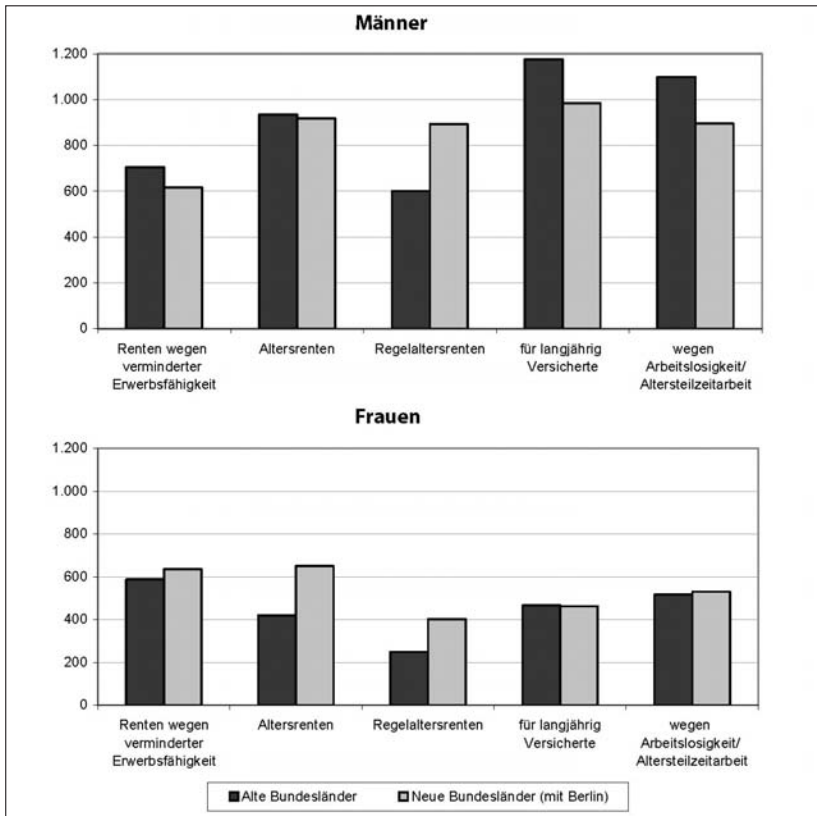
Darstellung 6.20: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1996-2004 (in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Die mit Abstand niedrigsten Zahlbeträge in Westdeutschland finden sich bei den Neuzugängen in die Regelaltersrente, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Das ist darauf zurückzuführen, dass dies häufig Personen sind, die nur kurze Beitragszeiten (z. T. auch wegen längeren Zeiten der nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung) und/oder geringe Einkommen aufweisen (vgl. Darstellungen A.11 bis A.14 im Anhang) und sich daher einen früheren Renteneintritt vielfach nicht leisten können (vgl. Bosch 2003).

Darstellung 6.21: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurenten nach Rentenarten 2004 (in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Die Betrachtung der Rentenzahlbeträge nach Zugangswegen unterstreicht die oben genannte Vermutung der stark selektiven Nutzung der Altersteilzeit als

Übergangsweg in den Ruhestand. Die aus Altersteilzeitarbeit in die Renten wechselnden Personen haben zumindest im Westen mit die höchsten Rentenzahlbeträge vorzuweisen.

Eine etwas andere Funktion nimmt die Altersteilzeit offenbar für einen Teil der Versicherten in Ostdeutschland ein: Dort liegt der Zahlbetrag der neuen Rentenzugänge nach Altersteilzeit bzw. Vorruhestand in eine Regelaltersrente deutlich niedriger als in den alten Bundesländern. Im Osten beträgt der Anteil dieses Zugangsweges immerhin ein Achtel aller Regelaltersrenten, während die Bedeutung im früheren Bundesgebiet nur marginal ist. Der Anteil derjenigen, die erst relativ spät aus Altersteilzeit in Rente gehen, liegt somit in den neuen Bundesländern höher als bei jenen im alten Bundesgebiet. Offenbar wird dieser Weg angesichts schlechter Arbeitsmarktchancen im Osten von den Versicherten eher als Möglichkeit genutzt, den Renteneintritt nach hinten zu verschieben, um damit Rentenabschläge zu vermeiden (vgl. Thiede 2005).

Darstellung 6.22: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Rentenzugänge 2004 nach Rentenart und Versichertenstatus vor Leistungsbeginn (in Euro)

	Früheres Bundesgebiet							
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters							
	insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Alterrenten					
insgesamt			Regelaltersrenten	für langjährige Versicherte	für Schwerbehinderte	wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit	für Frauen	
versicherungspflichtig beschäftigt	867	715	940	890	1.294	1.075	1.214	660
arbeitslos, SGB III-Leistung	776	600	843	606	1.081	950	994	607
Altersteilzeit/Vorruhestand	1.108	818	1.110	1.241	1.399	1.167	1.220	795
freiwillig Versicherte/Selbständig	549	547	549	464	728	706	963	545
Anrechnungszeitversicherte	660	541	676	342	606	817	911	541
passiv Versicherte	290	322	289	254	490	684	1.044	395

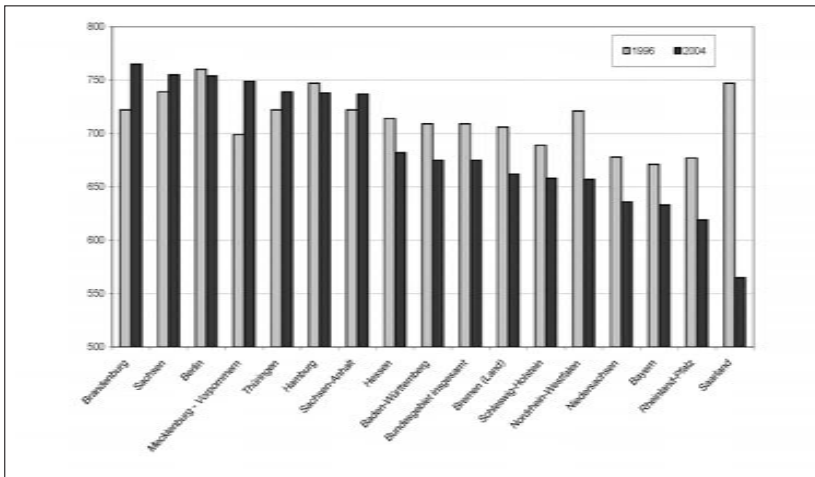
	Neue Länder							
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters							
	insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Alterrenten					
insgesamt			Regelaltersrenten	für langjährige Versicherte	für Schwerbehinderte	wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit	für Frauen	
versicherungspflichtig beschäftigt	843	669	930	1208	1.089	939	969	749
arbeitslos, SGB III-Leistung	727	589	763	843	913	838	850	649
Altersteilzeit/Vorruhestand	979	730	981	956	1.111	990	1.111	873
freiwillig Versicherte/Selbständig	736	514	793	879	795	729	827	663
Anrechnungszeitversicherte	625	551	632	332	672	761	747	563
passiv Versicherte	605	570	606	534	757	748	788	589

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach VDR.

Die gezeigte Entwicklung der sinkenden Rentenzahlbeträge der Neurenten gilt für fast alle Bundesländer. Während durchgehend alle Bundesländer einen deutlichen Anstieg des Durchschnittsalters der Rentenzugänge verzeichneten, ist in den westlichen Ländern in den letzten Jahren ein Absinken der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge zu beobachten (vgl. zur zeitlichen Entwicklung insgesamt nochmals Darstellung 1.4). In geringerem Ausmaß gilt das auch für die neuen Bundesländer, für die der durchschnittliche Rentenbetrag der Rentennewuzugänge zwar im Jahr 2004 immer noch über dem Niveau von 1996 liegt; auch hier ist jedoch am aktuellen Rand (seit etwa 2001) ein Rückgang zu beobachten.

Darüber hinaus fällt auf, dass in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg der Rückgang der Neurenten nur gering ausfällt. Dies liegt in diesen Bundesländern vorrangig an der hohen Beschäftigungsquote Älterer, infolgedessen waren Neurentner der letzten Jahre dort in geringerem Maße von den Abschlügen betroffen.

Darstellung 6.23: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurenten insgesamt in den Bundesländern 1996 und 2004 (in Euro)



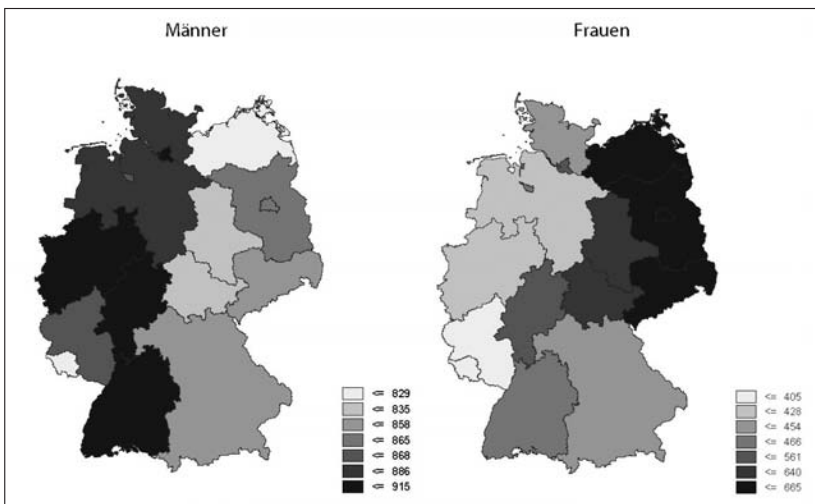
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Bei den Rentenzahlbeträgen der Männer finden sich die neuen Bundesländer in der unteren Hälfte, was in erster Linie auf die seit der Wiedervereinigung anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie damit in Zusammenhang stehend den früheren Renteneintritt der ostdeutschen Männer zurückzuführen ist. Allerdings zeigen sich bei den westdeutschen Bundesländern recht überraschende Befunde: Bayern bei-

spielsweise weist trotz der vergleichsweise guten Arbeitsmarktlage und eines relativ späten Renteneintritts der Männer im gesamten Zeitraum zwischen 1996 und 2003 durchgehend die niedrigsten Rentenzahlbeträge der Neurenten unter den alten Bundesländern auf. In 2003 waren die Durchschnittsbeträge bei den Männern bundesweit nur in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen geringer als im Freistaat.

Bei den – deutlich niedrigeren – durchschnittlichen Neurenten der Frauen zeigt sich erwartungsgemäß ein großer Ost-West-Unterschied. In den neuen Bundesländern liegen die Zahlbeträge durchgängig höher als in den alten Bundesländern. Im Westen gehen diese Jahresdurchschnitte der Neurenten seit 1999/2000 zurück. Im Osten ist dies seit 2001/2002 der Fall.

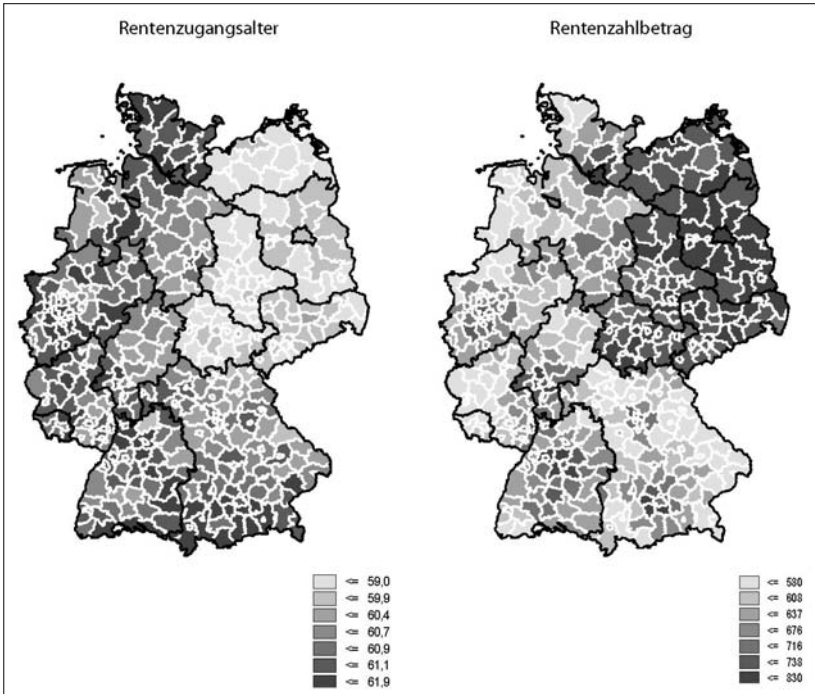
Darstellung 6.24: Durchschnittliche Rentenzahlbeträge 2004 (Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Auch hier wollen wir in diesem auf die Ebene der Bundesländer abgestellten Bericht nur ein Beispiel einer kleinräumigeren Differenzierung ausführen (vgl. Darstellung 6.25) – auch um die prinzipiellen Informationsmöglichkeiten aufzuzeigen, sowohl für die Praxis wie für künftige wissenschaftliche Analysen.

Darstellung 6.25: Durchschnittliches Rentenzugangsalter und durchschnittlicher Zahlbetrag der neuen Versichertenrenten 2004



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen des VDR.

Die aufgezeigten regionalen Unterschiede resultieren dabei aus einer Vielzahl von Einflussfaktoren. Sie dürfen daher auch nicht eindimensional verkürzt werden. So resultiert ein guter Teil des Vorsprungs der Kreise in den neuen Bundesländern bei den Rentenzahlbeträgen aus der bekanntermaßen früher stärkeren Frauenerwerbstätigkeit – gleichzeitig sind im Westen zusätzliche Alterseinkünfte deutlich weiter verbreitet (allerdings verfügen auch dort viele Rentner über keine oder nur geringe Zusatzeinkünfte). Eine große Rolle spielen auch wirtschaftshistorische Unterschiede oder regionale Spezifika wie erwerbsbiographische Wechsel im Versicherungsstatus bzw. zwischen beruflichen Stellungen.

Dennoch ist eine solche Betrachtung – unter Berücksichtigung der genannten Punkte – unverzichtbar bzw. könnte z. B. künftig für die regionale Sozialberichterstattung eine große Bereicherung darstellen. Auch für künftige Analysen des Rentenübergangsgeschehens und seiner Veränderungen dürfte in solchen Differen-

zierungen, ergänzt um die nachfolgend kurz skizzierte berufliche bzw. branchenspezifische Differenzierung, ein viel versprechender Ansatz liegen.

7. BERUFLICHE STRUKTUREN DER BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT ÄLTERER

Neben der notwendigen kleinräumigeren Analyse der in diesem Bericht vorgestellten Ergebnisse³⁴ stellt die Gliederung nach Berufsgruppen eine weitere fruchtbare Möglichkeit der Differenzierung dar. Insbesondere die gleichzeitige Betrachtung von Region und Wirtschafts- bzw. Berufsstrukturen stellt bislang noch ein sehr wenig beachtetes Feld dar. Im Folgenden werden hierzu einige exemplarische Ergebnisse vorgestellt, die zeigen, dass hier noch erheblicher Forschungsbedarf besteht. Nicht zuletzt für die praktische Umsetzung von Maßnahmen altersgerechten Arbeitens, für die Auswahl und Implementation sogenannter Best-Practice-Beispiele usw. ist die Kenntnis der Situation nach Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen, Betriebsgrößen etc. unerlässlich.

7.1 ALTERSSTRUKTUR DER BESCHÄFTIGTEN NACH BERUFEN

Die Altersstruktur der Beschäftigten stellt sich nach Berufen bzw. Tätigkeiten sehr unterschiedlich dar. In Darstellung 7.1 wird die Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für die Berufsgruppen mit den höchsten und niedrigsten Anteilen an 55- bis 64-Jährigen in Deutschland für das Jahr 2004 wiedergegeben.

Unter den Berufsgruppen mit relativ hohen Anteilen an Älteren findet sich vor allem eine Reihe von akademischen Berufen. Diese Berufe (z. B. Abgeordnete/administrative Entscheidungsträger; Seelsorger) zeichnen sich zudem in der Regel durch geringere körperliche Belastungen und höhere Ressourcenausstattung (z.B. selbstbestimmte Einteilung der Arbeit) aus. Daneben finden sich aber auch Berufe, bei denen die »Überalterung« mit dem Beschäftigungsabbau in Strukturkrisen (bzw. mit den damit verbundenen wenigen Neueinstellungen) zu erklären ist, wie vor allem im Textilgewerbe.

34 Für die Smart Region-Modellregionen wurden bzw. werden diese Informationen in diversen Publikationen und einer Reihe von Arbeitspapieren bereitgestellt, die im Internet verfügbar sind.

Unter den Berufen mit niedrigem Anteil Älterer finden sich vor allem solche Tätigkeiten, die mit hohen körperlichen Belastungen verbunden sind – allen voran die Bergbauberufe. Insbesondere die Bauberufe weisen einen sehr niedrigen Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf. Diese niedrigen Anteile Älterer sind in diesen Berufen das Resultat »begrenzter Tätigkeitsdauern«; aufgrund der Arbeitsbedingungen ist ein vorzeitiger Beschäftigungsaustritt in diesen Tätigkeiten »üblich« (neben den Zimmerern/Dachdeckern/Gerüstbauern betrifft dies z. B. auch Tischler und Bauausstatter).

Allerdings wird auch deutlich, dass es nicht ausschließlich Berufe sind, denen in der Fachdiskussion üblicherweise hohe körperliche Belastungen zugeschrieben werden, die einen niedrigen Anteil Älterer aufweisen. Über diese hinaus gibt es eine Reihe weiterer, bisher wenig beachteter Problembereufe: Es fällt z. B. auf, dass unter den Berufen mit geringen Anteilen der 55- bis 64-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einige Berufe aus dem Bereich Ernährung und Gastgewerbe zu finden sind (z. B. Back-/Konditorwarenhersteller und Gästebetreuer). Zudem beschränken sich die Berufe mit begrenzter Tätigkeitsdauer nicht ausschließlich auf Berufsgruppen des Produzierenden Gewerbes. Der geringe Anteil Älterer bei den Gesundheitsdienstberufen weist einerseits auf hohe Belastungen im Pflegebereich hin, andererseits scheint dies aber – ebenso wie bei den Körperpflegern (dies sind vor allem Friseure) – vor allem geschlechtsspezifisch bedingt zu sein.

Darstellung 7.1: Die jeweils 20 Berufsgruppen mit den höchsten und niedrigsten Anteilen von 55- bis 64-Jährigen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland 2004 nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)

	15-24Jährige	25-34Jährige	35-44Jährige	45-54Jährige	55-64Jährige
79 Dienst-, Wachberufe	4,6	13,5	27,5	33,1	21,3
89 Seelsorger	1,8	13,9	33,3	30,9	20,0
76 Abgeordnete	1,9	21,2	29,7	29,5	17,7
97 Mithelfende Familienangehörige	12,9	13,7	27,5	28,8	17,0
87 Lehrer	3,2	21,7	27,4	31,0	16,6
93 Reinigungsberufe	4,8	14,3	30,9	34,3	15,7
03 Verwalter, Berater (Landw.)	2,7	15,1	36,4	30,1	15,7
35 Textilverarbeiter	8,4	13,9	28,9	33,6	15,2
72 Wasser- und Luftverkehr	6,3	21,5	32,2	25,4	14,6
92 Hauswirtschaftliche Berufe	9,1	13,9	29,9	32,8	14,3
62 Techniker	3,0	17,3	37,0	28,4	14,3
75 Unternehmer, Wirtschaftsp.	5,5	21,6	33,9	24,8	14,1
34 Textilhersteller	10,7	17,6	32,0	26,3	13,4
61 Chemiker, Physiker, ...	0,9	24,4	36,6	24,8	13,3
33 Spinnberufe	5,6	16,1	33,5	31,6	13,3
54 Maschinisten, zugeh. Berufe	3,8	15,3	36,1	31,5	13,2
82 Dolmetscher, Bibliothekare	3,9	21,3	35,1	26,6	13,1
36 Textilveredler	9,1	16,7	33,7	27,4	13,1
71 Landverkehr	3,8	18,4	35,0	29,9	12,9
24 Metallverbinde	4,8	17,2	34,7	30,4	12,8
26 Feinblechner, Installateure	20,5	22,3	29,8	19,6	7,7
51 Maler, verw. Berufe	22,8	21,8	28,9	18,8	7,7
88 Geistes- und naturw. Berufe	5,8	37,7	31,6	17,3	7,6
73 Nachrichtenverkehr	12,8	24,0	30,4	25,1	7,6
49 Raumausstatter, Polsterer	17,6	24,9	30,8	19,2	7,6
48 Bauausstatter	16,8	25,9	31,5	18,4	7,4
10 Steinbearbeiter	19,1	23,8	31,3	18,6	7,2
01 Landwirte	45,2	14,0	17,9	15,8	7,1
28 Mechaniker	27,6	22,8	25,0	17,5	7,1
53 Hilfsarbeiter (o. Angabe)	16,9	25,7	28,9	21,4	6,9
85 Übrige Gesundheitsdienstberufe	17,8	25,5	29,4	21,2	6,1
50 Tischler, Modellbauer	22,1	24,6	31,7	15,8	5,8
91 Gästebetreuer	27,4	29,4	23,1	14,3	5,8
30 Metallfeinbauer, verw. Berufe	21,4	28,3	25,4	19,1	5,7
90 Körperpfleger	39,0	26,2	18,1	11,2	5,5
81 Rechtswahrer, -berater	1,6	56,7	25,1	11,3	5,3
39 Back-, Konditorwarenhersteller	29,0	25,0	27,0	13,9	5,2
45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstb.	23,2	27,3	30,9	14,0	4,5
07 Bergleute	2,2	8,3	57,9	30,4	1,1

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Darüber hinaus ist bei der Betrachtung der beruflichen Altersstrukturen eine regional differenzierte Analyse notwendig. Dies wird anhand Darstellung 7.2 schon bei der ersten Betrachtung deutlich. Es fällt auf, dass die neuen Bundesländer einerseits viele Berufe mit einem unterdurchschnittlichen Anteil 55- bis 64-Jähriger aufweisen. Dabei sind es vor allem Berufe, die auch in Gesamtdeutschland einen unterdurchschnittlichen Anteil Älterer aufweisen bei denen in den neuen Bundesländern dann noch weniger Ältere Beschäftigte zu finden sind. Neben einer Reihe von Bauberufen (Zimmerer/Dachdecker, Bauausstatter, Maurer/Betonbauer)

fallen auch hier die Berufe aus dem Bereich Ernährung und Gastgewerbe (Gästekbetreuer, Speisenerbereiter, Fleisch-/Fischverarbeiter) auf, die im Osten einen im Vergleich zu den alten Bundesländern noch geringeren Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aufweisen.

Gleichzeitig finden sich im Osten jedoch auch zahlreiche Berufsgruppen, die – zum Teil dramatisch – überaltert sind. Allgemein fällt auf, dass akademisch geprägte Berufe in den neuen Bundesländern stärker überaltert sind als in Westdeutschland. Besonders hervor sticht dabei die Gruppe der Lehrer, die speziell in Brandenburg und in Thüringen einen deutlich höheren Anteil Älterer aufweisen als im Durchschnitt aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Eine weitere interessante Berufsgruppe, bei der die neuen Bundesländer – im Gegensatz zu den meisten westlichen – einen überdurchschnittlichen Anteil Älterer aufweisen, sind z. B. die Ingenieure und die sonstigen naturwissenschaftlichen Berufe (Chemiker, Physiker u. ä.). In ähnlicher Weise trifft dies auch auf die Berufsgruppen der Unternehmer/Wirtschaftsprüfer (Berufsgruppe 75) sowie der administrativen Tätigkeiten (Berufsgruppe 76) zu.

Generell ist ein sehr niedriger Anteil an Älteren unter den Beschäftigten aber nicht als alleiniger Hinweis auf aktuelle Probleme im Hinblick auf alter(n)sgerechtes Arbeiten zu betrachten, sondern auch unter dem Aspekt zu sehen, dass in diesen Berufen unter unveränderten Rahmenbedingungen potenziell besonders große Anpassungsschwierigkeiten an die im Zuge des demographischen Wandels massiv steigenden Anteile an älteren Beschäftigten in Zukunft auftreten werden. Eine wesentliche Rolle bei der Arbeitsmarktintegration Älterer spielt dann natürlich das Problem der vorzeitigen Austritte aus dem Erwerbsleben.³⁵

Betrachtet man die Berufsgruppen, für die oben in den neuen Bundesländern ein hoher Anteil Älterer festgestellt wurde, so zeigt sich anhand Darstellung 7.3, wie dies zu erklären ist. Der hohe Anteil der 55- bis 64-Jährigen in diesen Berufen liegt nicht etwa daran, dass im Osten ein längerer Verbleib in diesen Berufen stattfindet. Im Gegenteil ist gerade unter den Ingenieuren ein sehr viel geringerer Anteil der Kohorte aus dem Ausgangsjahr fünf Jahre später noch beschäftigt. Ähnliches gilt auch für die Berufsgruppe 76 der Abgeordneten/administrativen Entscheidungsträger usw. Dass sich bei diesen Berufen im Osten ein höherer Anteil

35 Es ist hervorzuheben, dass es sich dabei keineswegs hauptsächlich um »freiwillige« Austritte handelt. Vielmehr zeigen zahlreiche empirische Befunde, dass es in erster Linie die physisch und/oder psychisch belastenden Arbeitsbedingungen in Verbindung mit Versäumnissen bei der Fort- und Weiterbildung sind, die ein Arbeiten bis zur Rente erschweren (vgl. Ebert/Fuchs/Kistler 2006 und Kraatz/Rhein/Sproß 2006).

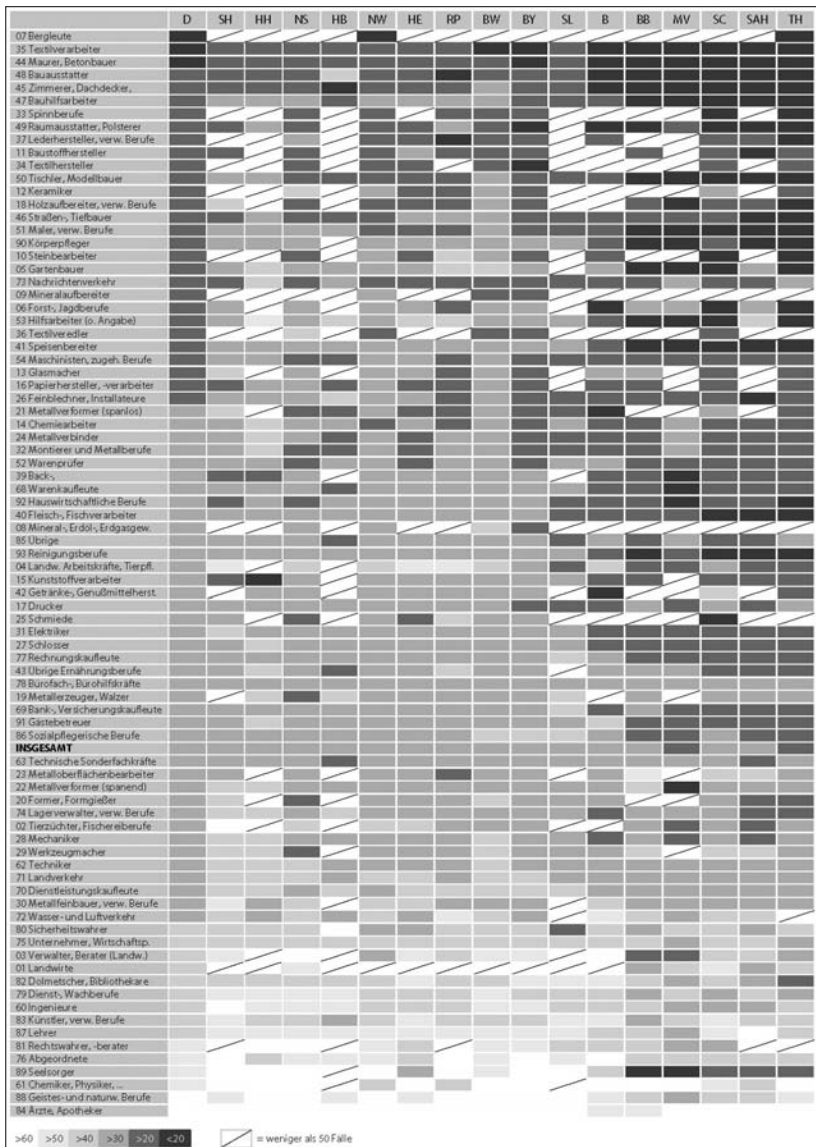
der Beschäftigten im Alter zwischen 55 und 64 Jahren befindet, liegt daher in erster Linie an demographischen Entwicklungen (schwach besetzte jüngere Jahrgänge in diesen Berufen, zum Teil resultierend aus der Abwanderung von Hochqualifizierten) bzw. daran, dass in akademischen Berufen der Nachwuchs in den neuen Bundesländern nicht eingestellt wurde bzw. wird.

Darstellung 7.2: Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004 (Angaben in Prozentbandbreiten)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

Darstellung 7.3: Verleibsquote der im Jahr 1999 55- bis 59-jährigen Beschäftigten im Jahr 2004 (Angaben in Prozentbandbreiten)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

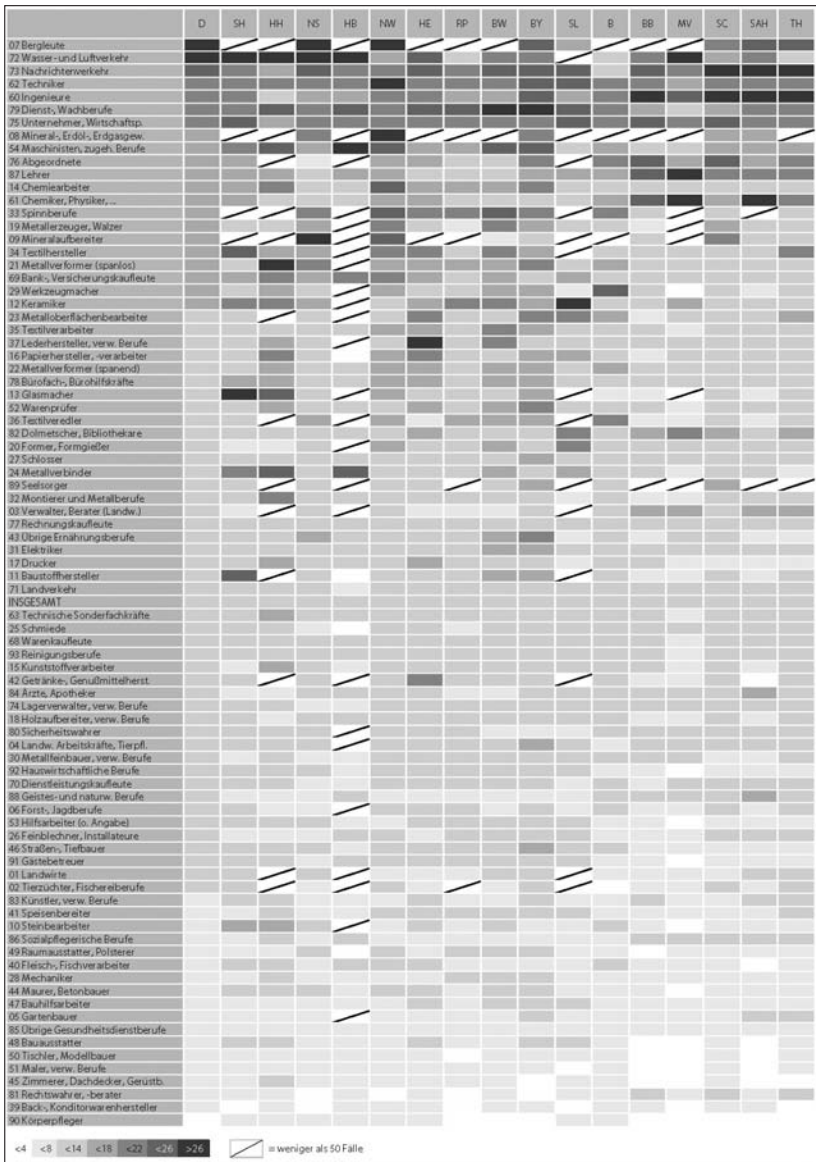
7.2 ARBEITSLOSIGKEIT ÄLTERER NACH BERUFEN

Darstellung 7.4 gibt den Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den Arbeitslosen nach Zielberufen wieder. Auffällig ist dabei die Häufung von stark akademisch geprägten Berufsgruppen mit überdurchschnittlichen Anteilen der 55- bis 64-Jährigen. Hier sind es wohl weniger gesundheitlichen Arbeitsbedingungen im engeren Sinne, die zu einem solch hohen Anteil Älterer unter den Arbeitslosen führen. Vielmehr ist die hauptsächliche Ursache eher im Defizit an Weiterbildungsaktivitäten (der Betriebe und der Beschäftigten) bzw. auch in einer weit verbreiteten Altersdiskriminierung zu sehen. Gerade angesichts der immer wieder aufkeimenden Diskussion um einen »Ingenieurmangel« ist speziell darauf hinzuweisen, dass insbesondere technisch-naturwissenschaftliche Berufe durchaus hohe Anteile an Älteren unter den Arbeitslosen haben. Auch wenn häufig darauf hingewiesen wird, dass unter den Arbeitslosen in diesen Berufen aufgrund von »veralteten« Qualifikationen ein »Mismatch« zu den angebotenen Stellen besteht, ist dies im wesentlichen eine Folge verfehlter, jugendzentrierter betrieblicher Personalpolitik.

Unter den Berufen mit einem niedrigen Anteil Älterer an den Arbeitslosen finden sich mehrere, bei denen dies in erster Linie auf Arbeitsbedingungen und gesundheitliche Belastungen zurückzuführen ist. Niedrige Anteile der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen weisen einige Bauberufe auf, wie etwa Zimmerer/Dachdecker, Maurer/Betonbauer oder Steinbearbeiter. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Einteilung der Berufsgruppen hier nach Zielberufen erfolgt. Angesichts der Arbeitsbelastungen werden die entsprechenden Arbeitslosen solche Tätigkeitsfelder oft gar nicht mehr als Zielberuf wählen können. Daneben weisen aber z. B. auch einige Ernährungsberufe einen sehr niedrigen Anteil Älterer auf, was – wie schon angesprochen – auf die erheblichen Arbeitsbelastungen in diesen Berufen hinweist. Auch bei den Gesundheits- und Sozialpflegerischen Berufen zeigen sich geringe Anteile Älterer.

Da – wie gezeigt wurde – in der Regel gesundheitliche Einschränkungen mit dem Alter zunehmen, ist zu erwarten, dass der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen in denjenigen Berufsgruppen relativ hoch ist, die auch einen hohen Anteil älterer Arbeitsloser aufweisen. So sind diese bei der gleichzeitig »alten« Gruppe der Arbeitslosen mit dem Zielberuf der Ordnungs- und Sicherheitsberufe außerordentlich hoch: drei von vier Arbeitslosen weisen hier gesundheitliche Einschränkungen auf (vgl. Darstellung A.9 im Anhang). Dies hängt natürlich vor allem damit zusammen, dass es sich bei dieser Berufsgruppe häufig um Arbeitsplätze für Leistungsgewandelte handelt.

**Darstellung 7.4: Anteil der 55-64-Jährigen an den Arbeitslosen 2004
(Angaben in Prozentbandbreiten)**



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

7.3 FRÜHVERRENTUNGEN NACH BERUFSGRUPPEN

Hinsichtlich der Altersstruktur der Beschäftigten wurde festgestellt, dass in Berufsgruppen mit hohen körperlichen Belastungen der Anteil älterer Beschäftigter – und auch älterer Arbeitsloser – gering ist. Der Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an allen Rentenneuzugängen – betrachtet nach Berufen³⁶ – gibt einen Hinweis darauf, wie und wo dieser geringe Anteil der Älteren an den Beschäftigten zustande kommt.

Nach der Sondergruppe der Bergleute sind erwartungsgemäß vor allem bei Bauberufen hohe Anteile von (teilweisen und vor allem vollständigen) Erwerbsminderungsrenten zu beobachten. Für die Berufsgruppen im Baugewerbe ist die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ein geradezu typischer Erwerbseintritt. Hohe Anteile der Erwerbsminderungsrenten an den Rentenneuzugängen im Jahr 2004 zeigen die Zimmerer/Dachdecker/Gerüstbauer, Maurer/Betonbauer, Straßen-/Tiefbauer und Bauausstatter (dies gilt für Männer, die ja einen sehr hohen Anteil der Beschäftigten in diesen Berufen ausmachen).

Auch unter den anderen Berufsordnungen im oberen Teil der Tabelle finden sich in erster Linie Produktionstätigkeiten bzw. solche mit hohen körperlichen Belastungen. Neben den bereits erwähnten findet sich erneut eine Reihe von Berufen aus dem Ernährungsgewerbe (Fleisch-, Fischverarbeiter, Speisenbereiter, Back-, Konditorwarenhersteller), was auf besondere Belastungen in diesen Berufen hinweist.

Unter den Berufsgruppen mit geringen Anteilen von Erwerbsminderungsrenten an allen Rentenzugängen sind vor allem administrative Berufe bzw. Berufsordnungen mit einem hohen Akademikeranteil zu finden. Auch wenn hier die Beschränkung der Datengrundlage – Versichertenrenten der gesetzlichen Rentenversicherung (d.h. Erwerbseintrittswege von Beamten und Selbständigen sind hier nicht enthalten) – immer mit beachtet werden muss, wird der schon in Kapitel 4 dargestellte Zusammenhang des Problems frühzeitiger Erwerbseintritte mit der Qualifikation widerspiegelt.

Bemerkenswert ist auch, dass im unteren Teil von Darstellung 7.5 wesentlich häufiger die Anteile der Erwerbsminderungsrenten bei Frauen diejenigen bei den Männern übersteigen. Dies weist darauf hin, dass die Arbeitsbedingungen von

36 Einschränkung muss dabei darauf hingewiesen werden, dass nur bei etwa der Hälfte der Rentenzugänge der Beruf bekannt ist und dass die Berufsangabe sich dabei auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit bezieht.

Frauen vor allem im Bereich der Dienstleistungstätigkeiten als Folge der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Regel eher schlechter sind (vgl. BMFSFJ 2002: 370).

Darstellung 7.5: Die 20 Berufsordnungen mit den jeweils höchsten und niedrigsten Anteilen der Rentenneuzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an allen Rentenneuzugängen (Versichertenrenten 2004) (Angaben in Prozent)

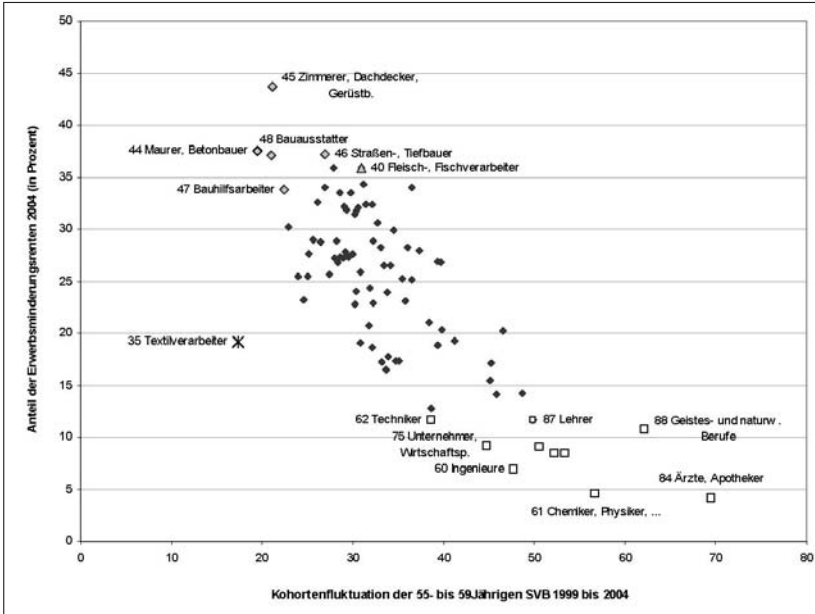
	insgesamt			darunter: Renten wegen voller Erwerbsminderung		
	Ingesamt	Männer	Frauen	Ingesamt	Männer	Frauen
07 Bergleute	87,8	88,5	42,9	18,5	18,3	28,6
45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstb.	43,7	44,2	21,7	27,7	27,9	19,6
44 Maurer, Betonbauer	37,5	37,8	13,2	22,0	22,1	10,3
46 Straßen-, Tiefbauer	37,2	37,8	11,8	27,6	28,0	10,3
48 Bauausstatter	37,1	37,6	24,1	22,6	22,5	22,8
10 Steinbearbeiter	35,9	38,1	19,0	24,0	25,0	16,7
40 Fleisch-, Fischverarbeiter	35,9	37,1	31,5	25,8	24,9	28,6
08 Mineral-, Erdöl-, Erdgasgew.	34,3	34,7	30,0	30,5	30,5	30,0
02 Tierzüchter, Fischereiberufe	34,0	31,7	38,0	23,0	21,7	25,4
51 Maler, verw. Berufe	34,0	34,2	31,0	23,5	23,1	29,8
47 Bauhilfsarbeiter	33,8	35,8	18,9	27,5	29,0	16,4
26 Feinblechner, Installateure	33,5	33,6	30,8	20,8	20,8	25,0
53 Hilfsarbeiter (o. Angabe)	33,5	37,4	26,5	29,3	32,5	23,4
12 Keramiker	32,6	33,2	31,4	28,7	28,2	29,6
85 Übrige Gesundheitsdienstberufe	32,4	40,0	31,4	25,2	29,9	24,7
15 Kunststoffverarbeiter	32,3	34,0	29,7	28,6	30,0	26,4
41 Speisenerbereiter	32,2	44,7	28,6	27,6	36,4	25,1
39 Back-, Konditorwarenhersteller	32,0	34,3	27,1	24,6	25,1	23,6
13 Glasmacher	31,8	33,3	28,3	27,7	28,6	25,4
32 Montierer und Metallberufe	31,7	33,0	30,0	28,1	28,5	27,4
42 Getränke-, Genußmittelherst.	18,7	19,5	15,9	14,5	14,0	15,9
69 Bank-, Versicherungskaufleute	17,7	14,3	21,9	14,9	12,0	18,4
63 Technische Sonderfachkräfte	17,4	14,6	20,9	14,5	12,0	17,8
77 Rechnungskaufleute	17,2	14,6	19,2	14,7	12,4	16,4
01 Landwirte	17,1	18,6	12,1	13,9	15,4	9,1
78 Bürofach-, Bürohilfskräfte	16,5	17,0	16,3	13,8	14,2	13,7
03 Verwalter, Berater (Landw.)	15,5	13,9	22,5	13,6	12,1	20,0
83 Künstler, verw. Berufe	14,2	13,6	15,2	11,3	10,7	12,4
82 Dolmetscher, Bibliothekare	14,2	12,2	15,7	11,7	9,8	13,2
62 Techniker	12,8	12,2	18,8	10,2	9,7	15,7
87 Lehrer	11,6	10,3	12,6	9,1	8,2	9,8
88 Geistes- und naturw. Berufe	10,7	7,0	19,4	8,8	5,8	15,7
75 Unternehmer, Wirtschaftsp.	9,2	7,4	17,9	7,5	5,9	15,3
81 Rechtswahrer, -berater	9,1	6,5	14,6	7,2	5,1	11,7
89 Seelsorger	8,5	10,7	7,0	6,3	7,6	5,5
76 Abgeordnete	8,5	7,1	12,0	7,1	5,8	10,5
60 Ingenieure	6,9	6,3	20,6	5,7	5,2	17,8
61 Chemiker, Physiker, ...	4,5	3,8	11,6	3,9	3,4	8,4
84 Ärzte, Apotheker	4,1	2,7	5,2	3,4	2,2	4,3
INSGESAMT	17,3	20,0	14,7	13,6	15,3	11,9

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Zahlen des VDR.

Wie bedeutend der Ausstiegsweg der Erwerbsminderungsrente in den einzelnen Berufsgruppen ist, wird anhand von Darstellung 7.6 ersichtlich. Hier wird der Anteil der Erwerbsminderungsrenten den Verbleibsquoten der 55- bis 59-jährigen sozi-

alversicherungspflichtig Beschäftigten gegenübergestellt. Zwischen den beiden Merkmalen besteht naturgemäß auf die Berufsgruppen bezogen ein sehr ausgeprägter Zusammenhang. Berufe in denen ein großer Anteil der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen aus der Beschäftigung ausgeschieden ist, weisen auch einen hohen Anteil an Erwerbsminderungsrenten auf (vgl. Darstellung 7.6).

Darstellung 7.6: Kohortenfluktuation der 55- bis 59-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1999 bis 2004) und der Anteil der Erwerbsminderungsrenten 2004 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und der DRV-Bund.

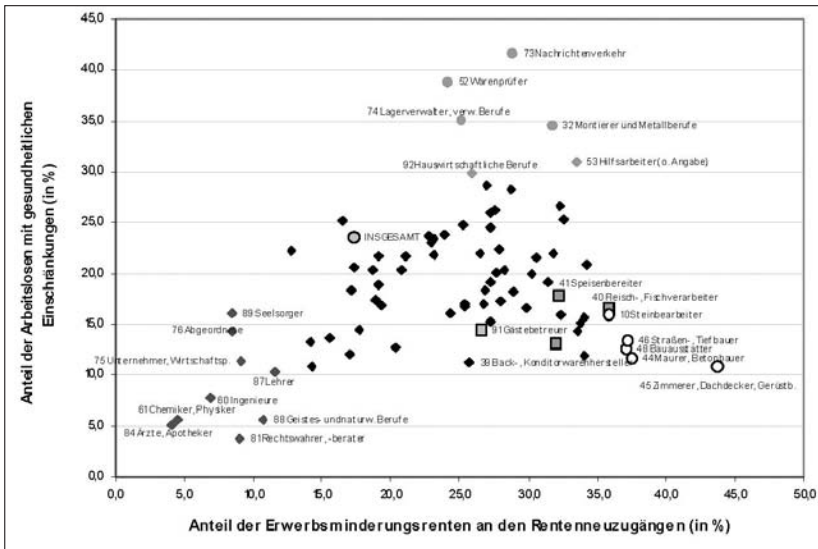
Allerdings muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass das Ausmaß der Erwerbsminderungen die berufsspezifischen Arbeits- und Gesundheitsbelastungen zwar widerspiegelt, aber gleichwohl nicht eins zu eins wiedergibt. Neben den für die Inanspruchnahme einer Erwerbsminderungsrente ursächlichen gesundheitlichen Einschränkungen spielen auch andere Faktoren eine wesentliche Rolle. »Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der krankheitsbedingten Frühverrentungen nicht nur ein Indikator für die gesundheitliche Lage der Betroffenen ist, sondern auch Aspekte des Arbeitsmarktes widerspiegelt, da z. B. die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und der Mangel an Arbeitsplätzen

für gesundheitlich beeinträchtigte Menschen dazu führen, dass alle Möglichkeiten der Frühverrentung häufiger in Anspruch genommen werden« (BMFSFJ 2002: 384). Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass individuelle Kalküle insbesondere im Zusammenhang mit finanziellen Anreizen bzw. den zu erwartenden Rentenabschlägen ausschlaggebend sind für einen gewählten Altersübergangsweg. Dabei ist es recht schwierig, die vielfältigen Einflüsse voneinander zu trennen.

Die Ergebnisse in Darstellung 7.7 machen die vielfältigen Zusammenhänge deutlich und zeigen gleichzeitig, dass bei der Analyse der Rentenzugänge erhebliche Differenzierungen notwendig sind, die hier erst am Anfang stehen. Links unten im Diagramm finden sich die (überwiegend akademischen) Berufe mit relativ geringen Arbeitsbelastungen, die geringe Anteile sowohl der Erwerbsminderungsrenten als auch bei den Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen aufweisen. In der Gruppe der Bauberufe (rechts unten im Bild) mit sehr hohen Anteilen der Erwerbsminderungsrenten findet sich dagegen ebenfalls ein geringer Anteil der leistungsgeminderten Arbeitslosen, was auf die typischen Ausstiegswege in diesen Berufen hinweist. Die derzeit schlechte Arbeitsmarktsituation wirkt sich ebenfalls dahingehend aus, dass bei Beschäftigungsverlust häufig der Erwerbsaustritt über eine Erwerbsminderungsrente »gewählt« wird.

Daneben gibt es noch eine dritte separierte Gruppe von Berufen, die in Darstellung 7.7 (in der Mitte oben) besonders auffällt. Sie umfasst solche (zumeist wenig attraktive) Berufe/prekäre Tätigkeiten, die sich durch einen eher mittleren Anteil an Erwerbsminderungsrenten bei gleichzeitig hohem Anteil an Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen »auszeichnen« (und eher geringe Qualifikationen).

Darstellung 7.7: Anteil der Erwerbsminderungsrenten und Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlicher Einschränkung nach Berufsgruppen, Deutschland 2004 (Angaben in Prozent)



Anm.: Zwei Ausreißer wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit aus der Abbildung entfernt. Dabei handelt es sich um die Berufsgruppe der Bergleute (07) und um die Dienst- und Wachberufe (79).

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit und Daten des VDR.

8. EIN AUSBLICK UND EIN KURZES PLÄDOYER ZUM ABSCHLUSS

Mit den Auswertungen und Darstellungen in diesem Bericht sollte für die Praxis der regionalen Akteure – hier auf der Ebene der Bundesländer – eine Zusammenstellung von Informationen zur demographischen Entwicklung, zur Arbeitsmarktsituation (mit Blick vor allem auf Ältere) und zum regionalen Verrentungsgeschehen geleistet werden. Natürlich sind diese Informationen – wie mehrfach verdeutlicht – weiter kleinräumig zu differenzieren (vgl. Conrads u. a. 2005), zu erweitern und künftig fortzuschreiben sowie stärker miteinander zu verknüpfen.

Im November 2006 hat das Statistische Bundesamt eine neue, die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung in ihren Grunddaten vorgelegt. Die Daten zur regionalen Entwicklung werden allerdings erst in 2007 zugänglich. Es ist auch noch nicht absehbar, ob für alle Bundesländer eine einheitliche Datenbasis (bis hinunter auf Kreisebene) entstehen wird, oder ob z. B. wieder einzelne Bundesländer mit nicht integrierten Eigenprognosen ausscheren werden.

An dieser Stelle soll und kann nur für die Bundesebene überprüft werden, wie die neue von der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung abweicht, ob sich also an den Grundergebnissen (erst späterer Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in relevantem Ausmaß bei gleichzeitig starker Alterung des Angebots an Arbeitskräften) Fundamentales ändert. Dies ist im Kern nach unseren Berechnungen nicht der Fall.

Ein Vergleich der 11. mit der 10. Vorausberechnung ist allerdings nicht einfach. Im Gegensatz zur alten Vorausberechnung mit ihren neun Szenarien und der eindeutigen »mittleren«, fünften Variante (vgl. Darstellung A 1 im Anhang) enthält das neue Rechenwerk ein breiteres und heterogeneres Bündel an Szenarien bzw. Annahmen (vgl. Darstellung A 15 im Anhang). Insgesamt hat das Statistische Bundesamt zwölf Szenarien und drei weitere Modellrechnungen durchgeführt. Die größere Zahl an Szenarien kommt diesmal durch zusätzliche drei Varianten zur Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer (1,4 versus 1,2 und 1,6 Kinder je Frau) zustande, bei gleichzeitiger Beschränkung auf nur zwei Annahmen zum künftigen jährlichen Wanderungssaldo (100.000 bzw. 200.000). Im Gegensatz zur zehnten Vorausberechnung kommt eine Variante mit einer Nettozuwanderung von 300.000 Personen bei den Szenarien nicht mehr vor, sondern nur noch bei den

sogenannten Modellrechnungen, ebenso wie eine Modellrechnung mit einem ausgeglichenen Wanderungssaldo. In diesen modellhaften Berechnungen findet sich außerdem eine Variante mit einem deutlichen Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer auf 2,1 Kinder, die das Bundesamt aber ausdrücklich als unrealistisch bezeichnet.

Die Verwendung auch solcher unrealistischer Annahmen ist im Prinzip nicht zu kritisieren, handelt es sich doch bei den koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen nicht um Prognosen, sondern um Szenarien – also »wenn-dann-Aussagen«. Allerdings stellt sich hier auch die Frage, ob angesichts des Zuwanderungsdruckes und auch der Öffnung des Binnenmarktes ein langfristig ausgeglichener Wanderungssaldo nicht ähnlich unrealistisch ist wie die Annahme einer bestanderhaltenden Geburtenziffer. Immerhin liegt der Erfahrungswert der Vergangenheit im langjährig(en) Jahresdurchschnitt bei unterschiedlichen Konstellationen zwischen 150.000 bis rund 300.000 Personen (Statistisches Bundesamt 2006: 27).

Ohne hier die verschiedenen Szenarien diskutieren zu können, sollen im Folgenden zwei der »sozusagen mittleren« Varianten in ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter und das Erwerbspersonenpotenzial kurz dargestellt und mit der in diesem Band verwendeten Variante 5 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verglichen werden. Dabei handelt es sich um die sogenannten Varianten 1-W1 (mit einer Nettozuwanderung von 100.000) und Variante 1-W2 (mit einer Nettozuwanderung von 200.000 Personen).³⁷ Das Bundesamt bezeichnet diese beiden Varianten auch als Unter- bzw. Obergrenze einer »mittleren Bevölkerung«, die zeigen, »wie sich die Bevölkerung verändern wird, wenn es nicht zum Bruch der langfristigen Trends kommt« (ebenda: 30).

Mit diesen beiden Szenarien der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung rückt die Ergebnisbandbreite zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Deutschland im Vergleich zum vorherigen Rechenwerk ein Stück weit nach unten. Vor allem in der langfristigen Perspektive bis 2050 wirkt sich dies aus – bei allen Unsicherheiten, die lange Zeiträume der Vorausschau bergen (vgl. z. B. Kistler 2006: 30 ff.; Butterwegge 2006: 15 f). Die Obergrenze der »mittleren Bevölkerung« läge damit im Jahr 2050 bei 74 Mio., die Untergrenze der »mittleren Bevölkerung« bei 68,7 Mio. Personen. Bei den in etwa »vergleichbaren« Varianten 5 und 4 aus der

37 Dies jeweils bei leichter Steigerung der Lebenserwartung.

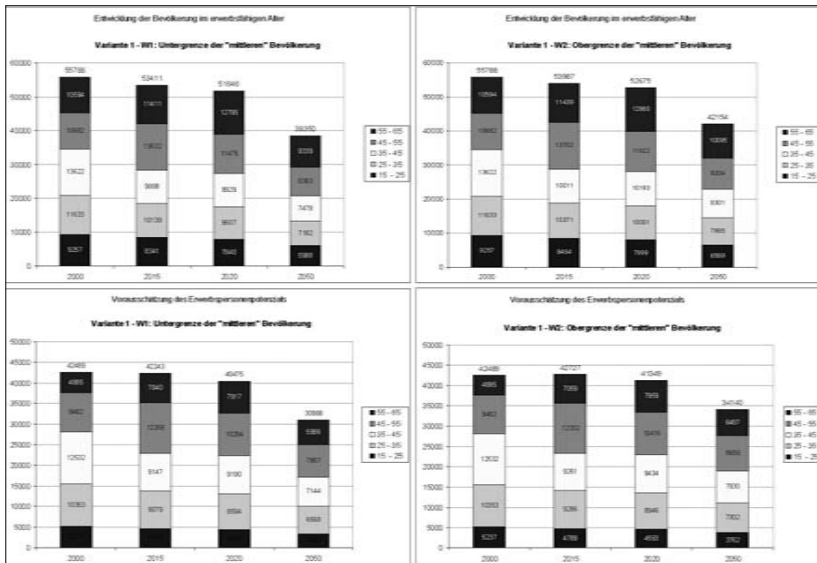
vorherigen Bevölkerungsvorausberechnung lauteten die entsprechenden Werte 75,1 bzw. 68,5 Mio. Personen.³⁸

Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) ergibt sich aus diesen beiden Szenarien bis 2020 ein Rückgang von 55,7 Mio. auf zwischen 51,6 und 52,7 Mio. Personen. Bis 2050 gerechnet ergeben sich – mit natürlich steigender Unsicherheit – 38,4 bis 42,2 Mio. (vgl. die beiden Abbildungen im oberen Teil von Darstellung 8.1). Auf Basis der schon in Abschnitt 3.5 verwendeten Basisannahmen der Prognos AG zur Entwicklung der geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten errechnet sich für 2015 – gegenüber 42,5 Mio. Personen im Jahr 2000 – eine Bandbreite von 42,2 bis 42,7 Mio. und bis zum Jahr 2020 von 40,5 bis 41,3 Mio. Personen. Langfristig bedeutet das dann bis 2050 ein Spektrum des Arbeitsangebots zwischen 31 und 34,1 Mio. Gegenüber unseren Grundaussagen (vgl. Abschnitt 3.5) – kein relevanter Mangel an Arbeitskräften bis deutlich nach 2020 – ändert sich durch Verwendung der neuen, 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung damit nichts.³⁹

38 Die anderen Varianten inklusive der reichlich irrealen Modellrechnungen führen zu einer Spannbreite von 62,4 bis 85 Mio.

39 Was dies hinsichtlich der regionalisierten Entwicklung bedeuten wird, bleibt abzuwarten und muss anhand der Einzelzahlen der Statistischen Landesämter neu berechnet werden.

Darstellung 8.1: Neue Ergebnisse zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und des Erwerbspersonenpotenzials zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom November 2006



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen auf Basis Statistisches Bundesamt 2006 und Eitenmüller/Schüssler 2004.

Dies noch dazu, da einiges dafür spricht, dass der Rückgang im Erwerbspersonenpotenzial so wie im unteren Teil von Darstellung 8.1 gezeigt nicht stattfinden bzw. angesichts eines langfristigen Rückgangs des Arbeitsvolumens schon gar nicht zu einem Problem werden wird – wie es etwa im Gutachten der Hartz-Kommission an die Wand gemalt wird. Hier seien nur folgende Punkte genannt (vgl. ausführlicher Ebert/Kistler/Staudinger 2007):

- 1) Trotz der momentan (aufgrund einer relativ geringen Nettozuwanderung) ganz leicht rückläufigen Bevölkerungszahl⁴⁰ steigt das Erwerbspersonenpotenzial weiter deutlich an. Ob die Nettozuwanderung längerfristig so niedrig bleiben wird, kann man angesichts des bestehenden Wanderungsdruckes mit gutem Grund bezweifeln – dies auch ohne einen Wanderungssog durch eine »demographische Wende« am deutschen Arbeitsmarkt.

40 Diese Entwicklung war ja auch mit Anlass für die neue Bevölkerungsvorausberechnung.

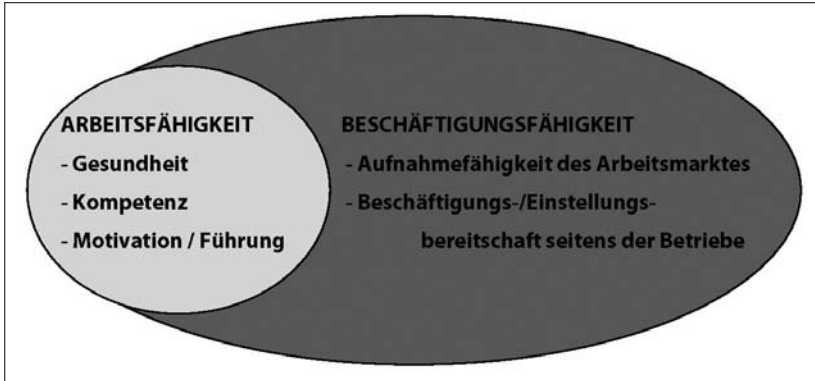
- 2) Durch die Politik der Anhebung des Renteneintrittsalters steigt nicht nur bereits heute das Renteneintrittsalter massiv an (vgl. Darstellung 1.4), sondern dieser Trend dürfte auch künftig anhalten. So legte jüngst das IAB eine Schätzung vor, dass 2030 durch die geplante »Rente mit 67« ein zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf zwischen 1,2 und über 3 Mio. zu erwarten wäre (vgl. Fuchs 2006).

Die demographischen Veränderungen (und ebenso der wirtschaftliche Wandel) treffen jedenfalls auch in Zukunft verschiedene Regionen ungleichzeitig, asynchron und mit unterschiedlicher Intensität. Eine regionale »Feinsteuerung« der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik wird künftig noch wichtiger werden als heute. Genauso konnte gezeigt werden, dass jegliche Hoffnungen abwegig sind, der demographische Wandel könne – wenn überhaupt – schon auf kürzere oder mittlere Frist das Problem der Massenarbeitslosigkeit beseitigen. Vielmehr wird mit dem Berg an »Babyboomern« ein gewichtiges Problem, die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsintegration Älterer (damit aber auch ein altersgerechtes Arbeiten) in den nächsten gut zwanzig Jahren an Bedeutung noch zunehmen.

Dabei sind Zweifel mehr als angebracht, ob diese Probleme mit dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik überhaupt gelöst werden können (vgl. Kistler 2006: 227 ff.). Das gilt noch mehr für die Versuche, über eine Erhöhung des Arbeitsangebotszwanges (Einschränkung, ja Abschaffung der Vorruhestandsmöglichkeiten oder »Rente mit 67« etc.) die Probleme zu lösen. Eine Erhöhung des Arbeitsangebots alleine schafft noch lange keine Arbeitsplätze, wie es die Agenda der Europäischen Beschäftigungspolitik fordert. Mit dem »Tieferstellen« des Rasenmäher bei Leistungskürzungen ist es jedenfalls nicht möglich, diese Zielsetzung zu erreichen, ebenso wenig mit einer Arbeitsmarktpolitik, die regionale Spezifika außer acht lässt oder einer Rentenpolitik, die Berufs- und Tätigkeitsspezifika ignoriert.

Eine solche Politik, die einseitig auf eine Abschaffung von Frühverrentungsansätzen abstellt, wäre falsch und führt zu äußerst negativen Nebenwirkungen. Ähnlich wäre eine Orientierung auf Maßnahmen völlig verkürzt, die nur auf die Erhöhung der Arbeitsfähigkeit alternder Belegschaften abstellt. Dies ist zwar eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Voraussetzung dafür, dass die Arbeitnehmer im Schnitt länger als bisher, näher heran an die Altersgrenze von 65 Jahren, arbeiten können. Dazu ist es wichtig, sich klar zu machen, dass die Beschäftigungsfähigkeit eines Menschen mehr beinhaltet als seine Arbeitsfähigkeit (vgl. Darstellung 8.2).

Darstellung 8.2: Beschäftigungsfähigkeit ist mehr als nur Arbeitsfähigkeit



Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Tatsache, die z. B. in der allseits gelobten Politik für ältere Arbeitnehmer in Finnland durchaus enthalten war (vgl. Ilmarinen 2006), scheint in der deutschen Wahrnehmung des »finnischen Modells« zunehmend verloren zu gehen. Dadurch wird die Verantwortung für die Beschäftigungsfähigkeit letztendlich immer mehr auf den einzelnen Arbeitnehmer verlagert. Die Unternehmen und die Politik müssen sich aber den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen – und dazu gehört es, die Arbeitsmarktchancen aller Altersgruppen und nicht zuletzt auch der Älteren zu verbessern. Genau hierfür sind aber mehr und bessere Daten unverzichtbar.

- Bach, H.-U./Gaggermeier, Ch./Klinger, S. (2005): Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Woher kommt die Talfahrt? IAB-Kurzbericht Nr. 26, Nürnberg.
- Bäcker, G. (2006): Rente mit 67: Länger arbeiten oder länger arbeitslos? Probleme eine Heraufsetzung der Altersgrenze, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Rente mit 67. Steuerungspotenziale in der Renten- und Beschäftigungspolitik, Bonn, S. 6-23.
- Bangel, B. (1993): Geographie der Altersgrenzen. Frühverrentung im regionalen Strukturwandel, Berlin.
- Beckmann, P. (2003): Die Beschäftigungsquote – (k)ein guter Indikator für die Erwerbstätigkeit von Frauen?, Nürnberg.
- Behrens, J./Horbach, A./Solbing, B. (2002): Wie Sie Ihre Leute vor der Zeit viel zu alt aussehen lassen können. Oder umgekehrt: Arbeits- und Laufbahngestaltung zur Bewältigung begrenzter Tätigkeitsdauer im Generationenaustausch, in: Morschhäuser, M. (Hrsg.): Gesund bis zur Rente – Konzepte gesundheits- und altersgerechter Arbeits- und Personalpolitik, Stuttgart, S. 22-43.
- Bosch, G. (2003): Ältere Arbeitnehmer – Deutschland, in: Europäische Kommission: Europäisches Beschäftigungsobservatorium, Frühjahr 2003, Luxemburg, S. 89-101.
- Bosch, G. u. a. (2003): Aktueller und künftiger Fachkräftemangel und Fachkräftebedarf. Eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin – Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Bd. 57, Berlin.
- Büchel, F./Pannenberg, M. (2004): Berufliche Weiterbildung in West- und Ostdeutschland. Teilnehmer, Struktur und individueller Ertrag, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung Nr. 2, Stuttgart, S. 73-126.
- Bucher, H./Schlömer, C. (2006): Die Erwerbspersonen, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsprognose 2020/2050, Bonn, S. 57-70.
- Buck, H./Kistler, E./Mendius H.-G. (2002): Demographischer Wandel in der Arbeitswelt. Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Stuttgart.
- Bundesagentur für Arbeit (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland, Nürnberg.

- Bundesagentur für Arbeit (2005b): Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung. Entwicklung und Struktur 2000-2005, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2005c): Leistungsempfänger 2004, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit: Strukturanalyse, versch. Jg.
- Bundesanstalt für Arbeit (2002): Arbeitsmarkt 2001. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer, Nürnberg.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2002): Untersuchung zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung in West- und Ostdeutschland, Stuttgart/Berlin/Köln.
- BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2004): Geringfügige Beschäftigung und Nebenerwerbstätigkeiten in Deutschland 2001/2002, München.
- Büttner, R. (2005): Höhere Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland – Mehr Arbeitslosigkeit und Frühverrentungen in Ostdeutschland. IAT-Altersübergangs-Report 2005-5, Gelsenkirchen.
- Büttner, R./Knuth, M./Wojtkowski, S. (2005): Die Kluft zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt wird wieder größer, IAT-Altersübergangs-Report 2005-03, Gelsenkirchen.
- Butterwegge, Ch. (2006): Gesellschaftsentwicklung im demographischen Wandel, in: Sozialmagazin 31(2006)9, S. 14-27.
- Conrads, R. u. a. (2005): Arbeit und Arbeitsmarkt im demographischen Wandel – Perspektiven im Freistaat Bayern und in den Regionen. Broschüre des IGMetall Bezirk Bayern, 2. Auflage, München.
- Conrads, R./Ebert, A./Huber, A. (2004): Regionale Arbeitsmarktungleichgewichte am Beispiel des Agenturbezirks Augsburg, Augsburg.
- Cornelißen, W. (Hrsg.) (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München.
- Deutscher Bundestag (2006): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2005 (Alterssicherungsbericht 2005) und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2005 und zum Alterssicherungsbericht 2005, BTDRs. 16/906, Berlin.
- Ebert, A./Fuchs, T./Kistler, E. (2006): Arbeiten bis 65 oder gar 67? – Die Voraussetzungen fehlen, in: WSI-Mitteilungen Heft 9, S. 492-499.

- Ebert, A./Kistler, E./Staudinger, T. (2007): Rente mit 67 – Probleme am Arbeitsmarkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5, S. 25-31.
- Eichhorst, W. (2006): Beschäftigung Älterer in Deutschland: Der unvollständige Paradigmenwechsel. IZA Discussion Paper No. 1985, Bonn.
- Eitenmüller, S./Schüssler, R. (2004): Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen auf die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung, DRV-Schriften Bd. 49, Frankfurt.
- Engstler, H. (2004b): Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte und der Übergang in den Ruhestand, in: Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse der zweiten Welle des Alterssurveys, Berlin, S. 65-121.
- European Commission (2005): Employment in Europe 2005, Luxemburg.
- Fasshauer, S. (2005): Die Folgen des demographischen Wandels für die Rentenversicherung, in: Kerschbaumer, J./Schroeder, W. (Hrsg.): Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen, Wiesbaden, S. 67-95.
- Frieling, E./Gösel, C. (2003): Betriebliche Gesundheitspolitik – Wo besteht in der deutschen Wirtschaft besonderer Handlungsbedarf? Expertise für die Expertenkommission »Betriebliche Gesundheitspolitik« der Bertelsmann Stiftung und der Hans Böckler Stiftung, Kassel.
- Fuchs, J./Söhnlein, D. (2005): Langfristprojektion bis 2050: Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten. IAB-Kurzbericht Nr. 19, Nürnberg.
- Fuchs, J. (2006): Rente mit 67. Neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik, IAB Kurzbericht Nr. 16, Nürnberg.
- Fuchs, T. (2006): Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen. Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund.
- Fuchs, T./Conrads, R. (2003): Flexible Arbeitsformen. Arbeitsbedingungen, -belastungen und Beschwerden – eine Analyse empirischer Daten. Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin Bd. Fb 1006, Dortmund/Berlin/Dresden.
- Funk, L. u. a. (2003): Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer – Internationaler Vergleich und Handlungsempfehlungen, Gütersloh.
- Hilpert, M. u. a. (2005): Demographischer Wandel und unausgeglichene regionale Arbeitsmärkte – Handlungsimpulse im Rahmen des Regionalmanagements. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Stadtbergen.

- Hollederer, A. (2003): Arbeitslos – Gesundheit los – chancenlos? IAB Kurzbericht Nr. 4.
- Hofbauer, H./Bintig, U./Dadzio, W. (1968): Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB Nr. 5, S. 357-386.
- Ilmarinen, J. (2006): Towards a longer worklife! – Ageing and the quality of work-life in the European Union, Helsinki.
- Infratest Sozialforschung/ISG (1981): Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit, München, Köln.
- Infratest/SÖSTRA (2006): Personalbewegungen und Fachkräfterekrutierung. Erste Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2005, München/Berlin.
- Kaser, P. (1966): Ältere Arbeitnehmer in der Industrie Nordrhein-Westfalens, Köln/Opladen.
- Kaufmann, F.-X. (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main.
- Kiesau, G. (1971): Der »ältere Arbeitnehmer« und die Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung, in: WWI-Mitteilungen Nr. 2-3, S. 65-74.
- Kistler, E. (2005): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung, in: Kerschbaumer, J./Schroeder, W. (Hrsg.): Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen, Wiesbaden, S. 147-172.
- Kistler, E. (2006): Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird, München.
- Kistler, E. (2006a): Auf beiden Seiten fördern und fordern – Anregungen aus internationalen Vergleichen zur Beschäftigung Älterer, in: Sproß, C. (Hrsg.): Beschäftigungsförderung älterer Arbeitnehmer in Europa, BeitrAB 229, Nürnberg, S. 85-110.
- Kistler, E. u. a. (2006): Alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen. Sachverständigengutachten (Machbarkeitsstudien) für die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Schriften der BAuA, Berlin.
- Kistler, E./Conrads, R./Huber, A. (2005): Wie viel Arbeit bleibt für eine alternde Gesellschaft?, Vortrag bei der »Statistischen Woche« am 28.09.2005 in Braunschweig, hekt. Ms.
- Kistler, E./Sing, D. (1998): Mangelnde Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage, Marginalisierung und Humankapitalentwicklung. Oder: Wie kann gestandenen Soziologen so etwas passieren?, in: IfS/INIFES/ISF/SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin, S. 129-164.

- Kistler, E./Ebert, A. (2005): Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt – Deutschland, in: VDR (Hrsg.): Smart Region: Ein transnationales Forschungsprojekt zu Demographie, Arbeitsmarkt und Beschäftigung Älterer. VDR-Schriftenreihe Band 62, Berlin, S. 101-124.
- Koller, B./Bach, H.-U./Brixy, U. (2003): Ältere ab 55 Jahren – Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, IABWerkstattbericht Nr. 5, Nürnberg.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Die Zielvorgaben von Stockholm: Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte und das Erwerbsaustrittsalter anheben. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen SEK (2003) 429, Brüssel.
- Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht der Kommission, Berlin.
- Kortmann, K./Haghir, P./Pupeter, M. (2005): Alterssicherung in Deutschland 2003 (ASID '03). Zusammenfassung wichtiger Untersuchungsergebnisse, München.
- Kraatz, S./Rhein, Th./Sproß, C. (2006): Bei der Beschäftigung Älterer liegen andere Länder vorn, IAB Kurzbericht Nr. 5, Nürnberg.
- Kuwan, H./Thebis, F. (2004): Berichtssystem Weiterbildung IX. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland, München.
- Lauterbach, K. W. u. a. (2006) Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung, hekt. Ms., Köln.
- Lois, D. (2005): Weiterbildungsbeteiligung älterer Erwerbstätiger – Die Messung im Mikrozensus und der Einfluss soziodemographischer Variablen. Beitrag zur 4. Nutzerkonferenz: »Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt«, Chemnitz.
- Moliniè, A.-F. (2003): Age and working conditions in the European Union, Dublin.
- Neubacher, A./Sauga, M. (2006): Lohn für Lebensleistung?, in: DER SPIEGEL, Nr. 6, S. 70-72.
- OECD (2005): Alterung und Beschäftigungspolitik – Deutschland, Paris.
- Reimann, A. (2003): Auswirkungen der Renteneintrittsregelungen in Deutschland, in: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Alterssicherung, Frankfurt am Main, S. 38-47.
- Roloff, J. (2000): Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 100, Wiesbaden.

- Rudolph, H. (1998): »Geringfügige Beschäftigung« mit steigender Tendenz. Erhebungskonzepte, Ergebnisse und Interpretationsprobleme der verfügbaren Datenquellen. IAB-Werkstattbericht Nr. 9, Nürnberg.
- Rudolph, H. (2003): Mini- und Midi-Jobs – Geringfügige Beschäftigung im neuen Outfit. IAB-Kurzbericht Nr. 6, Nürnberg.
- Ruland, F. (2005): Aktuelle Ergebnisse zu den Wirkungen der bisherigen Rentenreformen auf den Übergang von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase, in: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: Aktuelles Presseseminar des VDR vom 22.-23. November 2004 in Würzburg, DRV-Schriften Bd. 57, Frankfurt am Main, S. 34-53.
- Schupp, J./Schwarze, J./Wagner, G. (1998): Methodische Probleme und neue empirische Ergebnisse der Messung geringfügiger Beschäftigung, in: Schupp, J./Büchel, F./Diewald, M./Habich, R. (Hrsg.): Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion, Berlin, S. 85-111.
- Sing, D. (2003): Gesellschaftliche Exklusionsprozesse beim Übergang in den Ruhestand, Frankfurt/Main.
- Storbeck, O. (2006): Deutschlands Zukunft fehlen Jobs, in: Handelsblatt vom 03.04.2006.
- Statistisches Bundesamt (1998): Gesundheitsbericht für Deutschland, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006): Die Bundesländer – Strukturen und Entwicklungen. Ausgabe 2005, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 1/Reihe 4.1.1 – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wiesbaden, versch. Jg.
- Thiede, R. (2005): Altersteilzeit und demographischer Wandel aus Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Kerschbaumer, J./Schroeder, W. (Hrsg.): Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen, Wiesbaden, S. 173-183.
- VDR (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger) (2005): Smart Region. Eine innovative Maßnahme zur Bewältigung des demographischen Wandels in europäischen Regionen, Berlin.
- Viebrok, H. (2004): Absicherung bei Erwerbsminderung. Expertise für den Fünften Altenbericht der Bundesregierung, Bremen.
- Wolf, H./Spieß, K./Mohr, H. (2001): Arbeit – Altern – Innovation, Wiesbaden.

- Wübbeke, Ch. (2005): Der Übergang in den Rentenbezug im Spannungsfeld betrieblicher Personal- und staatlicher Sozialpolitik, 2 Bd., Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bd. 290.1+2, Nürnberg.
- ZDH (2006): Kentzler: Stopp für alle Frühverrentungsanreize, Interview in der Rhein-Zeitung Koblenz, www.zdh.de/presse.

VERZEICHNIS DER DARSTELLUNGEN

Darstellung 1.1:	Beschäftigungsquote Älterer und durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter in EU-25, 2004	8
Darstellung 1.2:	Erwartung vorzeitiger Tätigkeitsaufgabe	9
Darstellung 1.3:	Die IAB-Projektionen des Erwerbspersonenpotenzials in Gesamtdeutschland 2004 bis 2050 im Vergleich zur Prognose der Prognos AG	14
Darstellung 1.4:	Entwicklung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters und des Zahlbetrags der Neurenten (Versichertenrenten) in Deutschland	16
Darstellung 3.1:	Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern 1991 bis 2004 (1991=100)	26
Darstellung 3.2:	Natürliche Saldorate und Wanderungssaldorate 1995 bis 2003	27
Darstellung 3.3:	Wanderungssaldoraten nach Altersgruppen 1995 bis 2003 je Tsd. Einwohner der jeweiligen Altersgruppe	28
Darstellung 3.4:	Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern 2002 bis 2050 (2002=100; Variante 5)	30
Darstellung 3.5:	Altersstrukturen 2002, 2020 und 2050 im Früheren Bundesgebiet und in den Neuen Bundesländern (mit Berlin)	32
Darstellung 3.6:	Veränderung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) in den deutschen Bundesländern	33
Darstellung 3.7:	Entwicklung der Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen nach Bundesländern (2002=100; Variante 5)	35
Darstellung 3.8:	Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials in West- und Ostdeutschland bis 2050	38
Darstellung 3.9:	Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials – Veränderung im Vergleich zum Jahr 2002	39
Darstellung 3.10:	Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials und Entwicklung der Zahl der 55- bis 64jährigen Bevölkerung, jeweils Veränderung 2002 bis 2020	41

Darstellung 3.11:	Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials (Veränderung 2002 bis 2020 in Prozent) und Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2020	42
Darstellung 3.12:	Veränderung der Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns gegenüber 2002 (2002 = 100, Variante 5)	43
Darstellung 4.1:	Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung, 1991 bis 2004	45
Darstellung 4.2:	Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung, 1991 bis 2004	47
Darstellung 4.3:	Altersspezifische Erwerbsquoten nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland, März 2004	48
Darstellung 4.4:	Erwerbsquoten der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1994 bis 2004	49
Darstellung 4.5:	Erwerbsquoten der 55- bis 59-Jährigen in den Bundesländern nach Geschlecht 2004	51
Darstellung 4.6:	Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1992 bis 2004	52
Darstellung 4.7:	Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den Bundesländern 1992 bis 2004	53
Darstellung 4.8:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen	54
Darstellung 4.9:	Entwicklung der Zahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter 1999 bis 2005	55
Darstellung 4.10:	Relation der geringfügig Beschäftigten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort, 30.6.2005)	57
Darstellung 4.11:	Erwerbstätigenquoten der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1994 bis 2004	59
Darstellung 4.12:	Erwerbstätigenquote der 55- bis 59-Jährigen in den Bundesländern nach Geschlecht 1994, 1999 und 2004	60
Darstellung 4.13:	Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährige in den Bundesländern nach Geschlecht 1994, 1999 und 2004	60
Darstellung 4.14:	Beschäftigungsquoten der 55- bis 65-Jährigen nach Qualifikation und Geschlecht 1991 bis 2004	62

Darstellung 4.15:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersgruppen am 30. Juni 2004	63
Darstellung 4.16:	Kohorteneffekte der Beschäftigung Älterer	64
Darstellung 4.17:	Verbleibsquoten in Beschäftigung zwischen den Altersgruppen 55 bis 59 Jahre und 60 bis 64 Jahre nach Kohorten	66
Darstellung 4.18:	Verbleibsquoten in Beschäftigung zwischen den Altersgruppen 55-59 Jahre und 60-64 Jahre nach Kohorten	67
Darstellung 4.19:	Verbleibsquoten in Beschäftigung zwischen den Altersgruppen 55-59 Jahre und 60-64 Jahre nach Kohorten	68
Darstellung 4.20:	Verbleibsquote der 55- bis 59-Jährigen in Beschäftigung 1999 bis 2004 und Beschäftigungsentwicklung 1991 bis 2004	69
Darstellung 4.21:	Verbleibsquoten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsgruppen im Agenturbezirk Weilheim 1999 bis 2004	70
Darstellung 5.1:	Arbeitslosenquote (bez. auf abhängige Erwerbspersonen) 1991 bis 2004	74
Darstellung 5.2:	Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) im Jahresdurchschnitt 2004	75
Darstellung 5.3:	Anteile der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004 (jeweils am 30.09.)	76
Darstellung 5.4:	Altersspezifische Arbeitslosenquoten 1997 bis 2004	77
Darstellung 5.5:	Arbeitslosenquoten nach Bundesländern 1999 und 2004	79
Darstellung 5.6:	Anteil der Langzeitarbeitslosen nach Altersgruppen 1999 und 2004	80
Darstellung 5.7:	Anteil der Langzeitarbeitslosen (1 Jahr und länger) an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004	81
Darstellung 5.8:	Anteil der Langzeitarbeitslosen nach Geschlecht, September 2004	83
Darstellung 5.9:	Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an den Arbeitslosen nach Altersgruppen 1999 und 2004	84
Darstellung 5.10:	Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an allen Arbeitslosen 1993 bis 2004	85
Darstellung 5.11:	Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an allen Arbeitslosen 1996 und 2004	86

Darstellung 5.12:	Entwicklung der Teilnehmerzahl an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Ältere zwischen 1990 und 2004	87
Darstellung 5.13:	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III in Relation zu den Erwerbspersonen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren	89
Darstellung 5.14:	Entwicklung der Zahl der Altersteilzeitfälle in Deutschland und einigen ausgewählten Bundesländern (März 2001=100)	90
Darstellung 5.15:	Altersteilzeitfälle in Relation zu den Erwerbstätigen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren, jeweils März	91
Darstellung 6.1:	Sozialrechtlich abgesicherte Pfade von der Erwerbstätigkeit in den Bezug einer Altersrente	96
Darstellung 6.2:	Entwicklung der Rentenzugangsarten von Männern 1960 bis 2004	101
Darstellung 6.3:	Entwicklung der Rentenzugangsarten von Frauen 1960 bis 2004	101
Darstellung 6.4:	Rentenzugänge der Frauen nach Rentenarten, 2004	101
Darstellung 6.5:	Rentenzugänge der Männer nach Rentenarten, 2004	103
Darstellung 6.6:	Arbeitslosenquoten und Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an den Rentenzugängen 2004	104
Darstellung 6.7:	Entwicklung des Rentenzugangsalters von Männern 1960 bis 2004	105
Darstellung 6.8:	Entwicklung des Rentenzugangsalters von Frauen 1960 bis 2004	107
Darstellung 6.9:	Durchschnittliches Rentenzugangsalter der Rentenneuzugänge, Renten wegen Alters 1996-2004	107
Darstellung 6.10:	Durchschnittliches Rentenzugangsalter der Rentenneuzugänge, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1996 bis 2004	109
Darstellung 6.11:	Arbeitslosenquote und durchschnittliches Rentenzugangsalter der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 2004	110
Darstellung 6.12:	Erwerbsquoten der 60- bis 64-Jährigen und durchschnittliches Rentenzugangsalter nach Geschlecht in den Bundesländern, 2004	111
Darstellung 6.13:	Versicherungsstatus vor Rentenbeginn, Zugänge in Altersrenten 2005	112

Darstellung 6.14:	Versicherungsstatus am 31.12. des Jahres vor dem Leistungsfall, Altersrentenzugänge 1996 bis 2004	114
Darstellung 6.15:	Versicherungsstatus am 31.12. des Jahres vor dem Leistungsfall nach Rentenarten 2004	116
Darstellung 6.16:	Versichertenstatus vor Rentenzugang, Altersrenten 2004	117
Darstellung 6.17:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurenten insgesamt 1996-2004	119
Darstellung 6.18:	Wirkung der Abschläge im Rentenzugang 2005, Versichertenrenten insgesamt	120
Darstellung 6.19:	Renten mit Abschlägen im Rentenzugang 2003 der GRV-Deutschland, Männer und Frauen	120
Darstellung 6.20:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1996-2004	121
Darstellung 6.21:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurenten nach Rentenarten 2004	122
Darstellung 6.22:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Rentenzugänge 2004 nach Rentenart und Versichertenstatus vor Leistungsbeginn	
Darstellung 6.23:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der Neurenten insgesamt in den Bundesländern 1996 und 2004	124
Darstellung 6.24:	Durchschnittliche Rentenzahlbeträge 2004	125
Darstellung 6.25:	Durchschnittliches Rentenzugangsalter und durchschnittlicher Zahlbetrag der neuen Versichertenrenten 2004	126
Darstellung 7.1:	Die jeweils 20 Berufsgruppen mit den höchsten und niedrigsten Anteilen von 55- bis 64-Jährigen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland 2004 nach Altersgruppen	131
Darstellung 7.2:	Anteil der 55- bis 64-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004	134
Darstellung 7.3:	Verbleibsquote der im Jahr 1999 55- bis 59-jährigen Beschäftigten im Jahr 2004	135
Darstellung 7.4:	Anteil der 55-64-Jährigen an den Arbeitslosen 2004	137
Darstellung 7.5:	Die 20 Berufsordnungen mit den jeweils höchsten und niedrigsten Anteilen der Rentenneuzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an allen Rentenneuzugängen (Versichertenrenten 2004)	139

Darstellung 7.6:	Kohortenfluktuation der 55- bis 59-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1999 bis 2004)	140
Darstellung 7.7:	Anteil der Erwerbsminderungsrenten und Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlicher Einschränkung nach Berufsgruppen, Deutschland 2004	142
Darstellung 8.1:	Neue Ergebnisse zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und des Erwerbspersonenpotenzials zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom November 2006	146
Darstellung 8.2:	Beschäftigungsfähigkeit ist mehr als nur Arbeitsfähigkeit	147

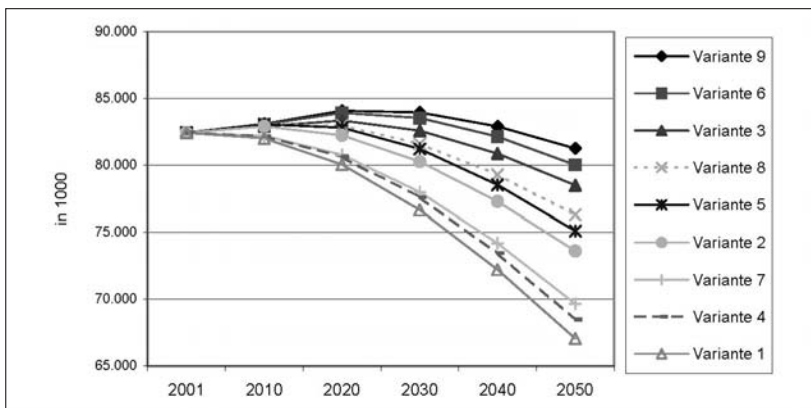
Anhang

VERZEICHNIS DER DARSTELLUNGEN IM ANHANG

Darstellung A.1:	Entwicklung der Einwohnerzahl Deutschlands bis 2050 nach den Ergebnissen der neun Szenarien des Statistischen Bundesamtes	167
Darstellung A.2:	Wanderungssaldorate in den Bundesländern 1991 bis 2003	168
Darstellung A.3:	Entwicklung der Zahl der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren (2002=100)	169
Darstellung A.4:	Altersspezifische Potenzialerwerbsquoten in Prozent der Bevölkerung	170
Darstellung A.5:	Relation der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Altersgruppen, jeweils 30.6.	170
Darstellung A.6:	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen, März 2004	171
Darstellung A.7:	Angabe als Grund für Teilzeitbeschäftigung: »Weil Vollzeitätigkeit nicht zu finden« (in Prozent der Teilzeitbeschäftigten der jeweiligen Gruppe), März 2004	171
Darstellung A.8:	Anteil der Langzeitarbeitslosen (>1 Jahr) an den Arbeitslosen, September 2004 (Angaben in Prozentbandbreiten)	172
Darstellung A.9:	Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, September 2004	173
Darstellung A.10:	Nichterwerbspersonen im Alter von 15 und mehr Jahren mit früherer Erwerbstätigkeit im März 2004 nach wichtigstem Grund für die Beendigung der letzten Tätigkeit und Altersgruppen	174
Darstellung A.11:	Durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre von Männern 1960 bis 2004 (Angaben in Jahren)	175
Darstellung A.12:	Durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre von Frauen 1960 bis 2004	175

Darstellung A.13: Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten, Rentenzugänge der Männer 1960 bis 2004	176
Darstellung A.14: Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten, Rentenzugänge der Frauen 1960 bis 2004	176
Darstellung A.15: Liste der Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und zusätzlicher Modellrechnungen	177

Darstellung A.1: Entwicklung der Einwohnerzahl Deutschlands bis 2050 nach den Ergebnissen der neun Szenarien¹⁾ des Statistischen Bundesamtes



Anmerkungen: 1) Die folgende Übersicht zeigt die hinter den Ergebnisunterschieden der Szenarien stehenden Annahmen.

Annahmen zum langfristigen Außenwanderungssaldo bis zum Jahr 2050			Annahmen zur Lebenserwartung (LE) im Jahr 2050 bei Geburt (bzw. im Alter von 60 Jahren)		
			M: 78,9 (fernere LE: 22,0)	M: 81,1 (fernere LE: 23,7)	M: 82,6 (fernere LE: 24,9)
			W: 85,7 (fernere LE: 27,7)	W: 86,6 (fernere LE: 28,2)	W: 88,1 (fernere LE: 29,4)
Deutsche	Ausländer/ innen		L1	L2	L3
Schrittweiser Abbau des Wanderungsüberschusses von jährlich 80.000 bis zum Nullniveau im Jahr 2040 (gilt für alle Varianten)	100.000	W1	Variante 1 (niedrigste Bevölkerungszahl)	Variante 4	Variante 7 („relativ alte“ Bevölkerung)
	200.000	W2	Variante 2	Variante 5 („mittlere“ Bevölkerung)	Variante 8
	200.000 ab dem Jahr 2011 300.000	W3	Variante 3 („relativ junge“ Bevölkerung)	Variante 6	Variante 9 (höchste Bevölkerungszahl)

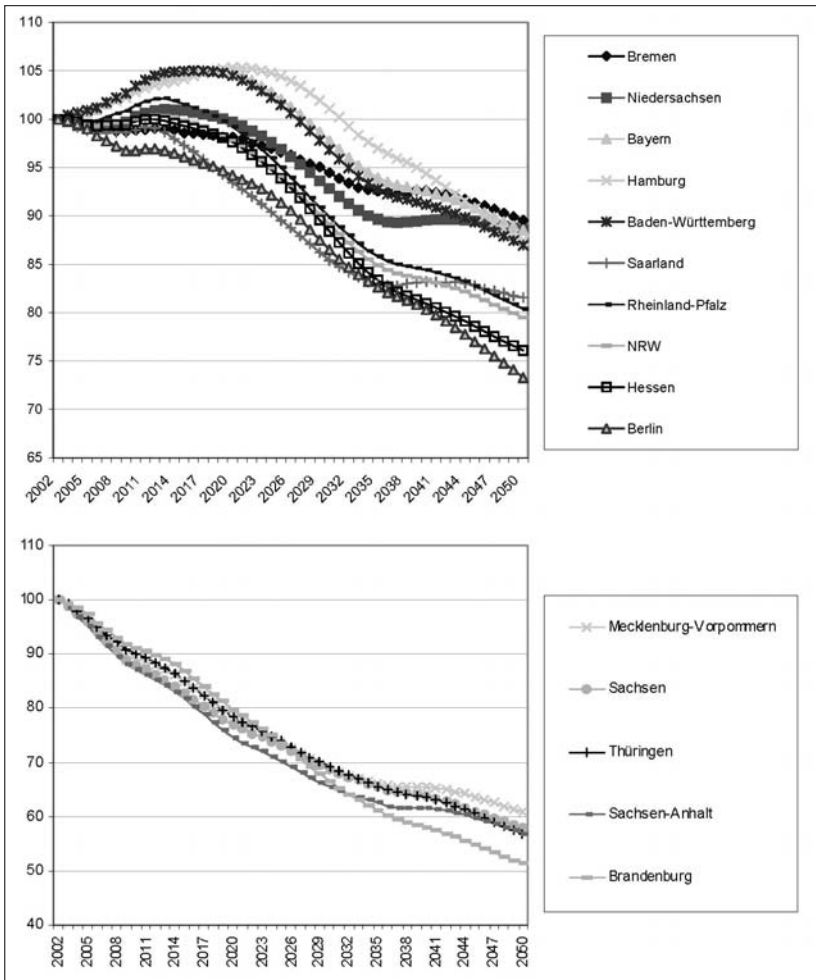
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach 10. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung (CD) und Statistisches Bundesamt 2003, S. 25.

Darstellung A.2: Wanderungssaldorate in den Bundesländern 1991 bis 2003 (je 1.000 Einwohner)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Baden-Württemberg	15,9	12,4	6,5	2,1	3,2	3,8	0,3	1,5	3,7	3,6	6,6	5,3	2,9
Bayern	11,6	13,7	6,9	4,4	5,7	3,7	1,1	1,2	5,4	6,0	8,3	5,2	3,7
Berlin	7,3	9,2	6,3	2,5	2,9	-1,3	-7,8	-6,2	-2,1	-0,3	3,1	2,6	0,1
Brandenburg	-8,8	4,2	4,6	6,0	7,6	9,8	11,4	10,2	7,3	3,2	-0,3	-0,7	0,4
Bremen	5,6	5,4	-1,1	-1,8	2,5	-0,8	-3,7	-6,6	-5,0	-1,9	1,6	7,0	4,7
Hamburg	12,7	14,2	10,9	4,2	3,8	2,2	-0,5	-1,0	4,2	7,5	7,8	3,1	4,4
Hessen	13,2	14,8	7,9	2,8	5,5	3,1	0,4	0,6	3,1	2,9	2,1	3,1	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	-13,2	-3,6	-2,9	-0,1	0,1	0,9	-1,9	-2,1	-2,5	-5,3	-6,4	-6,0	-4,3
Niedersachsen	12,1	13,4	8,6	9,2	9,2	4,7	3,6	2,8	4,5	3,9	4,7	4,3	3,5
Nordrhein-Westfalen	8,8	9,2	4,5	3,6	4,9	3,4	1,5	0,4	2,0	1,3	3,3	2,7	1,9
Rheinland-Pfalz	15,4	15,4	11,8	7,1	7,5	6,4	4,7	2,5	2,5	2,0	5,2	4,1	2,7
Saarland	5,1	8	2,6	2,1	2,8	2,2	-0,6	-3,0	1,0	0,7	1,8	2,8	1,5
Sachsen	-11,1	-2,8	0,7	2,6	3,4	1,9	0,2	-2,5	-2,4	-3,8	-5,4	-3,8	-2,1
Sachsen-Anhalt	-11,6	-2,6	0,4	0,3	-0,5	0,4	-3,0	-5,1	-5,2	-8,3	-8,9	-7,4	-5,2
Schleswig-Holstein	9,3	12,2	6,6	6,2	7,7	7,1	5,6	4,3	5,1	5,5	6,6	6,2	4,6
Thüringen	-10,1	0,2	1,4	0,5	0,5	0,2	-0,7	-2,0	-1,7	-4,1	-4,8	-4,3	-4,0

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2005 und Roloff 2000.

Darstellung A.3: Entwicklung der Zahl der Personen im Alter von 15- bis 64Jahren (2002=100)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 5).

Darstellung A.4: Altersspezifische Potenzialerwerbsquoten in Prozent der Bevölkerung (Angaben in Prozent)

	2000	2015	2050	2000	2015	2050
Männer	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
15-19	36,9	36,9	36,9	44,9	42,5	36,9
20-24	80,9	81,1	81,4	88,9	86,6	81,4
25-29	92,3	93,4	94,3	96,2	95,6	94,3
30-34	97,9	97,9	98,1	98,8	98,6	98,1
35-39	98,5	98,5	98,5	99,1	98,9	98,5
40-44	98,5	98,5	98,5	99,2	99,0	98,5
45-49	96,9	96,9	96,9	98,6	98,1	96,9
50-54	93,5	94,6	95,6	95,3	95,4	95,6
55-59	83,3	88,3	89,5	87,9	88,4	89,5
60-64	35,6	58,7	61,0	24,9	46,9	61,0
65-70	8,3	9,1	9,2	4,0	5,6	9,2
Frauen	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
15-19	30,0	30,2	31,0	32,8	31,8	31,0
20-24	71,9	72,3	74,1	77,9	75,7	74,1
25-29	78,5	80,8	85,1	92,0	88,0	85,1
30-34	78,7	81,7	87,8	97,6	91,9	87,8
35-39	79,9	82,7	90,9	98,6	94,1	90,9
40-44	83,2	86,1	94,1	99,2	96,2	94,1
45-49	81,8	85,2	94,3	97,9	95,8	94,3
50-54	73,0	78,2	89,7	93,9	91,5	89,7
55-59	56,5	63,8	73,1	80,6	76,3	73,1
60-64	15,7	30,6	37,0	7,0	35,5	37,0
65-70	4,4	4,4	4,8	1,6	2,0	4,8

Quelle: Eitenmüller, Schüssler 2004.

Darstellung A.5: Relation der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Altersgruppen, jeweils 30.6. (Angaben in Prozent)

	1999			2004		
	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer mit Berlin	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer mit Berlin
unter 20	31,9	38,4	13,3	45,3	63,5	26,6
20 - 24	8,4	8,9	6,3	18,4	19,1	18,4
25 - 29	6,0	6,5	3,8	10,0	12,2	12,3
30 - 34	6,4	7,2	2,9	8,3	11,8	8,7
35 - 39	7,4	8,7	2,8	11,8	13,1	8,0
40 - 44	6,8	8,0	2,8	13,7	13,2	8,1
45 - 49	6,7	7,8	3,2	12,4	12,4	8,7
50 - 54	7,6	8,7	3,7	15,5	13,6	9,7
55 - 59	10,6	11,9	6,4	13,9	17,4	11,8
60 - 64	64,3	62,8	72,7	88,2	65,0	50,3
INSGESAMT	10,5	11,7	5,8	17,5	19,2	13,6

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

Darstellung A.6: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen, März 2004 (Angaben in Prozent)

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer mit Berlin-Ost		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Alter von ... bis unter ... Jahren									
15 - 20	12	9	16	14	11	18	6	4	8
20 - 25	14	9	19	14	10	20	12	7	19
25 - 30	18	10	26	18	10	26	17	10	26
30 - 35	20	5	38	21	5	39	19	5	33
35 - 40	25	4	50	26	4	53	18	5	31
40 - 45	26	4	51	28	4	57	16	4	28
45 - 50	24	4	47	26	4	52	16	4	27
50 - 55	24	4	46	26	4	51	17	5	29
55 - 60	24	5	48	26	5	52	18	6	31
60 - 65	31	13	59	31	13	62	26	16	42
Mit Angabe eines allgemeinen Schulabschlusses:									
Haupt-(Volk)schulabschluss	25	5	53	25	5	54	22	11	39
Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR	18	4	32	22	3	40	18	4	31
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	23	4	40	24	4	42	10	4	17
Fachhoch-/Hochschulreife	21	9	35	22	9	38	16	9	23
Insgesamt	23	6	42	24	6	45	17	6	28

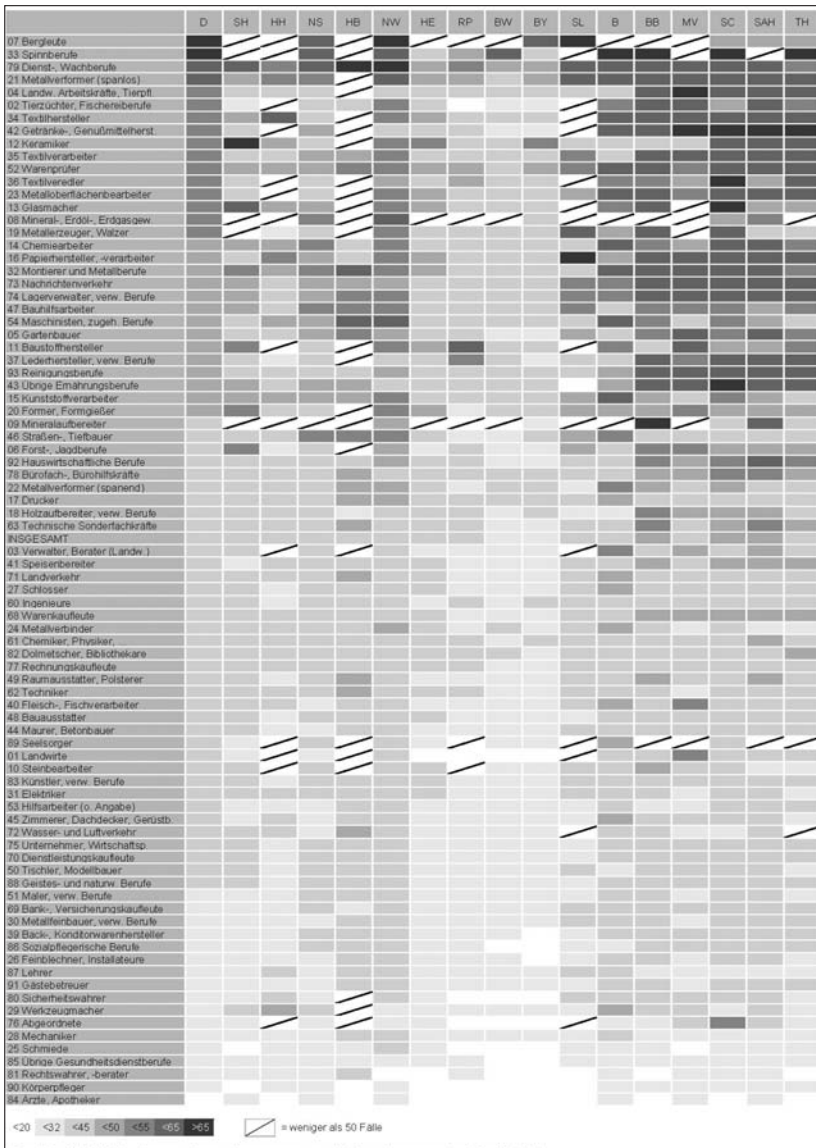
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Darstellung A.7: Angabe als Grund für Teilzeitbeschäftigung: »Weil Vollzeitätigkeit nicht zu finden« (in Prozent der Teilzeitbeschäftigten der jeweiligen Gruppe), März 2004

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer mit Berlin-Ost		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Alter von ... bis unter ... Jahren									
15 - 20	13	10	16	13	/	15	/	/	/
20 - 25	25	23	26	21	21	21	45	35	49
25 - 30	21	26	19	17	23	14	42	36	43
30 - 35	17	39	13	12	36	8	48	50	47
35 - 40	13	39	11	8	33	6	54	63	52
40 - 45	16	39	14	10	34	8	65	71	64
45 - 50	19	39	17	12	30	10	70	71	70
50 - 55	20	36	19	13	27	11	67	61	67
55 - 60	17	26	16	11	21	9	62	50	65
60 - 65	10	12	9	8	10	7	26	/	29
Mit Angabe eines allgemeinen Schulabschlusses:									
Haupt-(Volk)schulabschluss	14	31	12	13	29	11	53	41	58
Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR	60	66	59	18	/	17	65	68	65
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	11	36	9	9	31	8	59	69	57
Fachhoch-/Hochschulreife	13	17	11	10	16	8	33	28	35
Insgesamt	17	27	15	11	23	9	54	46	56

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Darstellung A.8: Anteil der Langzeitarbeitslosen (>1 Jahr) an den Arbeitslosen, September 2004 (Angaben in Prozentbandbreiten)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

Darstellung A.9: Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, September 2004 (Angaben in Prozentbandbreiten)



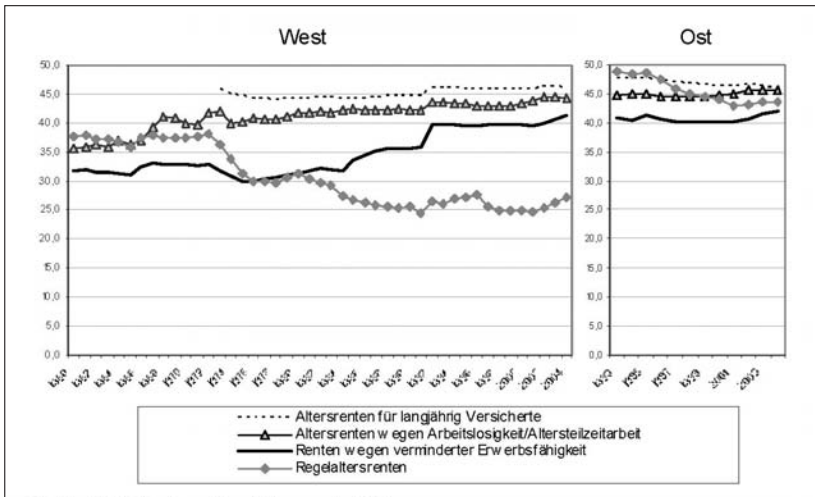
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit.

Darstellung A.10: Nichterwerbspersonen im Alter von 15 und mehr Jahren mit früherer Erwerbstätigkeit im März 2004 nach wichtigstem Grund für die Beendigung der letzten Tätigkeit und Altersgruppen (Angaben in Prozent)

Männer	West					Ost				
	45-55	55-58	58-60	60-63	63-65	45-55	55-58	58-60	60-63	63-65
Entlassung	10	7	6	5	4	32	/	29	23	22
Befristeter Arbeitsvertrag	2	/	/	/	/	/	/	/	5	/
Eigene Kündigung	/	/	/	/	1	/	/	/	/	/
Ruhestand										
vorzeitig nach Vorruhestandsregelung oder Arbeitslosigkeit	6	18	23	29	28	/	/	21	24	30
aus gesundheitlichen Gründen	54	55	48	37	29	49	63	43	30	18
aus Altersgründen und sonstigen Gründen	3	6	9	22	34	/	/	/	13	24
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	4	/	/	1	1	/	/	/	/	/
Frauen	West					Ost				
	45-55	55-58	58-60	60-63	63-65	45-55	55-58	58-60	60-63	63-65
Entlassung	8	8	9	5	5	25	26	32	28	26
Befristeter Arbeitsvertrag	1	/	/	/	/	/	/	/	3	2
Eigene Kündigung	7	6	6	4	3	/	/	/	/	/
Ruhestand										
vorzeitig nach Vorruhestandsregelung oder Arbeitslosigkeit	2	3	5	11	9	/	/	16	17	21
aus gesundheitlichen Gründen	16	22	23	18	16	44	45	32	19	16
aus Altersgründen und sonstigen Gründen	1	3	5	23	33	/	/	/	27	30
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	52	47	41	30	27	10	/	/	2	/

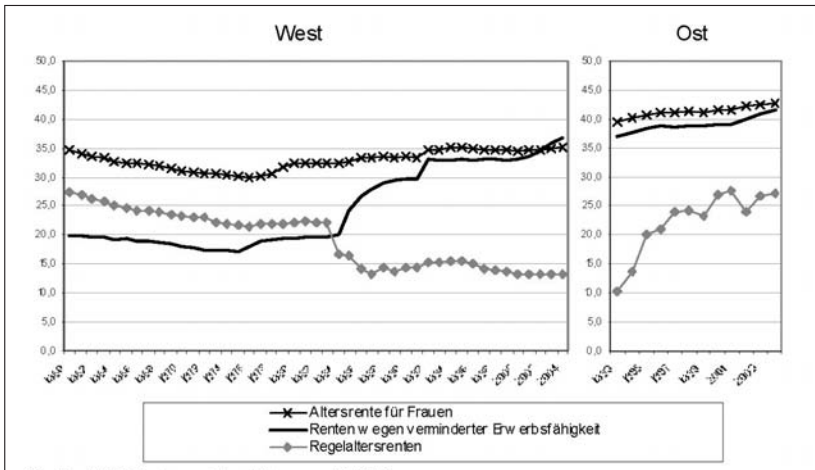
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Darstellung A.11: Durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre von Männern 1960 bis 2004 (Angaben in Jahren)



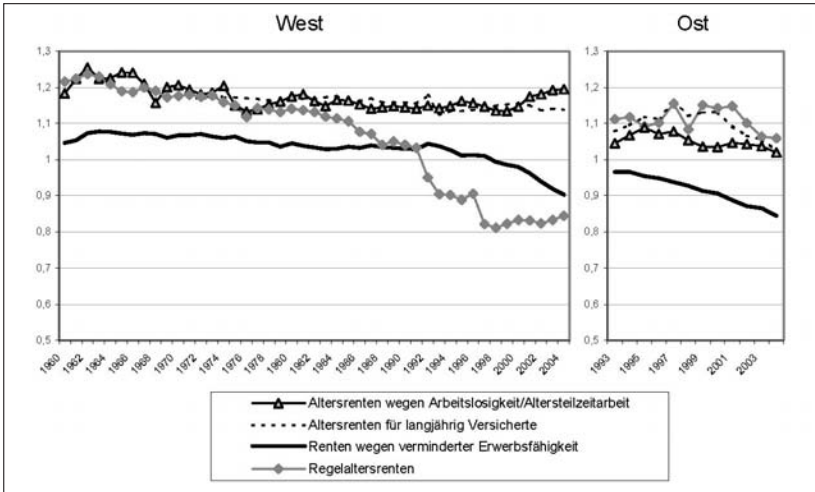
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

Darstellung A.12: Durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre von Frauen 1960 bis 2004 (Angaben in Jahren)



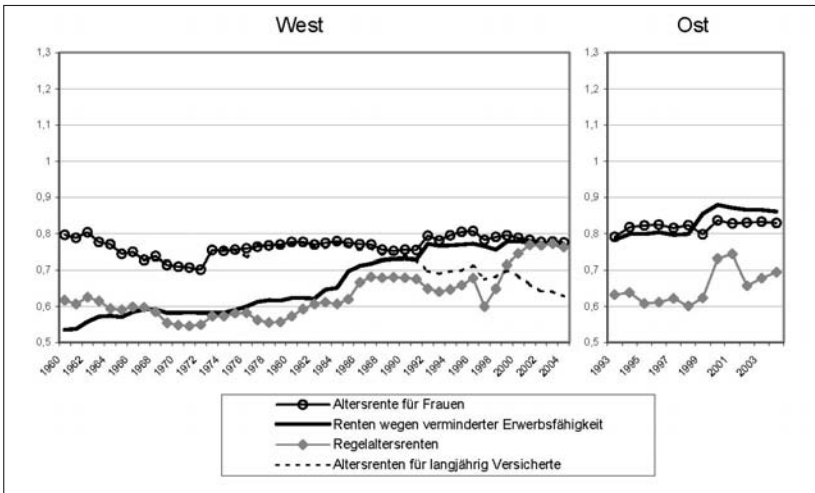
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR.

Darstellung A.13: Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten, Rentenzugänge der Männer 1960 bis 2004



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR 2005.

Darstellung A.14: Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten, Rentenzugänge der Frauen 1960 bis 2004



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach VDR 2005.

Darstellung A 15: Liste der Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und zusätzlicher Modellrechnungen

Bezeichnung der Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung	Jährlicher Wanderungssaldo
Variante 1-W1 „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme ¹⁾	100 000
Variante 1-W2 „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme ¹⁾	200 000
Variante 2-W1	annähernd konstant bei 1,4	hoher Anstieg ²⁾	100 000
Variante 2-W2	annähernd konstant bei 1,4	hoher Anstieg ²⁾	200 000
Variante 3-W1	steigend, ab 2025 bei 1,6	Basisannahme ¹⁾	100 000
Variante 3-W2 „relativ junge“ Bevölkerung	steigend, ab 2025 bei 1,6	Basisannahme ¹⁾	200 000
Variante 4-W1	steigend, ab 2025 bei 1,6	hoher Anstieg ²⁾	100 000
Variante 4-W2	steigend, ab 2025 bei 1,6	hoher Anstieg ²⁾	200 000
Variante 5-W1	fallend bis 2050 auf 1,2	Basisannahme ¹⁾	100 000
Variante 5-W2	fallend bis 2050 auf 1,2	Basisannahme ¹⁾	200 000
Variante 6-W1 „relativ alte“ Bevölkerung	fallend bis 2050 auf 1,2	hoher Anstieg ²⁾	100 000
Variante 6-W2	fallend bis 2050 auf 1,2	hoher Anstieg ²⁾	200 000
Modellrechnung Wanderungssaldo 300 000	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme ¹⁾	300 000
Modellrechnung Wanderungssaldo Null	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme ¹⁾	0
Modellrechnung 2,1 Kinder je Frau	stark ansteigend, ab 2010 bei 2,1	Basisannahme ¹⁾	100 000

1) Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2050: 83,5 Jahre;
Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2050: 88,0 Jahre.
2) Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2050: 85,4 Jahre;
Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2050: 89,8 Jahre.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: Anlage A.

edition der Hans-Böckler-Stiftung
bisher erschienene Reihentitel ab Band 115

	Bestellnr.	ISBN	Preis / €
<i>Achim Sollanek</i> Versicherungsbilanzen nach deutschem Handelsrecht	13115	3-935145-92-6	10,00
<i>Kuno Schedler • John Philipp Siegel</i> Strategisches Management in Kommunen	13116	3-935145-93-4	28,00
<i>Marita Körner</i> Riesterrente, Eichelförderung und geschlechtereinheitliche Tarife	13117	3-935145-94-2	10,00
<i>Arno Prangenberg • Manuela Aldenhoff</i> Steuerliche Grundlagen der Umwandlung von Unternehmen	13118	3-935145-95-0	12,00
<i>Andrea Jochmann-Döll • Karin Tondorf</i> Monetäre Leistungsanreize im öffentlichen Sektor	13119	3-935145-96-9	16,00
<i>Andreas Boes • Michael Schwemmlé</i> Herausforderung Offshoring. Auslagerung von IT-Dienstleistungen aus Unternehmen	13120	3-935145-97-7	15,00
<i>Wolfgang Gerstlberger • Wolfram Schmittel</i> Public Private Partnership	13121	3-935145-98-5	15,00
<i>Barbara Sternberger-Frey</i> Finanzwirtschaftliche Kennzahlen als Basis von Erfolgsbeteiligungen	13122	3-935145-99-3	10,00
<i>Johannes Koch • Winfried Heidemann • Christine Zumbeck</i> Nutzung elektronischer Netze zur Unterstützung des Lernens im Betrieb	13123	3-86593-001-8	12,00
<i>Wolfgang Däubler</i> Kontrolle von Arbeitsverträgen durch den Betriebsrat	13124	3-86593-002-6	12,00
<i>Klaus Hess • Siegfried Leittretter</i> Innovative Gestaltung von Call Centern – Kunden- und arbeitsorientiert	13125	3-86593-000-X	10,00
<i>Margarethe Herzog (Hrsg.)</i> Gender Mainstreaming	13126	3-86593-003-4	28,00
<i>Elke Wiechmann</i> Lokale Gleichstellungspolitik vor der Trendwende oder die modernisierte Tradition	13127	3-86593-004-2	18,00
<i>Christoph Andersen • Marcus Beck • Stephan Selle (Hrsg.)</i> Konkurrieren statt Privatisieren	13128	3-86593-005-0	18,00
<i>Bernhard Hillebrand</i> Ökologische und ökonomische Wirkungen der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes	13129	3-86593-006-9	10,00

	Bestellnr.	ISBN	Preis/€
<i>Angela Wroblewski • Andrea Leitner</i> Lernen von den Besten. Interdependenzen von Frauenerwerbsbeteiligung und Geburtenzahlen im Ländervergleich	13130	3-86593-007-7	15,00
<i>Hartmut Küchle</i> Rüstungsindustrie transatlantisch? Chancen und Risiken für den deutschen Standort	13131	3-86593-008-5	12,00
<i>Klaus Maack</i> Wachstumspol Stettin und Auswirkungen auf die Entwicklung der deutschen-polnischen Grenzregion	13132	3-86593-009-3	18,00
<i>Herbert Baum • Klaus Esser • Judith Kurte • Jutta Schneider</i> Regionale Entwicklung und der Frankfurter Flughafen	13133	3-86593-010-7	15,00
<i>Anita Pfaff • Gert G. Wagner • Jürgen Wasem</i> Zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung	13134	3-86593-011-5	24,00
<i>Hartmut Küchle</i> Die Neustrukturierung des deutschen Rüstungsmarktes als industriepolitische Aufgabe	13135	3-86593-012-3	20,00
<i>Mechthild Kopel • Sandra K. Saeed • Dietrich Englert</i> Gender Mainstreaming	13136	3-86593-013-1	i. Vorb.
<i>Mathias Hein • Gertrud Hovestadt • Johannes Wildt</i> Forschen Lernen	13137	3-86593-014-X	12,00
<i>Oliver Farhauer</i> Humanvermögensorientierung in Grundsicherungssystemen	13138	3-86593-015-8	18,00
<i>Andreas Pentz • Achim Sollanek</i> Cash-Pooling im Konzern	13139	3-86593-016-6	15,00
<i>Volker Eichener • Rolf G. Heinze</i> Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungssektor	13140	3-86593-017-4	29,00
<i>Peter Kalkowski • Otfried Mickler</i> Projektorganisation in der IT- und Medienbranche	13141	3-86593-018-2	28,00
<i>Riza Gürel</i> Betriebsverfassungsgesetz in türkischer Sprache	13142	3-86593-019-9	15,00
<i>Henry Schäfer • Philipp Lindenmayer</i> Externe Rechnungslegung und Bewertung von Humankapital	13143	3-86593-020-4	10,00
<i>Ulrike C. Kannengießer</i> Arbeitsschutz für Frauen	13144	3-86593-021-2	15,00
<i>Carsten Würmann</i> Was heißt hier eigentlich gewerkschaftlich?	13145	3-86593-022-2	12,00

	Bestellnr.	ISBN	Preis/€
<i>Dorothee Beck (Hrsg.)</i> Zeitarbeit als Betriebsratsaufgabe	13146	3-86593-023-9	15,00
<i>Martin Führ • Andrea Baukowitz (Hrsg.)</i> Evaluierung regionalwirtschaftlicher Wirkungsanalysen	13147	3-86593-024-7	19,00
<i>Birgit K. Mielke</i> Grundlagen des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und Jahresabschlussanalyse	13148	3-86593-025-5	10,00
<i>Thomas Ebert</i> Generationengerechtigkeit in der gesetzlichen Renten- versicherung – Delegation des Sozialstaates?	13149	3-86593-026-3	18,00
<i>Marcus Kahmann</i> Mit vereinten Kräften. Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der Gewerkschaftszusammenschlüsse von IG BCE und ver.di	13150	3-86593-027-1	10,00
<i>Sibel Vurgun (Hrsg.)</i> Gender und Raum	13152	3-86593-029-8	28,00
<i>Achim Sollanek</i> Bankbilanzen nach deutschem Handelsrecht. Betriebswirtschaftliche Handlungshilfen	13153	3-86593-030-1	12,00
<i>Siegfried Leitretter (Hrsg.)</i> Energieeffizientes Krankenhaus – für Klimaschutz und Kostensenkung	13154	3-86593-031-X	18,00
<i>Klaus Maack • Jesco Kreft • Eckhard Voss</i> Zukunft der Milchwirtschaft	13155	3-86593-032-8	18,00
<i>Susanne König • Mette Rehling</i> Mitarbeitergespräche	13156	3-86593-033-6	12,00
<i>Herbert Klemisch • Philip Potter (Hrsg.)</i> Instrumente nachhaltigen Wirtschaftens in der Unternehmenspraxis	13157	3-86593-034-4	19,00
<i>Peter Martin</i> Mobile Büroarbeit	13158	3-86593-035-2	12,00
<i>Björn Rohde-Liebenau</i> Whistleblowing	13159	3-86593-036-0	10,00
<i>Jürgen Enders</i> Promovieren als Prozess – Die Förderung von Promovierenden durch die Hans-Böckler-Stiftung	13160	3-86593-037-9	12,00
<i>Thomas Blanke</i> Vorrats-SE ohne Arbeitnehmerbeteiligung	13161	3-86593-038-7	12,00
<i>Oliver Schöller</i> Mobilität im Wettbewerb	13162	3-86593-039-5	12,00

	Bestellnr.	ISBN 10/13	Preis/€
<i>Gertrud Hovestadt • Nicole Keßler • Otto Pompe Peter Stegelmann</i> Internationale Bildungsanbieter auf dem deutschen Markt	13163	3-86593-040-9	12,00
<i>Marita Körner</i> Flexicurity in atypischen Arbeitsverhältnissen	13164	3-86593-041-7	10,00
<i>Birgit Soete</i> Biotechnologie in Vergleich – Wo steht Deutschland?	13165	3-86593-044-1	19,00
<i>Heinz Putzhammer (Hrsg.)</i> Wege zu nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Stabilität	13166	3-86593-045-X	10,00
<i>Frank Havighorst</i> Personalkennzahlen	13167	3-86593-046-8	10,00
<i>Thomas Fritz • Kai Mosebach • Werner Raza Christoph Scherrer</i> GATS-Dienstleistungsliberalisierung	13168	3-86593-047-6	15,00
<i>Wolfgang Irrek • Stefan Thomas</i> Der EnergieSparFonds für Deutschland	13169	3-86593-048-4	16,00
<i>Thomas Blanke</i> Erweiterung der Beteiligungsrechte SE-Betriebsrats durch Vereinbarung	13170	3-86593-049-2	10,00
<i>Ingo Kübler</i> Stabsmitarbeiter und Referenten betrieblicher Interessenvertretungen	13174	3-86593-053-0	10,00
<i>Gertrud Kühnlein</i> Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ)	13175	3-86593-054-9	10,00
<i>Peter Liepmann • Oliver Bonkamp • Britta Martina Gohs</i> Kooperation und Netzwerke in ausgewählten Branchen der Region Ostwestfalen-Lippe	13176	13: 978-3-86593-055-2	29,00
<i>Henry Schäfer • Oliver Kuhnle</i> Die bilanzielle Behandlung von Zweckgesellschaften und ihre Bedeutung im Rahmen der Corporate Governance	13177	13: 978-3-86593-056-9	15,00

Ihre Bestellungen senden Sie bitte unter Angabe der Bestellnummern an den Setzkasten oder unter Angabe der ISBN an Ihre Buchhandlung. Ausführliche Informationen zu den einzelnen Bänden können Sie dem aktuellen Gesamtverzeichnis der Buchreihe **edition** entnehmen.

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 0211-408 00 90 40
E-Mail mail@setzkasten.de

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14täglich erscheinenden Infodienst »Böckler Impuls« begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin »Mitbestimmung« und die »WSI-Mitteilungen« informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 02 11/77 78-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** ■■■

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

